

INHALT

Aufsätze

Christian Nordholtz / Eike Bleckwenn

Widerrufsbelehrung bei verbundenen Verträgen und Wertersatzpflicht des Verbrauchers 2497

Einzelne Anwälte vertreten die Auffassung, jeder Fehler in einer Widerrufsbelehrung lasse die Wertersatzpflicht komplett entfallen, sobald ein Verbraucher einen finanzierten Kaufvertrag wirksam widerrufen hat. Im Beitrag wird dargelegt, dass ein Verbraucher in dieser Situation richtigerweise grundsätzlich zum Wertersatz verpflichtet ist.

Philine Fabig / Benedikt Windau

Übersetzungen bei Auslandszustellung innerhalb der EU? 2502

Die Autoren zeigen, dass bei Auslandszustellungen innerhalb der EU entgegen verbreiteter Praxis häufig auf eine Übersetzung des zuzustellenden Schriftstücks verzichtet werden kann. Das gilt insbesondere für beigefügte Anlagen. Sind Übersetzungen im Einzelfall doch erforderlich, müssen diese keiner bestimmten Form genügen.

Zur Rechtsprechung

Mike Wienbracke

Das Tarifeinheitsgesetz im Spiegel der BVerfG-Rechtsprechung 2506
(BVerfG, NJW 2017, 2523)

Bericht

Wolfgang Schlick

Die Rechtsprechung des BGH zu den öffentlich-rechtlichen Ersatzleistungen 2509

Harald Plewka

Die Entwicklung des Steuerrechts im ersten Halbjahr 2017 2515

Kanzlei & Mandat

Walter Kogel

Teilungsversteigerung und Zurückbehaltungsrechte – ein Albtraum? 2520

Buchbesprechungen

Eisenberg: Jugendgerichtsgesetz (Klaus Laubenthal) 2522

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Report	18
Organisierte Verantwortungslosigkeit? J. Bülte		Vegan im Recht R. Müller-Amenitsch		Neues Gesetz gegen Partydrogen schon wieder ausgetrickst J. Jahn	
Agenda	6	Forum	15	Rubrikenmarkt	21
Meldungen/Kolumne	7	Sexualstrafrecht reloaded M. Löffelmann		web.report	24
Gesetzgebung	8	Bericht aus Brüssel	16	Stellenmarkt	25
Rechtsprechung in Kürze	8	ua: Verfahren zur Beilegung von Doppelbesteuerungsstreitigkeiten H. Lörcher		Beck'sche Zeitschriften	32
Entscheidung der Woche	9	Recht im Unternehmen	17	Buchhinweise	34
Leserforum	10	Das neue Mutterschutzgesetz A. Panzer-Heemeier / E. Trost		Personalien	36
				Heftvorschau/Impressum	38

INHALT

Rechtsprechung

Verfassungsgerichte		OLG Brandenburg 26.01.17 – 12 U 179/15 Erlass eines Grund- und Teilurteils in komplexen Nachtragsstreitigkeiten (Ls.)	2565
BVerfG 11.07.17 – 1 BvR 1043/16 Weitgehende Vereinbarkeit des Tarifeinheitsgesetzes mit dem Grundgesetz	2523		
Zivilgerichte		Strafgerichte	
BGI I 09.05.17 – XI ZR 308/15 Keine Kontogebühr für Bauspardarlehen in AGB (Anm. R. Metz)	2538	BGH 18.05.17 – 3 StR 103/17 Verjährung bei Bestechung und Bestechlichkeit im Geschäftsverkehr – Verbandsgeldbuße (Anm. C. Brand)	2565
BGH 22.02.17 – XII ZB 137/16 Ansprüche bei Hinterlegung des Erlöses aus Teilungsversteigerung des Familienheims	2544	Verwaltungsgerichte	
BGH 08.03.17 – XII ZB 697/13 Ausgleichswert eines Anrechts der Zusatzversorgung des öffentlichen Dienstes	2547	BVerwG 15.03.17 – 8 C 6/16 Heranziehung einer gemeinnützigen Baugenossenschaft zur Dienstleistungsstatistik	2570
BGH 03.07.17 – AnwZ (Brfg) 42/16 Zulässigkeit der kostenlosen anwaltlichen Erstberatung (Anm. M. Kilian)	2554	BVerwG 15.03.17 – 8 C 9/16 Heranziehung einer Rechtsanwaltskanzlei zur Dienstleistungsstatistik (Ls.)	2572
BGH 03.07.17 – AnwZ (Brfg) 45/15 Präventive gerichtliche Überprüfung einer Werbemaßnahme (Anm. C. Deckenbrock)	2556	Arbeitsgerichte	
BGH 16.05.17 – VI ZR 25/16 Folgen der unzureichenden Wiedergabe des Parteivorbringens im Berufungsurteil (Anm. E. Waclawik)	2561	BAG 15.02.17 – 7 AZR 153/15 Unzulässige Feststellungsklage des Arbeitgebers bei Streit um Befristung	2573
OLG Frankfurt a.M. 16.06.17 – 16 U 41/17 Postausgangskontrolle bei Nutzung des EGVP-Verfahrens	2563	BAG 02.03.17 – 2 AZR 546/16 Darlegungslast des Arbeitgebers bei Kündigung wegen Änderung des Stellenprofils (Ls.)	2574
		Finanzgerichte	
		BFH 22.02.17 – III R 20/15 Kindergeld bei verwendungsbezogenen Lehrgängen eines Unteroffiziers	2575

Mit Beilage: NJW-Spezial Heft 17/2017

Miet- und Immobilienrecht
Mietpreisbremse in Hamburg unwirksam

Familienrecht
Reform des vereinfachten Verfahrens über Minderjährigen-Unterhalt

Erbrecht
Auskunftspflicht des vorsorgebevollmächtigten Nachbarn

Verkehrsrecht
Verkehrssicherungspflichten im winterlichen Straßenverkehr

Gesellschaftsrecht
Geschäftsführeraußenhaftung im Urheber- und Markenrecht

Arbeitsrecht
Vereinbarung von Arbeitgeber, Gewerkschaft und Betriebsrat

Insolvenzrecht
Insolvenzversicherung von Versorgungszusagen

Strafrecht
Rechtmäßigkeit legendierter Verkehrskontrollen

Verfahrens- und Kostenrecht
Kostenerstattung bei Verweisung vom Zivil- ans Arbeitsgericht

Alle Rubriken
Rechtsprechungsübersichten

INHALT

Aufsätze

Jochen Kotzenberg / Karsten Lorenz

Das Transparenzregister kommt

2433

Das Gesetz zur Umsetzung der Vierten EU-Geldwäscherichtlinie sieht vor, dass ab 27.12.2017 jedermann Einsicht in ein neu geschaffenes Transparenzregister nehmen kann. Der Beitrag erläutert die damit geschaffenen Offenlegungspflichten insbesondere für Familienunternehmen und die mit ihnen verbundenen natürlichen Personen.

Hans-Berndt Ziegler / Dennis Oynar

Der Beginn der Verjährung im Arzthaftungsrecht

2438

Der Beitrag setzt sich mit verschiedenen Ansatzpunkten zum Beginn der Verjährung arzthaftungsrechtlicher Ansprüche auseinander. Er legt dar, dass Kenntnis oder grob fahrlässige Unkenntnis eines Behandlungsfehlers als Ausgangspunkt für den Lauf der Verjährung erst vorliegt, wenn er durch einen Gutachter objektiv festgestellt wurde.

Zur Rechtsprechung

Christian Kessler

Die Versteigerung aus Grundschuldzinsen (BGH, NJW 2017, 2469)

2442

Bericht

Helmut Hoffmann

Die Entwicklung des Internetrechts bis Mitte 2017

2445

Burghard Piltz

Neue Entwicklungen im UN-Kaufrecht

2449

NJW-aktuell

Editorial	3	Interview	12	Report	18
Crash mit Dashcam – Verwertbarkeit im Zivilprozess?		Das Familienrecht muss sich anpassen I. Götz		Die Mediation ist (noch?) kein Renner J. Jahn	
M. Nugel		Standpunkt	14	Rubrikenmarkt	25
Agenda	6	Niquab vs. Sorgerecht		web.report	28
		M. Rohe		Stellenmarkt	29
Meldungen / Kolumne	7	Haftungsseite	16	Beck'sche Zeitschriften	38
Gesetzgebung	8	Anwaltpflichten bei Kanzleiabwesenheit T. Klein		Buchhinweise	40
Rechtsprechung in Kürze	8	Wissenschaft & Hochschule	17	Veranstaltungshinweise	42
Entscheidung der Woche	9	Die Rätsel der Notengebung		Heftvorschau/Impressum	44
		J. Jahn			

INHALT



Rechtsprechung

Europäische Gerichte

- EGMR 05.04.16 – 33060/10
Mündliche Verhandlung vor Disziplinarmaßnahme gegen Anwalt 2455
- EuGH 27.04.17 – C-469/15 P
Verwertung von Beweisen nationaler Steuerbehörden in EU-Kartellverfahren (Ls.) 2458

Verfassungsgerichte

- BVerfG 26.05.17 – 2 BvR 1821/16
Willkürliche Versagung der Auslagenerstattung bei Verfahrenseinstellung 2459

Landesverfassungsgerichte

- BayVerfGH 24.02.17 – Vf. 59-VI-15
Auferlegung der Kosten für ein vom Prozessgegner in Auftrag gegebenes Gutachten 2460
- VerfGH BW 16.06.17 – 1 VB 113/16
Verschuldete Versäumnis der Verfassungsbeschwerdefrist 2461

Zivilgerichte

- BGH 16.05.17 – VI ZR 266/16
Kein vorsatzausschließender Verbotsirrtum allein wegen erfolgter anwaltlicher Beratung (Anm. S. Bausch) 2463
- BGH 05.04.17 – IV ZR 360/15
Innenhaftung des Versicherers einer D&O-Versicherung (Anm. B. Seitz / S.-M. Thiel) 2466
- BGH 30.03.17 – V ZB 84/16
Zwangsversteigerung aus Grundschuld wegen dinglicher Zinsen nach Kapitalkündigung 2469

- BGH 29.03.17 – VIII ZR 11/16
Grenzen der Heilung von Zustellungsmängeln (Anm. M. Würdinger / M. Herberger) 2472

- BGH 13.04.17 – III ZR 277/16
Überlange Verfahrensdauer – Widerlegung der Nachteilsvermutung (Anm. D. Hinne) 2478

- OLG Nürnberg 09.01.17 – 15 W 2134/16
Umfang des notariellen Vertretungsnachweises im Grundbuchverfahren 2481

Strafgerichte

- BGH 27.04.17 – 4 StR 547/16
Fahren ohne Fahrerlaubnis – Berufungsbeschränkung auf Rechtsfolgenausspruch (Anm. J. Zopfs) 2482

Verwaltungsgerichte

- BVerwG 07.12.16 – 10 C 1/15
Gewerbliche Tätigkeit der Geschäftsführer von Steuerberatungsgesellschaften 2485

Arbeitsgerichte

- BAG 15.02.17 – 7 AZR 223/15
Heilung einer formunwirksamen durch nachträgliche formwirksame Befristungsabrede 2489

Sozialgerichte

- BSG 08.02.17 – B 14 AS 22/16 R
Absetzbarkeit unterhaltsbezogener Aufwendungen vom Einkommen 2493
- BSG 01.12.16 – B 14 AS 28/15 R
Elterngeld als Einkommen bei den Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts (Ls.) 2496

Mit NJW-Jubiläumsquiz: NJW-aktuell S. 15

Inhalt



Miet- und Immobilienrecht

Von Michael Drasdo

Mietpreisbremse in Hamburg: unwirksam! (AG Hamburg-Altona)	513
Mietpreisbremse in Bayern: unwirksam! (AG München)	513
Mieterhöhung: Substanzloses Bestreiten der Wohnungsgröße (BGH)	514
Festsetzung der Kosten des anwaltlichen „Ersatzzustellungsvertragers“? (BGH)	514
Maklerprovision bei „Dazwischenfunken“ des Bestellerprinzips (LG Düsseldorf)	515
Werbungskosten bei maklerseitig veruntreuten Anschaffungsgeldern (BFH)	515

Familienrecht

Von Martin Haußleiter und Barbara Schramm

<i>C. Campbell</i> , Reform des vereinfachten Verfahrens über den Unterhalt Minderjähriger	516
Anforderungen an Sachverständigengutachten bei Entzug des Sorgerechts (BVerfG)	517
Abänderung eines schweizerischen Kindesunterhaltsvertrags (OLG Hamm)	518
Hinterbliebenenversorgung bei schuldrechtlichem Versorgungsausgleich (OLG Frankfurt a. M.)	518

Erbrecht

Von Wolfgang Roth

Auskunftspflicht des vorsorgebevollmächtigten Nachbarn (OLG Köln)	519
Keine beschränkte Erbenhaftung für Fiskus (VGH Mannheim)	519
Geldanlage auf Namen des Betreuten durch Testamentsvollstrecker (LG Darmstadt)	520

Verkehrsrecht

Von Rainer Heß und Michael Burmann

<i>S. Hensen</i> , Verkehrssicherungspflichten im winterlichen Straßenverkehr	521
Betriebsweg und Haftungsprivileg bei Sammeltransport (OLG Brandenburg)	522
Haftung aus erhöhter Betriebsgefahr bei überbreitem Anhänger (OLG Celle)	523

Baurecht

Von Stefan Weise und Tobias Hänsel

Festpreis-Klausel im Einheitspreisvertrag unwirksam (BGH)	524
Rückgabe einer Vertragserfüllungsbürgschaft nach Abnahme (OLG Hamm)	524
Widerruf eines Verbraucher-Architektenvertrags (OLG Köln)	525
Abwehranspruch gegen Blendwirkung einer Solaranlage (OLG Düsseldorf)	525
Anhörungsrüge im Vergabenaachprüfungsverfahren (OLG Düsseldorf)	526
Wettbewerbsregistergesetz in Kraft getreten	526

Gesellschaftsrecht

Von Dieter Leuering und Daniel Rubner

<i>M. Ries</i> , Geschäftsführeraußenhaftung im Urheber- und Markenrecht	527
Prospekthaftung des Treuhandkommanditisten bei der Publikums-KG (BGH)	528
Stimmverbot des GmbH-Gesellschafters (OLG Brandenburg)	529
Mitbestimmungsrecht: Territorialprinzip mit Unionsrecht vereinbar	529

Arbeitsrecht

Von Daniel Benkert und Robert von Steinau-Steinrück

Vereinbarung von Arbeitgeber, Gewerkschaft und Betriebsrat (BAG)	530
Ersatzurlaub erst nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses (BAG)	530
Tarifvertragliche Mehrarbeitszuschläge (BAG)	531
Rechtsweg zu den Arbeitsgerichten – Kirchlicher Arbeitgeber (BAG)	531
Deutscher Gewerkschaftsbund kritisiert Mindestlohnverstöße	532

Insolvenzrecht

Von Michael Dahl und Raul Taras

<i>K. Trams</i> , Die Insolvenzsicherung von Versorgungszusagen bei Gesellschafter-Geschäftsführern	533
Geltendmachung von Einwendungen nach der <i>lex causae</i> (EuGH)	534
Zuteilung eines Erlösanteils nach Verfahrensaufhebung (BGH)	535

Strafrecht

Von Klaus Leipold und Stephan Beukelmann

Rechtmäßigkeit legendierter Verkehrskontrollen (BGH)	536
Gerichtliche Prüfungspflicht bei Beweistransfer (BGH)	536
Anforderungen an Gefährlichkeitsprognose bei Unterbringung (BGH)	537
Erleichterte öffentliche Zustellung (OLG Brandenburg)	537
Beschränkung der Berufung auf den Strafausspruch (OLG Karlsruhe)	538
Notwendige Mitteilungen zu Vorstrafen in den Urteilsgründen (KG)	538

Verfahrens- und Kostenrecht

Von Norbert Schneider

<i>N. Schneider</i> , Kostenerstattung bei Verweisung vom Zivilgericht an das Arbeitsgericht	539
Gegenstandswert eines Ordnungsgeldverfahrens (OLG Hamm)	540
Anrechnung bei mehreren Geschäftsgebühren (OVG Münster)	540
Keine Gerichtsgebühr für Negativauskunft des Nachlassgerichts (LG Düsseldorf)	541

Anwalt und Kanzlei

Von Christian Dahns

Präventiver Hinweis versus missbilligende Belehrung (BGH)	542
Die Falsche Faxnummer – Wirksame Ausgangskontrolle zur Fristwahrung (BGH)	542
Vertrauen auf Fristverlängerung (BGH)	543

ISSN 1613-4621

NJW Spezial

Die wichtigsten Informationen zu speziellen Rechtsgebieten

Schriftleitung:

Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg*, Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49. E-Mail: njw@beck-frankfurt.de Internet: www.njw.de

Redaktion:

Rechtsanwältin *Nathalie Dennier* (Verkehrsrecht); Rechtsanwalt *Tobias Freudenberg* (Insolvenzrecht); Rechtsanwältin *Antje Głinski* (Anwalt und

Kanzlei); Rechtsanwältin *Irina Huth* (Familienrecht); Rechtsanwalt *Dr. Andreas Kappus* (Miet- und Immobilienrecht); Rechtsanwältin *Dr. Maria Naucke-Lömker* (Erbrecht und Schlussredaktion); Rechtsanwältin *Esther Noske*, LL.M. (Verfahrens- und Kostenrecht sowie Koordination); Rechtsanwalt Prof. *Dr. Achim Schunder* (Arbeitsrecht); Rechtsanwältin *Dr. Monika Spiekermann* (Bau-recht); Rechtsanwalt *Dr. Stephan Tausch* (Strafrecht); Rechtsanwalt Prof. *Dr. Martin Weber* (Gesellschaftsrecht).

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom

Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81

89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h.c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:

Zweimal im Monat als Beilage zur NJW.

Bezugspreis 2017:

Der Bezugspreis von NJW-Spezial ist im Bezugspreis von NJW enthalten. Jahrestitel und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Druck: Mayr Miesbach GmbH, Am Windfeld 15, 83714 Miesbach.

ÖJZ aktuell 701

Zivilverfahren praktisch

→ Die Zuständigkeit für insolvenznahe Verfahren nach Art 6 EulnsVO 2015 705
Von Birgit Schneider

Beiträge

→ Kontrahierungszwang in der Sportverbandspyramide 706

Das sportspezifische Ein-Platz-Prinzip führt zu einer beispiellosen Machtkonzentration auf Seiten der Sportverbände sowie entsprechender Angewiesenheit der Sportler und Vereine auf den Vertragsschluss. Der Beitrag untersucht die dogmatischen Grundlagen des Kontrahierungszwangs und wendet die gewonnenen Erkenntnisse am Beispiel der Sportverbandspyramide an.

Von Markus Salcher

→ Rechtsprechung des EGMR 2016 (1) 714

Mit dem Beitrag wird der Überblick über ausgewählte Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte zu den materiellen Grundrechten der EMRK und ihren ZP für das Jahr 2016 fortgesetzt; der erste Teil behandelt die Rsp zu Art 2, 3 und 6 EMRK.

Von Rudolf Thienel

→ Finanzvergehen als Geldwäscherei begründende Vortaten
 nach der Strafgesetznovelle 2017 722

Der Beitrag befasst sich mit der durch die Strafgesetznovelle 2017 ausgeweiteten Stellung von Finanzvergehen als Vortaten einer Geldwäscherei. Dabei wird zunächst untersucht, welche Finanzvergehen als Geldwäscherei begründende Vortaten überhaupt in Frage kommen. Im Anschluss wird erörtert, unter welchen Umständen Vermögensbestandteile aus Finanzvergehen „herrühren“ können.

Von Severin Glaser

Evidenzblatt

→ Familienrecht. 729

OGH 9. 11. 2016, 7 Ob 179/16y

102: Obsorgeübertragungsantrag des Kinder- und Jugendhilfeträgers trotz Fristablaufs inhaltlich zu prüfen

OGH 24. 1. 2017, 10 Ob 54/16p 730

103: Unterhaltsvorschuss: Kein Export in die Slowakei

→ Schadenersatzrecht. 731

OGH 31. 8. 2016, 2 Ob 97/16b

104: Der Beifahrer bei der Schwarzfahrt kann haftungsfrei sein

Mit Anmerkung von Martin Spitzer

OGH 22. 12. 2016, 6 Ob 229/16v 734

105: Schadenersatz für den getöteten Luchskuder

Mit Anmerkung von Silvia Riederer

→ Sozialversicherungsrecht 737

OGH 11. 10. 2016, 10 ObS 109/16a

106: Keine Kostenerstattung bei Behandlung durch „Wahlarzt“ ohne Berufssitz

→ Strafprozessrecht 739

OGH 4. 4. 2017, 14 Os 68/16f

107: Nichtigkeit durch Vernehmungsumgehung

→ Strafrecht 743

OGH 5. 4. 2017, 15 Os 4/17b

108: Doppelverwertungsverbot

EvBI-Leitsätze

→ Gesellschaftsrecht	744
OGH 19. 4. 2017, 6 Ob 25/17 w 117: Eintragungspflicht bei Vermögensübername gem § 142 UGB	
→ Konsumentenschutzrecht	744
OGH 26. 4. 2017, 1 Ob 40/17 i 118: Bankgarantie für den Kredit der GmbH des Cousins	
→ Provisorialverfahren	745
OGH 17. 5. 2017, 7 Ob 34/17 a 119: Gewaltschutz-EV bei „Telefonterror“	
→ Schadenersatzrecht.	746
OGH 27. 4. 2017, 2 Ob 99/16 x 120: Interessenkollision des Wertpapierdienstleisters	
→ Vereinsrecht	746
OGH 19. 4. 2017, 6 Ob 62/17 m 121: Bekämpfung eines Parteiausschlusses	
→ Wohnungseigentumsrecht	747
OGH 1. 3. 2017, 5 Ob 144/16 m 122: Eigentumsfreiheitsklage ist keine Verwaltungsmaßnahme	
→ Strafprozessrecht	747
OGH 5. 4. 2017, 13 Ns 17/17 d 123: Kein Einfluss mangelnder Übersetzung der Anklageschrift auf Einspruchsfrist	
→ Strafrecht	748
OGH 5. 4. 2017, 13 Os 28/17 t 124: Sachverhaltsannahmen für schwere Dauerfolge im StrafU erforderlich	



Standards

→ Impressum	704
→ Buchbesprechungen	748

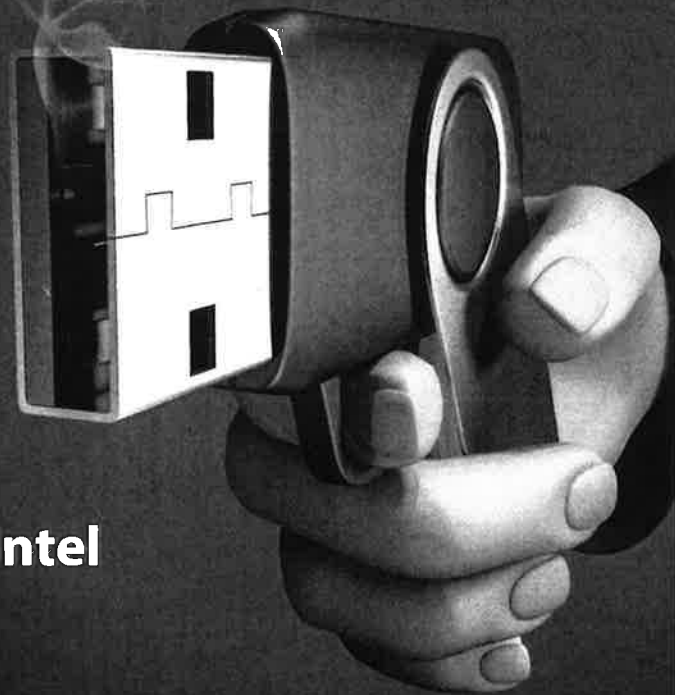


Angriffe per USB, LAN und GSM

Böse und billig: Hacking-Gadgets

Spionage- und Sabotage-Geräte für jedermann

Raspi steuert Lego-Roboter
Programmierkurs in Minecraft
Troubleshooting für Linux-Spiele
Tariftipps für DSL und Kabel



Schnellste Desktop-CPU

AMD Ryzen Threadripper schlägt Intel

IM
TEST

- Nokias Comeback mit Android
- Google Home spricht deutsch
- Huawei Matebook X
- Rechtschreibkorrektoren

€ 4,70
AT € 5,00 | LUX, BEL € 5,50
NL € 5,70 | IT, ES € 6,00
CHF 6,90 | DKK 52,00

c't-Windows-Werkzeugkasten

Unsere Lieblings-Tools für Analyse, Reparatur und Umzug



Inhalt 18/17

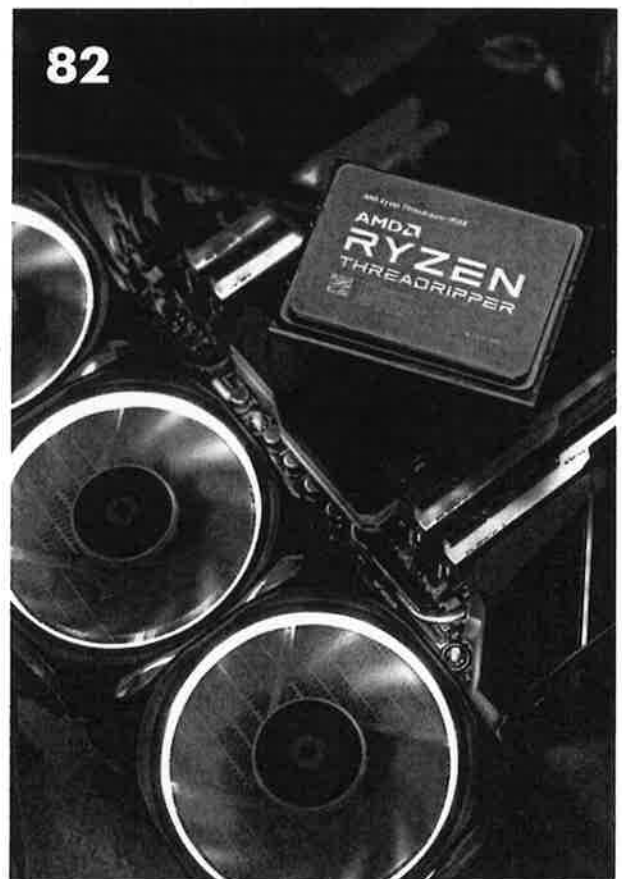
Trends & News

- 12 Prozessorgeflüster: Core i-8000, Spaceborne, Power9
- 14 IFA 2017: Technik fürs Smart Home
- 18 Domain Name Service: Fortschritte beim Datenschutz
- 22 Hardware
- 23 Embedded Systems
- 24 Netze
- 26 Anwendungen
- 27 Unternehmens-Anwendungen
- 28 Technische Software
- 29 Security
- 30 Bundeskartellamt: Kein Marktmissbrauch bei Schultaschenrechnern
- 32 Roboter-Bausatz „Boost“ von Lego
- 33 Linux
- 34 Apple
- 34 Windows
- 35 Internet
- 36 Flash Memory Summit: Neue SSDs und Flash-Alternativen
- 178 Web-Tipps

Test & Kaufberatung

- 38 Android-Smartphone Motorola Z2 Play
- 40 OLED-Tablet Samsung Galaxy Book 12
- 42 Mini-Action-Cam Sumikon NX4344
- 42 Netzwerklautsprecher Libratone Multiroom
- 44 A3+-Drucker Epson EcoTank ET-14000
- 46 Mini-PC mit Thunderbolt 3: Intel NUC7I7BNH
- 48 HDMI-auf-DisplayPort-Adapter: Delock 62712 und 62496
- 48 Externe SSD mit USB 3.1: Samsung Portable SSD T5
- 49 Fahrradhalterung aus dem 3D-Drucker von Ohno
- 50 Illustrator: Corel Technical Suite 2017
- 52 Managed Root Server inklusive Wartung im Langzeitest

- 54 Parkschein-App: EasyPark
- 54 Audio-Effekt-Plug-in: Zynaptiq Wormhole
- 55 Transkribier-Werkzeug: Transcribe
- 82 **AMD Ryzen Threadripper schlägt Intel**
- 86 **Nokias Comeback mit Android**
- 96 **Huawei MateBook X**
- 98 Günstige Armbänder für die Apple Watch
- 118 **Tariftipps für DSL und Kabel**
- 124 **Google Home spricht deutsch**
- 126 **Das neue Android**
- 130 **Rechtschreibkorrektoren**
- 180 Spielekritik
- 184 Buchkritik



Schnellste Desktop-CPU

AMDs High-End-Prozessoren Ryzen Threadripper bieten in Desktop-PCs eine Performance, die bislang Servern vorbehalten war. Die neue Plattform übertrumpft die Intel-Konkurrenz Core X nicht nur bei der Rechengeschwindigkeit, sondern auch in puncto I/O-Fähigkeiten.

cit

62



Böse und billig: Hacking-Gadgets

Für schmales Geld bekommt man Spezialhardware, die fiese Angriffe auf Computer und Netze erschreckend einfach macht. Quasi im Vorbeigehen kann damit jedermann unsichtbare Hintertüren in Intranets einbauen, WLANs angreifen oder Tastatureingaben abfangen.

Wissen

- 56 Vorsicht, Kunde: PayPal-Gastzahlung auf eBay mit Nebenwirkungen
- 58 Wie in China ein nationales Intranet entsteht
- 62 **Böse und billig: Hacking-Gadgets**
- 64 Hacking-Gadgets: Geräte im Überblick
- 74 Die spannendsten Angriffstechniken im Detail
- 78 Rechtliche Aspekte im Zusammenhang mit Spionage- und Sabotage-Gadgets
- 174 Speichermodule: Takt, Latenz, Stabilität und Performance

Praxis & Tipps

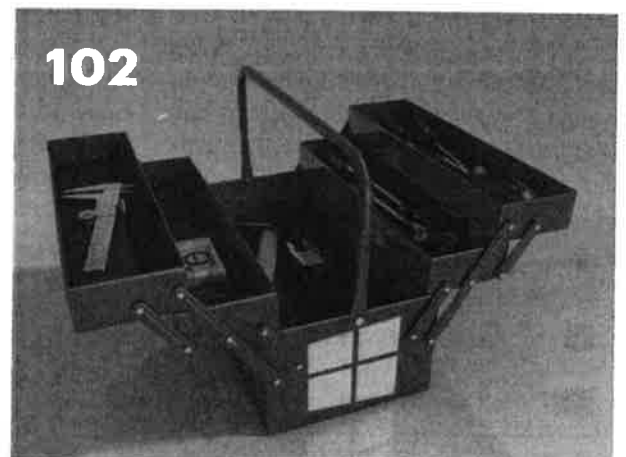
- 90 Smart-Home mit ioBroker steuern
- 102 **c't-Windows-Werkzeugkasten**
- 106 Programme für Analyse, Leistungstest und Stresstest der Hardware
- 112 System-Utilities für Analyse, Reparatur und Umzug

c't

- 136 **Programmierkurs in Minecraft**
- 140 Panoramafotos für Web und VR aufbereiten
- 144 **Raspi steuert Lego-Roboter**
- 148 **Troubleshooting für Linux-Spiele**
- 156 Fritz-Telefonbuch mit Cisco-IP-Telefonen nutzen
- 160 HDR-TVs und PSVR gemeinsam an der PS4
- 162 Windows analysieren mit dem Process Monitor, Teil 3
- 166 Tipps & Tricks
- 170 FAQ: Werbung im Internet

Rubriken

- 3 Editorial: AMD auf der Überholspur
- 6 Leserforum
- 11 Schlagseite
- 186 Story: Assessment Center von *Stephan Becher*
- 198 Stellenmarkt
- 200 Inserentenverzeichnis
- 201 Impressum
- 202 Vorschau



Der c't-Windows-Werkzeugkasten

Ob Festplattendiagnose, Datenrettung, Performancetest oder Windows-Umzug – für viele Alltagsaufgaben empfehlen wir Lesern, Freunden und Verwandten immer wieder ganz bestimmte Programme. Wir zeigen Ihnen, wie Sie damit schnell Ihre Probleme lösen.

Schriftleitung: Prof. Dr. Achim Schunder, Dr. Jochen Wallisch und Martin Wildschütz,
Beethovenstr. 7 b, 60325 Frankfurt a. M.

NZA Editorial

Reinhard Richardi

Das „doppelte Lottchen“ oder der Mindestlohn

III

NZA aktuell

Wichtige neue Entscheidungen

VI

Informationen

VII

Impressum

XVIII

Aufsätze und Berichte

Eberhard Natter / Lutz Haßel

Der elektronische Rechtsverkehr und die elektronische Akte in der Arbeitsgerichtsbarkeit

1017

Gregor Thüsing / Maximilian Schmidt

Zulässige Pauschalierung bei der Rechtfertigung präventiver Überwachungsmaßnahmen des Arbeitgebers

1027

Jörg Risse

Mediation als Strategie zur Streikvermeidung

1030

Kommentar

Mike Wienbracke

Deutsches Mitbestimmungsgesetz arbeitnehmerfreizügigkeitskonform

1036

Forum

Mark Zimmer / Sara Stajic

Unbewusste Denkmuster – Sollen Arbeitgeber dagegen mit Unconscious Bias Training vorgehen?

1040

Buchbesprechungen

M. Löwisch/V. Rieble, Tarifvertragsgesetz (C. Meyer)

1045

Blick ins Sozialrecht

Oliver Ricken

Kein Unfallversicherungsschutz auf Abwegen

1045

Anwartschaftszeit in der Arbeitslosenversicherung und Bezug von Krankentagegeld im Rahmen der PKV

1046

Steuerfreie Aufwandsentschädigung und Zusammenrechnung mehrerer geringfügiger Beschäftigungen

1046



Rechtsprechung

Arbeitsvertragsrecht

EuGH	13. 07. 2017 – C-354/16	Ratierliche Kürzung der bAV und gespaltene Rentenformel europarechtskonform	1047
BAG	02. 03. 2017 – 2 AZR 698/15	Außerordentliche Verdachtskündigung eines angestellten Lehrers – Verdacht der sexuellen Belästigung von Schülerinnen	1051
BAG	16. 05. 2017 – 9 AZR 572/16	Kein Schadensersatz in Geld wegen nicht gewährter Urlaubstage im bestehenden Arbeitsverhältnis	1056
BAG	15. 11. 2016 – 3 AZR 582/15	AGB-Kontrolle bei Änderungsvereinbarung – Bestimmung zum Versorgungsrecht	1058

Tarifvertrags- und Betriebsverfassungsrecht

BAG	26. 04. 2017 – 10 AZR 589/15	Keine tarifvertraglichen Mehrarbeitszuschläge bei individuell vereinbarter Teilzeitbeschäftigung	1069
BAG	22. 03. 2017 – 5 AZR 424/16	Mindestlohnwirksame Treueprämie und Schichtzulage für tatsächlich geleistete Arbeitsstunden	1073
BAG	21. 03. 2017 – 7 ABR 19/15	Anfechtung einer Betriebsratswahl – Änderung der Wählerliste am Wahltag	1075

Verfahrensrecht

LAG Düsseldorf	09. 06. 2017 – 4 Ta 210/17	Gegenstandswert für die Einigungsgebühr	1079
----------------	----------------------------	---	------

Orientierungssätze

BAG	14. 09. 2016 – 4 AZR 964/13	Eingruppierung einer IT-Sicherheitsbeauftragten – Notwendigkeit einer wissenschaftlichen Hochschulbildung	1080
BAG	24. 08. 2016 – 4 AZR 494/15	Stufenzuordnung bei erstmaliger Eingruppierung nach dem DRK-Reformtarifvertrag	1080

17. NZA-Jahrestagung am 5./6. Oktober 2017 in Frankfurt a. M.

www.nza.de

Inhaltsverzeichnis

Abhandlungen	Hanau, Peter , Prof. Dr. Dres. h.c., Köln Arbeits- und Sozialversicherungsrecht 4.0 im Weißbuch des BMAS	213
	Boecken, Winfried , Prof. Dr. LL.M. (Florenz) und Jungbauer, Vincent , cand. jur., Konstanz Anspruch auf Annahmeverzugslohn bei rückwirkender Begründung eines Arbeitsverhältnisses oder rückwirkender Änderung des Umfangs der Arbeitszeit	216
	Eufinger, Alexander , Dr., Frankfurt a.M. Rechtliche Aspekte Compliance-indizierter Sanktionsmaßnahmen im Arbeitsverhältnis	223
	Kurt, Simge , Ass. jur., Augsburg Die berufliche Weiterbildung im Zeitalter der Digitalisierung als milderer Mittel im Kündigungsschutzrecht	230
	Poscher, Ralf , Prof. Dr., Freiburg Die Koalitionsfreiheit als ausgestaltungsbedürftiges und ausgestaltungsfähiges Grundrecht	235
	Strake, Martin , Dr., Rechtsanwalt, Paderborn Ausschluss des Streikrechts in karitativen Einrichtungen der Evangelischen Kirche durch den Dritten Weg	245
Besprechungsaufsatz	Joussen, Jacob , Prof. Dr., Bochum Aktuelle Fragen des Befristungsrechts: Gemeinsame Anmerkung zu BAG, Urteile v. 18.5.2016 – 7 AZR 533/14 und v. 8.6.2016 – 7 AZR 568/14	250
Entscheidungsbesprechungen	Löwisch, Manfred , Prof. Dr. Dr. h.c., Rechtsanwalt, Freiburg/Lahr (Schwarzwald) Schadensersatzklagen gegen die Gewerkschaft der Flugsicherung Anmerkung zu BAG v. 26.7.2016 – 1 AZR 160/14	255
	Wank, Rolf , Prof. Dr., Bochum Objektive Eignung und Scheinbewerber Anmerkung zu BAG v. 19.5.2016 – 8 AZR 470/14	259
	Sagan, Adam , Dr., MJur (Oxon), Akad. Rat a.Z, Köln Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall Anmerkung zu BAG v. 24.8.2016 – 5 AZR 703/15	264
Kurzbeiträge und Informationen	Florian Eckel , wiss. Mit., Universität Göttingen Der demographische Wandel in der Arbeitswelt – Herausforderungen für das Arbeits- und Sozialrecht Vierzehntes Göttinger Forum zum Arbeitsrecht am 27.10.2016	269
	Stellungnahme des Deutschen Anwaltvereins , Berlin Referentenentwurf des Bundesministeriums des Innern vom 23.11.2016 zu dem Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts	271
Schrifttum	Moll, Wilhelm, (Hrsg.) Münchener Anwaltshandbuch Arbeitsrecht 2017 (Manfred Löwisch)	272

Die nächsten Hefte von RECHT DER ARBEIT bringen u.a.:

Abhandlungen: *Peter Mankowski*, Die Unionsrechtskonformität des MiLoG; *Roland Schwarze*, Missbrauchstatbestand bei befristungsrechtlicher Missbrauchskontrolle; *Laura Schmitt*, Whistleblowing revisited - Anpassungs- und Regelungsbedarf im deutschen Recht

Entscheidungsbesprechungen: *Wilhelm Moll*, Unterrichtung und Widerspruchsrecht der Arbeitnehmer bei mehreren Betriebsübergängen; *Patrick Flockenhaus*, Alles bleibt anders: Dynamische Bezugnahmeklauseln und Betriebsübergang nach Asklepios

ISSN 0342-1945

Impressum RdA

Schriftleitung: Prof. Dr. Martin Hensler (zugleich verantwortlicher Redakteur), Prof. Dr. Rolf Wank; Postanschrift: Institut für Arbeits- und Wirtschaftsrecht der Universität zu Köln, Albertus-Magnus-Platz, 50923 Köln, Tel.: (02 21) 4 70 56 93 und 4 70 22 22, Fax: (02 21) 4 70 59 72. E-Mail: redaktion-rda@uni-koeln.de

Buchbesprechungen: Rechtsanwalt Prof. Dr. Achim Schunder, Beethovenstraße 7 b, 60325 Frankfurt am Main; Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt am Main, Tel.: (0 69) 75 60 91-0, Fax: (0 69) 75 60 91-49.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Fax: (0 89) 3 81 89-398, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Amtsgericht München, HRA 48045. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Bezugspreis 2017: Recht der Arbeit erscheint zweimonatlich, Jahresabo € 239,- (inkl. MwSt.), *Vorzugspreis* für NZA-Bezieher € 215,- (inkl. MwSt.), Einzelheft: € 44,- (inkl. MwSt.). Jeweils zuzüglich **Versandkosten**. Bestellungen können bei jeder Fachbuchhandlung oder beim Verlag erfolgen. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestitelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

KundenserviceCenter: Tel.: (0 89) 3 81 89-750, Fax: (0 89) 3 81 89-358, E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen: 6 Wochen vor Jahresende.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderung mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei **Anschriftenänderung** des Bezieherers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue **Anschrift** auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann

der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigelegt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Für Zitate wird die Abkürzung RdA = „Recht der Arbeit“ empfohlen (Beispiel: RdA 2000, S. 10).

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.





FACHZEITSCHRIFT DER
ÖSTERREICHISCHEN
SOZIALVERSICHERUNG



Liebe Leserinnen und Leser!

Die Sommer-Ausgabe der Fachzeitschrift *Soziale Sicherheit* bietet für das Jahr 2017 eine überblicksartige, jedoch weitestgehend lückenlose Darstellung des gesamten Leistungskataloges der sozialen Kranken-, Pensions- und Unfallversicherung sowie des Pflegegeldes. Ebenso werden zwischenstaatliche Beziehungen zu 48 Staaten auf europäischer und interkontinentaler Ebene sowie die multilateralen Abkommen – vor allem jene mit der Europäischen Union – kompakt und übersichtlich dargelegt.



Der Hauptverband sowie die Träger der österreichischen Sozialversicherung fördern und unterstützen seit vielen Jahren die Programme zur Prävention von Krankheiten und zur Gesundheitsvorsorge, wie z. B. die betriebliche Gesundheitsförderung, auch jedoch zahlreiche konkrete Projekte und Maßnahmen wie Vorsorgeuntersuchungen, Untersuchungsprogramme für Jugendliche, Raucher-Entwöhnungshilfen, Programme zu körperlicher Bewegung sowie zur Förderung der psychischen Gesundheit. Daher wird überblicksartig die breite Palette der Angebote vorgestellt und an das bewährte Brustkrebs-Früherkennungsprogramm erinnert.

Für Arzneimittel wurden im Jahr 2016 ca. 3,4 Milliarden Euro aufgewendet, das entspricht rund 116 Millionen Medikamentenpackungen. Im Vergleich zum Vorjahr bedeutet dies eine Aufwandserhöhung um rund 2,5 Prozent.

Im Kapitel „Soziale Pensionsversicherung“ werden die aktuell geltende Rechtslage nach dem APG und die Berechnung sowie Finanzierung der Pensionen ausführlich dargestellt. Dabei werden u. a. notwendige Verfahrensschritte im Fall geminderter Arbeitsfähigkeit, die in der Folge Rehabilitation bzw. Umschulung ermöglichen, erläutert. Ebenso wird auf die Pensionsarten für Hinterbliebene eingegangen.

Die Soziale Sicherheit bringt neben dem Überblick zum Aufbau und den Leistungen der österreichischen Sozialversicherung auch einen kursorischen Einblick in deren Finanzierungsstruktur, wodurch dieses Leistungsvolumen erst dauerhaft und ohne Einschränkungen für alle Versicherten ermöglicht wird. Am Ende des Heftes finden Sie ein aktuelles Verzeichnis aller Ansprechpartner bei den einzelnen Trägern der Sozialversicherung, nach Bundesländern gegliedert.

Weiterführende Informationen finden Sie im Internetportal der österreichischen Sozialversicherung unter www.sozialversicherung.at oder auf der Website des Hauptverbandes unter www.hauptverband.at


Dr. Wilhelm Donner

Impressum

Soziale Sicherheit, 70. Jahrgang • Fachzeitschrift für die Sozialversicherung, hrsg. gem. § 31 Abs. 3 Z. 7 ASVG • ISSN 0038-6065 • Medieninhaber und Verleger: Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger • Redaktion: Mag. Bernhard Wurzer, 1030 Wien, Kundmannngasse 21, Tel.: (01) 71 1 32-11 20 D.w., E-Mail: presse@sozialversicherung.at • Fotos: Cover: Nik Frey - Fotolia.com, Innen: Archiv „Soziale Sicherheit“, Fotolia.com, istockphoto.com • Cover-Layout & Innenentwurf: Manfred Fürst (www.manfredfuerst.at) Layout und Produktion: Atelier Meinhard Heim, 1020 Wien • Hersteller: Gutenberg-Werbering GmbH, Anastasius-Grün Straße 6, 4020 Linz • Abonnementpreis € 28,00 jährlich inkl. 10 % MwSt. und Inlandsporto; Ausland: zuzüglich Porto • Für namentlich gezeichnete Artikel trägt der Autor die Verantwortung, sie müssen nicht mit der Meinung des Hauptverbandes übereinstimmen.

Nr. 7-8, herausgegeben im Juli/August 2017



Sozialversicherung allgemein

- 290 Organisation und Selbstverwaltung
- 291 Selbstverwaltung
- 292 Finanzierung der Sozialversicherung
- 293 Freiwillige Versicherungen

Soziale Krankenversicherung

- 295 Geschützte Personen
- 296 Gesundheitsförderung und Prävention
- 297 Hilfe im Krankheitsfall
- 300 Spitalspflege
- 301 Vielfältige andere Leistungen
- 302 Mutterschaft
- 303 Eigene Einrichtungen

Soziale Pensionsversicherung

- 304 Leistungen allgemein – Versicherungszeiten und Anspruchsvoraussetzungen
- 309 Pensionshöhe
- 313 Hinterbliebenenpension
- 314 Gesundheitsvorsorge
- 315 Rehabilitation, Rehabilitationseinrichtungen
- 316 Finanzierung der Pensionsversicherung

Soziale Unfallversicherung

- 318 Leistungen allgemein – Schadensfälle, Unfallversicherungsträger, Pflichtversicherung
- 320 Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten, Meldepflicht, Schadensverhütung
- 323 Vorsorge für Erste Hilfe, Unfallheilbehandlung,
- 324 Rehabilitation
- 325 Finanzielle Entschädigungen
- 327 Soziale Unfallversicherung für Schülerinnen und Schüler sowie für Studierende
- 328 Schutz für Hilfsorganisationen

Diverse Leistungen

- 330 Pflegegeld
- 332 Internationale Sozialversicherung
- 334 Sicher in den Urlaub
- 335 Rat und Auskunft

Soweit in diesem Heft personenbezogene Bezeichnungen nur in männlicher Form angeführt sind, beziehen sie sich auf Frauen und Männer in gleicher Weise. Bei der Bezeichnung bestimmter Personen oder Personengruppen wird die jeweils geschlechtsspezifische Form verwendet.

**IN ALLER KÜRZE**

2

THEMA**Birgit Leb/Stefanie Thuiner: (Liebes-)Beziehung am Arbeitsplatz? – Karrierepush oder -killer? – Rechtliche Aspekte einer (Liebes-)Beziehung am Arbeitsplatz**

3

Neben den positiven Effekten kann eine Liebesbeziehung zwischen Mitarbeitern, insbesondere zwischen einem Mitarbeiter und einem Vorgesetzten, zu zahlreichen Schwierigkeiten führen. Der Beitrag geht der Frage nach, wie Liebesbeziehungen am Arbeitsplatz aus (arbeits)rechtlicher Sicht zu begegnen ist. Thematisiert wird unter anderem das Persönlichkeitsrecht des Arbeitnehmers und ob eine Beziehung einen Entlassungs- oder Austrittsgrund darstellen kann.

RECHTSPRECHUNG**» ARBEITSRECHT**

Kündigung eines Stammarbeitnehmers anstelle eines Leiharbeitnehmers	8
Sozialwidrigkeit: Kündigung nach Krankenstand von 9,5 Monaten	9
Sozialwidrigkeit: Verweisung auf Lehrberuf nach 15 Jahren zulässig	10
Kündigungsklausel im befristeten Dienstvertrag	11

» SOZIALVERSICHERUNGSRECHT

ALVG: Abzug eines Betrages für Reinigung des Arbeitsgewandes vom KV-Mindestentgelt unzulässig	12
Kranken- und Pensionsversicherung nach dem ALVG bei Eintritt des Mutterschutzes?	13

» STEUERRECHT

Bulimie: Mehrkosten für Lebensmittel – außergewöhnliche Belastung	15
BFG: Partnereinkünfte beim Alleinverdienerabsetzbetrag – keine Bindung an Einkommensteuerbescheid	16

AUS DEN BEHÖRDEN**» GEBIETSKRANKENKASSE**

Voraussichtliche SV-Werte 2018	18
--------------------------------	----

» FINANZMINISTERIUM

BMF: Bauausführung in Albanien – bloße Planung und Überwachung	18
--	----

ARTIKELRUNDSCHAU

20

IMPRESSUM

7

Aufsätze

- Schilling/Corsten/Hübner*, Das Gesetz zur Reform der strafrechtlichen Vermögensabschöpfung 305
- Oehmichen/Weissenberger*, Die Europäische Ermittlungsanordnung – praxisrelevante Aspekte der deutschen Umsetzung im IRG 316

Entscheidungen**Europarecht**

- SDÜ Art. 54: Tatbegriff bei Organisationsdelikt; Vollstreckungselement bei Bewährung im Ausland
BGH, Beschl. v. 9.6.2017 – 1 StR 39/17 324

Verfahrensrecht

- StPO §§ 33a, 304: Auf Entscheidungen nach § 33a StPO findet § 304 StPO keine Anwendung (Aufgabe früherer Senatsrechtsprechung)
HansOLG Hamburg, Beschl. v. 26.6.2017 – 1 Ws 60/17 329
- StPO § 99; PostG § 39: Zufallserkenntnisse aus der Lektüre von Briefen – Schutz des Briefgeheimnisses
OLG Koblenz, Beschl. v. 12.6.2017 – 1 OLG 4 Ss 173/15 329
- StPO §§ 103, 36: In der Regel ist der Durchsuchungsbeschluss mit vollständiger Begründung auszuhändigen
BGH, Beschl. v. 28.6.2017 – 1 BGs 148/17 334
- StPO §§ 345, 44: Fahrtkostenvorschuss für die Niederschrift der Revisionsbegründung zu Protokoll der Geschäftsstelle
OLG Celle, Beschl. v. 30.5.2017 – 1 Ss 26/17 336
- StPO § 412: Keine Verwerfung des Einspruchs nach begonnener Hauptverhandlung
LG Chemnitz, Urt. v. 2.6.2017 – 8 Ns 760 Js 13135/16 (2) 337
- StPO § 478: Einsicht in die Akten eines inhaltlich zusammenhängenden Verfahrens
AG Hamburg, Beschl. v. 23.6.2017 – 161 Gs 1067/16 337

Materielles Strafrecht/Strafrechtliche Nebengebiete

- StGB § 40: Bemessung der Tagessatzhöhe
BGH, Beschl. v. 25.4.2017 – 1 StR 147/17 338
- StGB §§ 66, 66c, 67a: Sicherungsverwahrung neben lebenslanger Freiheitsstrafe mit besonderer Schuldschwere
BGH, Urt. v. 28.6.2017 – 5 StR 8/17 (nur Ls) 338
- StGB § 77: Notwendige Tatkonkretisierung beim Strafantrag – Besonderes öffentliches Interesse
BGH, Beschl. v. 20.4.2017 – 2 StR 79/17 338
- StGB § 142: Kleiner Grundkurs zu Unfallbeteiligung und Feststellungsinteresse
HansOLG Hamburg, Beschl. v. 30.5.2017 – 2 Rev 35/17 339
- StGB §§ 242, 263, 25, 52: Abgrenzung von Betrug und Diebstahl – Voraussetzungen der Tateinheit
BGH, Beschl. v. 7.3.2017 – 1 StR 41/17 342

Strafvollstreckung/Strafvollzug

- StPO §§ 454, 456a: Die Verfahrensvorschriften sind auch dann einzuhalten, wenn sich der Verurteilte im Ausland aufhält
OLG Celle, Beschl. v. 5.12.2016 – 1 Ws 502/16 344
- StPO §§ 454, 463: Die Vollzugsbehörde ist am Verfahren nicht beteiligt
OLG Koblenz, Beschl. v. 3.7.2017 – 1 Ws 355/17 345
- StVollzG § 119a; StGB § 66c: Ist ein Verurteilter krankheitsbedingt nicht in der Lage, an der Behandlung mitzuwirken, sind medizinische Maßnahmen zu ergreifen
KG, Beschl. v. 28.4.2017 – 2 Ws 18/17 Vollz 345

Rezension

- Werner Leitner/Henning Rosenau* (Hrsg.), Wirtschafts- und Steuerstrafrecht-Kommentar (Leipold) 347



Neue Zeitschrift für Wirtschafts-, Steuer- und Unternehmensstrafrecht

Inhaltsverzeichnis

Aufsätze	<i>Claudia Warken</i> Elektronische Beweismittel im Strafprozessrecht – eine Momentaufnahme über den deutschen Tellerrand hinaus, Teil 1 Beweissicherung im Zeitalter der digitalen Cloud	289
	<i>Dr. Anna Oehmichen und Christina Mickler</i> Die Vorratsdatenspeicherung – Eine never ending story?	298
	<i>RD David Roth</i> Steuerhinterziehung durch Unterlassen: bei Kenntnis der Finanzbehörden ausgeschlossen?	308
Kurzbericht aus der Praxis	<i>Nobert Madauß</i> „missing trader“ und Briefkastengesellschaft/Domizilgesellschaft als Unternehmer	310
Rechtsprechung	Steuerstrafrecht/Steuerrecht	
	Steuerhinterziehung: Kenntnis der Finanzbehörden OLG Köln, Urt. v. 31.1.2017, III-1 RVs 253/16	317
	Wirtschaftsstrafrecht	
	Vorlagebeschluss: Verfassungswidrigkeit einer Blankettstrafnorm trotz Entsprechungsklausel LG Stade, Beschl. v. 15.3.2017 – 600 KLS 1100 Js 7647/10 (1/15) (m. Anm. <i>Honstetter</i>)	320
Impressum		IV
Mitteilungen	Literaturspiegel Steuerstrafrecht Stand 4.8.2017 (<i>Madauß</i>)	V
Buchbesprechung	Leitner/Rosenau [Hrsg.], Wirtschaft- und Steuerstrafrecht, Nomos Verlag, Baden-Baden, 1. Aufl. 2017 (<i>Bockemühl</i>)	VI

forum poenale

D3-Z276

**Herausgeber ·****Editeurs · Editori**

Jürg-Beat Ackermann

Roy Garre

Gunhild Godenzi

Yvan Jeanneret

Bernhard Sträuli

Wolfgang Wohlers

Schriftleitung ·**Direction de revue ·****Direzione della rivista**

Sandra Hadorn

RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA 210

AUFSÄTZE | ARTICLES | ARTICOLI 234

Kajetan M. Kobryn: Beschlagnahme und Einziehung von in der Schweiz
«gewaschenen» Vermögenswerten aus einer rein ausländischen Vortat 234

Mark Pieth: Die Neuregelung der Privatbestechung 241

Romain Jordan: Défense d'office: une institution à la croisée des chemins? 245

Thomas Hansjakob: Die Erhebung von Daten des Internetverkehrs –
Bemerkungen zu BGer 6B_656/2015 vom 16. 12. 2016 252

Wolfgang Wohlers: Tödliche Kollision(en) auf und vor dem Fussgängerstreifen –
Besprechung von BGer 6B_262/2016 vom 6. 1. 2017 258

Frank Meyer: Die Rechtsprechung des EGMR in Strafsachen im Jahr 2016 263

DOKUMENTATION | DOCUMENTATION | DOCUMENTAZIONE 276



RECHTSPRECHUNG | JURISPRUDENCE | GIURISPRUDENZA

Nr. 18	OGer AG v. 25. 10. 2016: im Ausland begangene Straftaten; Schweizerische Strafhoheit (<i>Bemerkungen: Peter Popp</i>)	210
Nr. 19	BGer v. 30. 8. 2016: Rückversetzung in den Massnahmenvollzug; Anspruch auf mündliche Verhandlung im Beschwerdeverfahren.	213
Nr. 20	BGer v. 19. 5. 2016: Voraussetzungen für die Rückweisung zur Anklageänderung.	215
Nr. 21	OGer BE v. 31. 10. 2016: Zulassung als Privatklägerschaft nach (teilweisem) Verzicht (<i>Bemerkungen: Gaétan Droz</i>)	217
Nr. 22	BGer v. 1. 7. 2016: Bestellung der amtlichen Verteidigung; Voraussetzungen	222
Nr. 23	BGer v. 26. 8. 2016: vorzeitiger Strafvollzug; Voraussetzungen der Fluchtgefahr; Beschleunigungsgebot im Haftprüfungsverfahren (<i>Bemerkungen: Matthias Schwaibold</i>)	224
Nr. 24	BGer v. 25. 8. 2016: unzulässige Kognitionsbeschränkung durch das Berufungsgericht; Verweigerung des rechtlichen Gehörs.	231
Nr. 25	BGer v. 13. 1. 2016: Kosten und Entschädigungsfolgen bei Freispruch	232

GESETZGEBUNG | LEGISLATION | LEGISLAZIONE

Sportbetrug – kein Straftatbestand	276
Keine Schwächung des Amtsgeheimnisses	276
Amtliche geheime Verhandlungen – Änderung von Artikel 293 StGB	276
Keine gleichen Strafen für Auto- und Velofahrer.	277
Systematische Beschaffung von Strafregisterausügen – Beitritt zum EU-Programm	277
Istanbul-Konvention: Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt	277
Kronzeugenregelung	278
Strafrecht – diverse Aspekte und Lücken	278
Keine verschuldensunabhängige Haftung im Bereich des Strafvollzugs	279
Ahndung von Verstößen nach dem Ordnungsbussenverfahren	279

REZENSION | RECENSION | RECENSIONE

Susanna Niehaus/Renate Volbert/Jörg M. Fegert: Entwicklungsgerechte Befragung von Kindern im Strafverfahren, Berlin 2017 (<i>Thomas Hansjakob</i>)	285
--	-----

forum poenale

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

14 2017

Mit Beilage: Urteil des BVerwG zur Elbvertiefung



Inhalt

Aufsätze		<i>B. Grzeszick</i> , Fraktionsautonomie als Teil des verfassungsrechtlichen Status der Bundestagsfraktionen	985
		<i>H. Greve/P. Kortländer/M. Schwarz</i> , Das Gesetz zu bereichsspezifischen Regelungen der Gesichtshüllung	992
		<i>M. Reinhardt</i> , Das wasserrechtliche Bewirtschaftungsermessen im ökologischen Gewässerschutzrecht	1000
		<i>R. Derksen</i> , Unionsrechtskonforme Spielräume für anlasslose Speicherung von Verkehrsdaten?	1005
Rechtsprechung des franz. Conseil d'État		<i>A.-C. Castellani-Dembélé/A. Iljic</i> , Das Umweltrecht	1009
Zur Rechtsprechung		<i>A. Kießling</i> , Ein „neues“ Instrument der Terrorismusabwehr: die Auferstehung der Abschiebungsanordnung nach § 58 a AufenthG	1019
Mitteilungen		<i>C. Saßl</i> , Wie weiter mit der Wasserrahmenrichtlinie? – Trierer Wasserwirtschaftsrechtstag 2017	1022
Buchbesprechungen		<i>F. O. Kopp/U. Ramsauer/P. Wysk</i> , <i>Verwaltungsverfahrensgesetz (F. Becker)</i>	1023
		<i>A. Dietz</i> , <i>Ausländer- und Asylrecht (F. Fritzsche)</i>	1024
		<i>M. Pulte</i> , <i>Grundfragen des Staatskirchen- und Religionsrechts (Red.)</i>	1024
Rechtsprechung			
EuGH	21. 12. 16 – C-203/15 ua	Keine allgemeine Verpflichtung zur Vorratsdatenspeicherung	1025
EuG	3. 2. 17 – T-646/13	Europäische Bürgerinitiative – Schutz von Minderheiten Anm. <i>T. Hieber/F. de Boer</i>	1032 1035
BVerfG	13. 4. 17 – 2 BvL 6/13	Kernbrennstoffsteuergesetz mit dem Grundgesetz unvereinbar und nichtig Anm. <i>S. Möckel</i>	1037 1055

BVerwG	21. 3.17–1 VR 1/17	Keine Anordnung der aufschiebenden Wirkung bei Abschiebungsanordnung	1057
BVerwG	14.12.16–1 C 11/15	Kostenerstattung bei Abschiebung ohne Zustimmung der Staatsanwaltschaft	1064
BVerwG	12. 1.17–4 B 43/16	Schädliche Auswirkungen auf zentrale Versorgungsbereiche	1067
BVerwG	8. 2.17–8 C 2/16	Insolvenzversicherungsbeitrag bei insolvenzfähigen Krankenkassen (Ls.)	1068
VGH Mannheim	28. 4.17–1 S 345/17	Veröffentlichungsrecht von Einzelstadträten im kommunalen Amtsblatt	1068
		Ahm. C. Schmidt	1072

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-Blog, NJW	V
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	V
Rechtsprechung in Leitsätzen	VII
EU-Nachrichten, Gesetzgebung, Gesetzgebungsverfahren, Veranstaltungen	VIII

ISSN 0721–880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:

Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.

Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de, Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für **Manuskripte**, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsverwaltung.

Bezugspreise 2017: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 159,- (inkl. MwSt.); Vorzugspreis für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 139,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,- (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 255,- (inkl. MwSt.); Vorzugspreis (w.o.) halbjährlich € 225,- (inkl. MwSt.); Einzelheft NVwZ m. RR € 26,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung: Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder und
Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M.

16 2017

Mit Beilage:
Synopsis zu Änderungen im Aufenthalts- und Migrationsrecht

Inhalt

Aufsätze		<i>C. Hörich/H. Tewocht</i> , Zum Gesetz zur besseren Durchsetzung der Ausreisepflicht	1153
		<i>B. Huber</i> , Das Gesetz zur Umsetzung aufenthaltsrechtlicher Richtlinien der EU zur Arbeitsmigration vom 12.5.	1160
		<i>G. Kirchhoff/E. Rudolf</i> , Altersfeststellung bei unbegleiteten Ausländern vor Inobhutnahmen durch Jugendämter	1167
Aufsätze Online		<i>P. Jacob</i> , Türkische Wahlen und türkischer Wahlkampf in Deutschland	1173
Kurze Beiträge		<i>C. Rung</i> , Die Beeinträchtigung des Handels zwischen den Mitgliedstaaten in der neueren beihilferechtlichen Entscheidungspraxis der Kommission	1174
Zur Rechtsprechung		<i>M. Putzer</i> , Nur subsidiärer Schutz für syrische Asylbewerber?	1176
		<i>K. F. Hinterberger/S. Klammer</i> , Abschiebungsverbote aus gesundheitlichen Gründen: Die aktuelle EGMR- und EuGH-Rechtsprechung zu Non-Refoulement und deren Auswirkungen auf die deutsche Rechtslage	1180
Buchbesprechungen		J.-H. Dietrich/S. R. Eiffler, Handbuch des Rechts der Nachrichtendienste (<i>M. H. W. Möllers</i>)	1185
Rechtsprechung			
EGMR	13. 12. 16 – 41738/10	Abschiebung schwerkranker Ausländer	1187
EuGH	13. 7. 17 – C-193/16	Ausweisung eines in Strafhaft befindlichen Unionsbürgers	1191
EuGH	4. 4. 17 – C-544/15	Bedingungen für Drittstaatsangehörigen für Visum zu Studienzwecken	1193
BVerfG	8. 5. 17 – 2 BvR 157/17	Abschiebung nach Griechenland	1196
BVerfG	14. 2. 17 – 1 BvR 2639/15	Geldentschädigung wegen rechtswidriger Freiheitsentziehung durch Polizei	1198
BVerwG	26. 1. 17 – 1 C 10/16	Haftung des Verpflichtungsgebers für Lebensunterhaltskosten von Flüchtlingen	1200
BVerwG	24. 4. 17 – 1 B 22/17	Keine Revisionszulassung wegen bedeutsamer Tatsachenfrage – Syrien	1204
BVerwG	3. 4. 17 – 1 C 9/16	Fehlender Ausspruch zu Abschiebungsverböten in BAMF-Bescheid	1207
BVerwG	4. 5. 17 – 2 C 45/16	Karenzzeit für Rechtsanwaltstätigkeit pensionierter Richter	1208
		Anm. <i>M. Stuttmann</i>	1211

VGH Mannheim	25.	4.17 – 12 S 2216/14	Rücknahme einer Einbürgerung wegen Doppelhehe Anm. D. Herrmann	1212 1217
OVG Münster	4.	5.17 – 14 A 2023/16	Kein Asyl für syrische Flüchtlinge wegen Wehrdienstentziehung	1218
OVG Münster	21.	2.17 – 14 A 2316/16	Subsidiärer Schutz für syrische Asylbewerber	1223
OVG Münster	21.	3.17 – 19 A 2461/14	Krankheitsbedingtes Abschiebungsverbot	1227
VGH München	15.	2.17 – 9 ZB 14.30433	Darlegung posttraumatischer Belastungsstörung Anm. B. Huber	1227 1228
VGH Mannheim	22.	2.17 – 11 S 447/17	Aussetzung der Abschiebung wegen Gesundheitsgefahr	1229
BGH	30.	3.17 – V ZB 128/16	Erforderlichkeit von Abschiebungshaft	1231

NVwZ aktuell

In eigener Sache, NVwZ-Blog, NJW	VII
Rechtsprechung in Pressemitteilungen	VII
Rechtsprechung in Leitsätzen	IX
Gesetzgebung, Veranstaltungen	X

BECK Stellenmarkt – Rund um die Kanzlei!

Unter www.beck-stellenmarkt.de/Ratgeber informieren wir Sie über spezielle Dienstleistungen und Produkte für Kanzleien. Von Kanzleimarketing und Coaching über Gutachter und Übersetzer bis zu spezialisierter IT. Branchenprofis berichten für Sie direkt aus der Praxis.

Der BECK Stellenmarkt:

Deutschlands große Jobbörse für Juristen und Kanzleiberufe.



Fachanwalts-Lehrgang Verwaltungsrecht

Frankfurt/M. Start: 05.10.2017 **mit Durchführungsgarantie**

Stuttgart Start: 14.06.2018

Weitere Informationen finden Sie unter www.ARBBER-seminare.de



Anwaltsfortbildung

Tel. 07066 - 90 08 0
Fax 07066 - 90 08 22
Kontakt@ARBBER-seminare.de
www.ARBBER-seminare.de

ISSN 0721-880X

NVwZ – Neue Zeitschrift für Verwaltungsrecht

Schriftleitung und Verlagsredaktion:
Rechtsanwalt Professor Dr. Achim Schunder (verantwortlich für den Textteil) und Rechtsanwältin Dr. Christiane Prause.
Beethovenstraße 7b, 60325 Frankfurt a.M., Postanschrift: Postfach 11 02 41, 60037 Frankfurt a.M., Telefon: (0 69) 75 60 91-0, Telefax: (0 69) 75 60 91-49.
E-Mail: NVwZ@beck-frankfurt.de,
Internet: www.nvwz.de.

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem Beitrag für die Dauer des gesetzlichen Urheberrechts das exklusive, räumlich und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur ständigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München. Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.

Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-598, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil: *Bertram Götz.*

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstr. 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Telefon: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der Verlag ist oHG. Gesellschafter sind Dr. Hans Dieter Beck und Dr. h. c. Wolfgang Beck, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise: Zweimal monatlich. Kombinationsbezug NVwZ mit zweimal monatlichem Beiheft (Nebenblatt) NVwZ-Rechtsprechungs-Report Verwaltungsrecht.

Bezugspreise 2017: NVwZ ohne NVwZ-RR: halbjährlich € 159,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** für NJW-Bezieher, Studenten (fachbezogener Studiengang) sowie Referendare (gegen Nachweis) halbjährlich € 139,- (inkl. MwSt.); Einzelheft: NVwZ € 17,- (inkl. MwSt.); NVwZ mit NVwZ-RR: halbjährlich € 255,- (inkl. MwSt.); **Vorzugspreis** (w. o.) halbjährlich € 225,- (inkl. MwSt.). Einzelheft NVwZ m. RR € 26,- (inkl. MwSt.). Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare

können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert werden. Jahrestei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Versandkosten jeweils zuzüglich.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Halbjahresschluss erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienste-Datenschutzverordnung: Bei Anschriftenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, wenn kein Nachsendeantrag gestellt ist. Hiergegen kann der Bezieher innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Hefes beim Verlag widersprechen.

Druck: Kessler Druck und Medien GmbH & Co. KG, Michael-Schäffer-Straße 1, 86399 Bobingen.

NVwZ

zeitschrift für hochschule hochschulmanagement und hochschulpolitik:zfhr

WU
WIRTSCHAFTS
UNIVERSITÄT
WIEN VIENNA
UNIVERSITY OF
ECONOMICS
AND BUSINESS

D3-Z130

zeitschrift für hochschulrecht,
hochschulmanagement
und hochschulpolitik: zfhr

Herausgeber und Schriftleitung:

M. Novak
B. Perthold-Stoitzner
E. Schulev-Steindl

Heft 4
August 2017
16. Jahrgang



Aufsätze

Univ.-Prof. Dr. Joseph Marko/ Sektionschef
Mag. Elmar Pichl

**Die Zulässigkeit fremdsprachiger Curricula
an österreichischen Universitäten** 127

FH.-Prof. Mag. Dr. Werner Hauser

**Wiederholung des Studienjahres auch für
nicht bestandene Studien abschließende
kommissionelle Prüfungen** 135

RA Dr. Herwig Frei

**Neuer § 109 UG 2002 – mehr Klarheit für
die universitäre Anstellungspraxis?** 138

Rechtsprechung

Volltext 148

Leitsätze 156

Buchbesprechungen 160

Impressum 162



FACHZEITSCHRIFT FÜR
NEUES MIET- UND
WOHNRECHT
21. Jg. Heft 07/08, Juli/August
2017

Zitiervorschlag:
immolex 2017, Seite
immolex 2017/Nummer

HERAUSGEBER:
Manz'sche Verlags- und
Universitätsbuchhandlung GmbH

LEITENDE REDAKTEURE:
ao. Univ.-Prof. Dr. H. BÖHM
StB Mag. K. FUHRMANN
Sen.-Präs. d. VwGH iR
Dr. E. GALL
HR d. VwGH Dr. F. PFIEL

SCHRIFTFLEITUNG:
RA Dr. H. RAINER

STÄNDIGE MITARBEITER:
Ri Mag. F. IBY
Ri Mag. M. EBERWEIN
Ri Mag. J. KAINC
Univ.-Prof. Dr. A. KLETEČKA
Mag. C. KOTHBAUER
Ri Mag. S. KULHANEK
RA Dr. E. LINDINGER
Dr. S. MALAINER
RA Dr. C. PRADER
Hon.-Prof.
Dr. J. STABENTHEINER
Dr. A. STARIBACHER

EDITORIAL

Die „gemeinschaftliche Erzeugungsanlage“
Herbert Rainer
Impressum

197

U3

LEITSÄTZE

Nr. 43 – 49

200

RICHTWERT UND LAGEZUSCHLAG

Gründerzeitviertel im Wandel – die Lage (Wohnumgebung) iSd § 2 Abs 3 RichtWG

202

Mit zunehmender Relevanz des Lagezuschlags und einem starken Anstieg von Mietzinsüberprüfungsverfahren ist auch der Begriff des Gründerzeitviertels als eine gesetzlich zwingend als unterdurchschnittlich definierte Wohnlage zunehmend in den Fokus gerückt. Dieser Beitrag beschäftigt sich damit, wie der Begriff der „Lage (Wohnumgebung)“ in § 2 Abs 3 RichtWG auszulegen ist und welche Auswirkungen dies auf die Festlegung von Gründerzeitvierteln hat.

Daniel Richter

Die Bedeutung des Grundkostenanteils der Richtwertwohnung für die Ermittlung des Lagezuschlags

206

Der Lagezuschlag ist nur einer von mehreren Faktoren, aus denen sich der höchstzulässige Richtwertmietzins einer Wohnung durch Vergleich mit der mietrechtlichen Normwohnung ergibt. Aufgrund seines enormen Anstiegs in den letzten Jahren wird er aber im Verhältnis zu den anderen Zu- und Abstrichen zu dem vorherrschenden Kriterium bei der Richtwertmietzinsermittlung und lässt die gesetzlich zulässigen Richtwertmieten immer weiter nach oben klettern. Ausgenommen vom Lagezuschlag sind zwar die in den sog „Gründerzeitvierteln“ gelegenen Gebäude, aber es wird in Mietzinsüberprüfungsverfahren immer öfter zum Streitpunkt, ob überhaupt noch ein „Gründerzeitviertel“ vorliegt.

Hans Sandrini

FINANZRECHT

Geldwäschepräventionsmaßnahmen bei Immobilientransaktionen

208

Das Berufsrechts-Änderungsgesetz 2016 (BRÄG 2016) – mit dem die Rechtsanwaltsordnung (RAO) geändert wurde –, das Finanzmarkt-Geldwäschegesetz (Fm-GWG), das Wirtschaftliche Eigentümer Registergesetz (WiEReG) (das im Wesentlichen 2018 in Kraft tritt) und andere Gesetze setzen die Bestimmungen der vierten Geldwäscherichtlinie auf österreichischer nationaler Ebene um. Die damit verbundenen Auflagen treffen ganz massiv all jene Berufsgruppen, die Immobilientransaktionen für ihre Klienten durchführen. In diesem Beitrag werden die Pflichten der Rechtsanwälte beleuchtet, weil sich daraus ergibt, welche Anforderungen von den Beteiligten zu erfüllen sind.

Peter Kunz / Thomas Seeber

FORUM IMMOBILIENTREUHÄNDER

Der VfGH weist die nächsten mietrechtlichen Gesetzesbeschwerden ab
Christoph Kothbauer

227

MIETRECHT

OGH 4. 4. 2017, 5 Ob 55/17 z
OGH 23. 5. 2017, 5 Ob 232/16b

• Zur Definition eines Zweiobjekthauses (David Stockhammer)
• Beabsichtigter Anschluss eines Kaminofens in der Mietwohnung (Franz Pfiel)

212

213

VfGH 23. 2. 2017, G 332/2016-7 • Bei Aufhebung des § 16 Abs 2 MRG liefe das Richtwertgesetz weitgehend leer (*Wolfgang Ruckebauer*) 214

WOHNUNGSEIGENTUMSRECHT

OGH 4. 5. 2017, 5 Ob 141/16w • Zur Einstufung eines Vorplatzes einer Garage als Zubehör bzw Teil des WE-Objekts und zur Größe eines Kfz-Stellplatzes (*Christian Prader*) 216

LIEGENSCHAFTSRECHT

OGH 20. 4. 2017, 9 Ob 23/17y • Zur Auflösbarkeit von Wohnungsrechten (*Alexander Klein*) 219

GRUNDBUCHSRECHT

OGH 23. 1. 2017, 5 Ob 179/16h • Vorlage einer öffentlichen Urkunde im Grundbuchsverfahren (*Stephan Verweijen*) 219

BAUTRÄGERVERTRAGSRECHT

OGH 30. 1. 2017, 6 Ob 140/16f • Zulässigkeit des vollständigen Abrufs einer Bankgarantie beim Bauträgervertrag (*Christian Prader*) 221

GEWÄHRLEISTUNGSRECHT

OGH 4. 5. 2017, 5 Ob 42/17p • Zur Gewährleistung bei einer unsanierten mit Schimmel befallenen Wohnung (*Alexander Wimmer*) 223

ABGABENRECHT

VwGH 24. 11. 2016, Ro 2014/13/0036 • Vorsteuerberichtigung betreffend Kosten der Sanierung des Aufzugs-systems einer Liegenschaftsanlage als „Großreparatur“ (*Stefan Malainer / Andreas Staribacher*) 225



ecolex – Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

Jahresabonnement 2017: EUR 276,- (inkl. Versand im Inland)
Erscheint 2017 im 28. Jahrgang. Erscheint monatlich.

Schwerpunkt: Kryptowährungen

- Kryptowährungen und ihr Rechtscharakter – eine Suche im Bermuda-Dreieck (*Christian Piska*)
- Virtuelle Währungen – Ein Blick über die Grenzen (*Sofie Schock*)
- Privatrechtliche Einordnung der Erzeugung virtueller Währungen (*Oliver Völkel*)
- Kryptowährungen: Aufklärungspflichten im Verhältnis Unternehmer – Verbraucher (*Arthur Stadler / Tamino Chochola*)

Jetzt in der ecolex 07/2017: Einzelheft EUR 27,60 bestellen unter 01/531 61-100

Vorschau ecolex 8:

- Kryptowährungen reloaded – auf dem Weg aus dem Bermuda-Dreieck (*Christian Piska/Oliver Völkel*)

MANZ'sche Verlags- und Universitätsbuchhandlung GmbH
TEL +43 1 531 61 100 FAX +43 1 531 61 455 bestellen@manz.at Kohlmarkt 16·1010 Wien www.manz.at



INHALT

EDITORIAL

193 Verkehr und Vergabe

KURZNACHRICHTEN

196 Überblick über Ereignisse und Entwicklungen der letzten Wochen im Vergabegeschehen

JUDIKATUR

VwGH

- 198 Weitere Wesensmerkmale einer Rahmenvereinbarung
VwGH 11. 5. 2017, Ra 2016/04/0048 (Philipp Götzl)
- 205 Nur die ausdrücklich geltend gemachten Zulässigkeitsgründe sind heranzuziehen
VwGH 11. 5. 2017, Ra 2016/04/0032 (Philipp Götzl)
- 208 Umfang der Konzession ist auch bei der Befugnisprüfung zu beachten
VwGH 1. 2. 2017, Ra 2016/04/0002, 0003 (Beatrix Lehner)
- 213 Vertragsanpassungen auf Grund von Änderungsklauseln: Reizvoll aber mit Vorsicht zu genießen
VwGH 15. 3. 2017, Ra 2016/04/0064 und Ra 2016/04/0065 (Beatrix Lehner)
- 219 Ein Kontoauszug ist keine Rückstandsbescheinigung
VwGH 15. 3. 2017, Ra 2014/04/0052 (Hubert Reisner)

BVwG

- 223 Zum Zeitpunkt des Vorliegens von Nachweisen bei der Vergabe von nicht prioritären Dienstleistungen
BVwG 21. 4. 2017, W187 2149628-2 (Berthold Hofbauer)
- 228 Auch Gesellschafter sind Subunternehmer
BVwG 3. 5. 2017, W139 2148441-2/15E (Stefan Zleptnig)

LVwG

- 231 Die Grenzen der Referenzprüfung
VG Wien 30. 3. 2017, VGW-123/074/2845/2017 (Michael Breitenfeld)

EuGH

- 236 Grenzen der Beschränkung von Subvergaben
Grenzen der Änderung von Verdingungsunterlagen
Grenzen der Beschränkung des Rechts der Berufung auf Kapazitäten von Drittunternehmen
EuGH 5. 4. 2017, C-298/15 (Hans Gölles)
- 242 Rechtsschutz von Beginn an
EuGH 5. 4. 2017, C-391/15 (Hubert Reisner)
- 246 Was Mittel Dritter nicht können
EuGH 4. 5. 2017, C-387/14 (Sonja Vrbovszky)

SERVICE-TEIL

- 253 Buchbesprechung
- 254 Herausgeber / Schriftleiter / Herausgeber-Beirat
- 255 Autoren
- 256 Impressum

→ Editorial 133
Klimaschutz – nicht einmal mehr in Niederösterreich?
Von Wilhelm Bergthaler, Ferdinand Kerschner und Eva Schulev-Steindl

Schnell und Aktuell..... 136



Schwerpunkt Abfall- und Wasserrecht

→ Die Rechtsprechung des EuGH zum Abfall- und Wasserrecht in den Jahren 2015 und 2016 144
 Auch in den letzten beiden Jahren hatte der EuGH wieder eine Vielzahl abfall- und wasserrechtlicher Fälle zu entscheiden. Der Beitrag gibt einen kurzen Überblick über die einschlägigen Urteile.
Von Rainer Weiß

→ Nachbarrechtlicher Ausgleichsanspruch für Betriebsentgang wegen ortsunüblicher Staubimmissionen beim Bau eines Wasserkraftwerks 169
OGH 25. 1. 2017, 7 Ob 128/16y
Mit Anmerkung von Ferdinand Kerschner

Beiträge



mit
Beispiel

→ Behördenkommunikation und Behördenhandeln zwischen Amtsmissbrauch und Korruption – Ausgewählte Aspekte 137
 Der Beitrag beschäftigt sich mit strafbaren Aspekten von Behördenhandeln bzw -kommunikation. Nach einer Einleitung (A.) werden Grundzüge strafbaren Amtsmissbrauchs (§ 302 StGB), insb die Themen hoheitliches Handeln, Amtsgeschäft, Befugnismissbrauch und Schädigungsvorsatz, dargestellt (B.). Im Anschluss daran wird kurz auf das Verhältnis zwischen Amtsmissbrauch und Verletzung des Amtsgeheimnisses (§ 310 StGB) eingegangen, wie es sich bei der Weitergabe von Informationen darstellen kann (C.). In weiterer Folge werden die Grundzüge strafbarer Korruption (§§ 304 ff StGB) behandelt, wobei die Merkmale Amtsgeschäft, Vorteil sowie der Konnex zwischen Amtsgeschäft und Vorteil im Mittelpunkt stehen (D.).
Von Alois Birklbauer

→ Wann kommt die Umweltzone? 142
 Die Rechtsgrundlage für die Einführung von Umweltzonen gibt es in Österreich bereits seit 1997. 20 Jahre und hundert in Europa eingeführte Umweltzonen später wird immer noch am Erstentwurf gefeilt.
Von Daphne Frankl-Templ

Berichte

→ Was bislang geschah: Staatszieldebatte/VfGH hebt Urteil Dritte Piste auf..... 149
Von Erika Wagner

→ Bashing und Backlash..... 152
Von Hans-Peter Hutter

Europarecht

Bearbeitet von Verena Madner und Birgit Hollaus

→ Allgemein 153

→ Abfall 154

→ Biodiversität, Chemikalien, Klimaschutz 155

Bundesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Verwaltungsreform 156

Landesrecht

Bearbeitet von Daniel Ennöckl und Eva Erlacher

- Burgenland 156
- Niederösterreich, Oberösterreich, Vorarlberg 157



RdU-Leitsatzkartei

- RdU-LSK 2017/26–40 158

Rechtsprechung

- Raumordnungsrechtlicher Rahmen von Windkraftanlagen 166

VfGH 12. 12. 2016, V 49/2015

Mit Anmerkung von Franziska Bereuter

Standards

- Impressum 133
- Buchbesprechungen 173
- Veranstaltungen & Seminare 174

Beilage

- Sonderheft zum Grazer Energierechtstag 2017 167

Umwelt und Technik

- Editorial 55

Vom Auslegen und Unterlegen

Von Wilhelm Bergthaler

- Die „kleine“ Ökostromnovelle ganz groß 56

Ein letzter Geldregen für Ökostrom nach dem alten Fördermodell

Von Johannes Barbist und Dieter Wohlmuth

- Wasserbeschaffenheit: Neue Standards fürs Monitoring 63

Von Johannes Stern

- Buchbesprechung 64



AMR



D3-Z308

Zeitschrift für Medien- und Kommunikationsrecht

Herausgegeben von: Prof. Dr. Christian Berger, Dr. Ulf Brühann, Prof. Dr. Emanuel H. Burkhardt, Prof. Dr. Karl-Eberhard Hain, Dr. Verena Hoené, Gernot Lehr, Dr. Christian Löffler, Prof. Dr. Roger Mann, Prof. Dr. Karl-Nikolaus Peifer, Dr. Jörg Soehring, Prof. Dr. Christian von Coelln, Vera von Pentz, Georg Wallraf, Prof. Dr. Johannes Weberling

Seite 277–372



Presse

Aufsätze

BEATER

Die Finanzierung von Print- und privaten Telemedien aus rechtlicher Sicht

§ 15 FAO Selbststudium

KÖBLER

Fake News, Hassbotschaft und Co. – ein zivilprozessualer Gegenvorschlag zum NetzDG

LUDYGA

Urheberrechtlicher Schutz von Tweets

BROST/CONRAD

Anonymitätsschutz in der Sozialsphäre

Entscheidungen

BGH

Schutz der Privatsphäre eines Prominenten

BGH

Haftung des Bewertungsportals für zu eigen gemachte Äußerungen Dritter

OLG München

Gegendarstellung bei Berichterstattung über mehrdeutiges Geschehen

OLG Wien

Pflicht zur Löschung eines Hasspostings

LG Hamburg

Keine Haftung für in Blogbeitrag aufgegriffene Berichterstattung

VG Berlin

Presserechtlicher Auskunftsanspruch bzgl. Veranstaltungen im Bundeskanzleramt

Buchbesprechungen

SCHMIDT

Debus (Hrsg.): Informationszugangsrecht Baden-Württemberg

Buch

Hörfunk

Fernsehen

Multimedia

Aufsätze

BEATER
Die Finanzierung von Print- und privaten Telemedien aus rechtlicher Sicht 277

§ 15 FAO Selbststudium

KÖBLER
Fake News, Hassbotschaft und Co. – ein zivilprozessualer Gegenvorschlag zum NetzDG 282

LUDYGA
Urheberrechtlicher Schutz von Tweets 284

BROST/CONRAD
Anonymitätsschutz in der Sozialsphäre 286

Bericht

LIBOR
Vielfaltsicherung durch Medienordnung: Konzentrationsentwicklungen bei Anbietern von Infrastrukturen und Inhalten 290

EGMR-Rechtsprechung 295

Blick nach Brüssel 296

Medienkartellrecht 298

Nachrichten

Keine Umsetzung der Vorratsdatenspeicherung 299

Territoriale Rechteverwertung in Europa 300

EU: Gleicher Mehrwertsteuersatz für Print- und Onlinewerke 300

EU: Erleichterter Zugang Sehbehinderter zu urheberrechtlich geschützten Werken 300

Neue Gesetze vor der Sommerpause 300

Konsultation über Telemedienauftrag des öffentlich-rechtlichen Rundfunks 300

Entscheidungen

EGMR, 8.11.2016 – Individualbeschwerde 18030/11
Recht auf Informationszugang nach Art. 10 EMRK 301

BVerfG, 8.2.2017 – 1 BvR 2973/14
Verletzung der Meinungsfreiheit durch Verurteilung wegen verfehlter Einordnung als Schmähkritik 308

BGH, 2.5.2017 – VI ZR 262/16
Schutz der Privatsphäre eines Prominenten
Anm. Bergmann 310

BGH, 4.4.2017 – VI ZR 123/16
Haftung des Bewertungsportals für zu eigen gemachte Äußerungen Dritter
Anm. Franz 316

BGH, 20.3.2017 – KZR 75/15
Kein Anlass für Klärung kartellrechtlicher Bedenken gegen GVR Tageszeitungen 322

OLG München, 8.3.2017 – 18 W 370/17
Gegendarstellung bei Berichterstattung über mehrdeutiges Geschehen 322

OLG München, 2.3.2017 – 29 U 1797/16
Keine Schadensersatzpflicht des Sharehosters für Urheberrechtsverletzung 324

OVG Sachsen, 16.5.2017 – 3 A 848/16
Zulässige Auskünfte eines Pressesprechers über den organisatorischen Ablauf einer Strafvollstreckung 330

OVG Berlin-Brandenburg, 8.3.2017 – 6 S 1.17
Kein presserechtlicher Auskunftsanspruch über politische Hintergrundgespräche 334

OVG Sachsen-Anhalt, 6.12.2016 – 3 L 99/15
Einsicht in Fahrtenbücher des Dienstwagens eines ehemaligen Staatssekretärs
Anm. Pruggmayer 336

OLG Wien, 26.4.2017 – 5 R 5/17t
Pflicht zur Löschung eines Hasspostings 349

LG Berlin, 8.5.2017 – 16 O 546/15
EuGH-Vorlage zu Leistungsschutzrecht für Snippets in Google-Ergebnisliste 353

LG Hamburg, 21.4.2017 – 324 O 189/15
Keine Haftung für in Blogbeitrag aufgegriffene Berichterstattung 354

LG München I, 17.3.2017 – 21 O 24454/14
EuGH-Vorlage zur Darlegungslast bei Filesharing 356

VG Berlin, 23.6.2017 – VG 27 L 295.17
Presserechtlicher Auskunftsanspruch bzgl. Veranstaltungen im Bundeskanzleramt 359

VG Berlin, 13.3.2017 – VG 27 L 502.16
Presserechtlicher Auskunftsanspruch gegenüber Bundespresseamt bzgl. Informationen über „Schmähgedicht“ 365

BAG, 22.3.2017 – 4 ABR 54/14
Zustimmungsersetzung bei Umgruppierung einer leitenden Redakteurin 371

VGH Baden-Württemberg, 28.4.2017 – 1 S 617/17
Kein Veröffentlichungsrecht eines fraktionslosen Gemeinderats im Amtsblatt 371

Buchbesprechungen

SCHMIDT
Debus (Hrsg.): Informationszugangsrecht Baden-Württemberg 372

Impressum 372



Ihre Freischaltcodes zum Zeitschriften-Modul (inkl. Selbststudium nach § 15 FAO) und zur App finden Sie in Heft 1/2017 auf der zweiten Umschlagseite



K&R Online-Archiv:
Für Abonnenten kostenlos
www.kommunikationsrecht.de

Chefredakteur:
 RA Torsten Kutschke

Redaktion:
 RAin Dr. Anja Keller

Redaktionsassistent:
 Dagmar Dinkel

Ständige Mitarbeiter:
 RA Dr. Andreas Bartosch, Brüssel; Dr. Gunnar Bender, Hamburg; RA Dr. Felix Buchmann, Stuttgart; Prof. Dr. Christoph Degenhart, Leipzig; Prof. Dr. Dieter Dörr, Mainz; RA Stefan Engel-Flechsing, St. Augustin; Prof. Dr. Torsten J. Gerpott, Duisburg; Prof. Dr. Hubertus Gersdorf, Rostock; Prof. Dr. Georgios Gounalakis, Marburg; Elisabeth Grote, Bonn; RA Prof. Niko Härting, Berlin; RA Dr. Alexander R. Klett, LL.M. (Iowa), München; RA Robert Klotz, Brüssel; Prof. Dr. Christian Koenig, LL.M., Bonn; RA Dr. Jost Kotthoff, Frankfurt a. M.; RA Prof. Dr. Johannes Kreile, München; Prof. Dr. Karl-Heinz Ladeur, Hamburg; Prof. Dr. Stefan Leible, Bayreuth; RA Richard Leitermann, Frankfurt a. M.; RAin Dr. Grace Nacimiento, LL.M., Düsseldorf; RA Dr. Norbert Nolte, Köln; RA Hermann-Josef Piepenbrock, Düsseldorf; Prof. Dr. Dr. h. c. Franz Jürgen Säcker, Berlin; Kurt Schmidt, Bonn; RA, FAH- u. GesR, FAInsR, StB Prof. Dr. Jens M. Schmittmann, Essen; RA Michael Schmittmann, Düsseldorf; Prof. Dr. Olaf Sosnitzka, Würzburg; RA Tobias H. Strömer, Düsseldorf; StB Dipl.-Kfm. Prof. Dr. Günter Strunk, Hamburg; Prof. Dr. Jürgen Taeger, Oldenburg; Reg.-Dir. Dr. Alexander Tettenborn, LL.M., Berlin; RA Dr. Thomas Tschentscher, LL.M., Frankfurt a. M.; RAin Priv. Doz. Dr. Irimi Vassilaki, Athen/München; RA Dr. Benedikt Wemmer, Berlin; Prof. Dr. Andreas Wiebe, Wien; Dr. Ulrich Zwach, Bonn

Kooperationspartner:
 Forschungsstelle Medienrecht und Medienwirtschaft, Forschungsstelle für Europäisches und Deutsches Telekommunikationsrecht (beide Universität Marburg), Forschungsprojektgruppe für Europäisches Telekommunikationsrecht am Zentrum für Europäische Integrationsforschung (Universität Bonn) sowie Mainzer Medieninstitut e. V. (Mainz).

Online-Kooperationspartner:
 Telemedicus e.V., Rechtsfragen der Informationsgesellschaft
www.telemedicus.info

Editorial

EU vs. Google: Nur was heißt „Gleichbehandlung“ im Internet?
 Prof. Dr. Thomas Höppner, LL.M., Berlin

Aufsätze

- 433 **Regulierung sozialer Netzwerke revisited**
 Prof. Dr. Karl-E. Hain, Dr. Frederik Ferreau und Tobias Brings-Wiesen, Köln
 Das NetzDG ist nun beschlossene Sache. Trotz letzter Korrekturen auf der Zielgeraden bestehen unions- wie verfassungsrechtliche Bedenken fort. Sie provozieren Überlegungen zu Regulierungsalternativen. Diese Überlegungen zeigen, dass sich den zuständigen Ländern mehrere Optionen bieten – unter anderem ein am Jugendmedienschutzrecht orientiertes Modell der Co-Regulierung. Sie verdeutlichen jedoch auch, dass jeder nationale Alleingang an die unionsrechtlichen Grenzen des Herkunftslandprinzips stößt.
- 439 **Mitbestimmungsrecht des Betriebsrats bei Arbeitgeber-Seiten in sozialen Netzwerken**
 RA/FA IT-Recht Peter Kaumanns, LL.M., Düsseldorf
 Der Verfasser kommentiert kritisch die Entscheidung des BAG vom 13. 12. 2016 – 1 ABR 7/15, K&R 2017, 427 ff. (Heft 6). Das Gericht hat entschieden, dass der Betriebsrat eines Unternehmens ein Mitbestimmungsrecht hat, wenn Arbeitgeber in sozialen Netzwerken eigene Seiten betreiben und mit diesem Urteil die gegenteilige Ansicht der Vorinstanz aufgehoben.
- 441 **Datenschutzrechtliche Fragen um Smart TV-Dienste**
 RA Dr. Benedikt Vogel, LL.M. (London), München
 Smart TVs haben in den vergangenen Jahren einen wahren Siegeszug erlebt. Aus Sicht des Nutzers von Smart TVs bringt der Genuss des konvergenten Angebots allerdings eine umfangreiche Preisgabe personenbezogener Daten mit sich. Der Beitrag beleuchtet die einschlägigen datenschutzrechtlichen Vorschriften und formuliert Handlungsempfehlungen unter Berücksichtigung der jüngsten Auslegung durch die Aufsichtsbehörden.
- 447 **Die Entwicklung des Urheberrechts seit Mitte 2016**
 RA Dr. Alexander R. Klett, LL.M. (Iowa) und RAin Kathrin Schlüter, LL.M., München
 Im Anschluss an den Beitrag zur Entwicklung des Urheberrechts seit Mitte 2015 in K&R 2016, 467 ff., beleuchtet dieser Beitrag die Entwicklung des Urheberrechts in Gesetzgebung und Rechtsprechung von Juni 2016 bis Mai 2017.
- 453 **Datenschutzrechtliche und strafrechtliche Implikationen der SSL-Decryption**
 RA Dr. Lutz Martin Keppeler, Köln
 Da immer mehr Internetverkehr SSL-verschlüsselt wird, kann immer weniger Web-Traffic beim Eingang in ein Netzwerk automatisiert auf Schadcode untersucht werden. Deshalb werden Verfahren zur kurzzeitigen Entschlüsselung des Internetverkehrs, der Prüfung auf Schadcode und der anschließenden wieder-verschlüsselten Weiterleitung entwickelt. Doch was bedeutet dies, wenn hiervon eine Vielzahl von personenbezogenen Daten betroffen sind? Ergibt sich ein Verstoß gegen das Fernmeldegeheimnis oder andere strafrechtliche Normen, die vor unautorisierter Entschlüsselung schützen? Der Beitrag will die Lücke weiter schließen, die zu diesen Fragen immer noch besteht.
- 460 **Verdachtsberichterstattung durch Tatsachenbehauptungen**
 RA Dr. Lucas Brost und RA Dr. Julian Rodenbeck, Köln
 Nicht selten wird die Ansicht vertreten, dass die Regeln der Verdachtsberichterstattung allein dann zur Anwendung kommen, wenn auch in Form eines Verdachts berichtet wird. Insofern wird nach der Äußerungsform differenziert, ob ein Verdacht kommuniziert wird oder ob Tatsachen behauptet werden. Je nach Kategorie gelten unterschiedliche rechtliche Maßstäbe, die für den Rechtsschutz des von der Berichterstattung Betroffenen von grundlegender Bedeutung sind. Der Beitrag verdeutlicht, warum diese Unterscheidung bei der Verdachtsberichterstattung durch Mitteilung von Tatsachen abzulehnen ist.
- 463 **Update Informationsfreiheits- und Transparenzrecht 2016/2017**
 Prof. Dr. Jens M. Schmittmann, Essen
 Das Informationsfreiheits- und Transparenzrecht hat in den letzten Jahren zunehmend an Bedeutung gewonnen. Der Beitrag zeichnet die Entwicklung in Gesetzgebung, Rechtsprechung und Literatur nach. Er knüpft an den Beitrag von Schmittmann, Update Informationsfreiheitsrecht 2015/2016, K&R 2016, 322 ff. an.
- 469 **Öffentlich-rechtlicher Rundfunk und Kartellrecht**
 Dr. Stefanie Schult, LL.M., Leipzig
 Die Ausgestaltung der Rundfunkordnung betrifft auch das Kartellrecht. Die rechtspraktische Bedeutung zeigt sich gegenwärtig für den öffentlich-rechtlichen Rundfunk, der in Umsetzung gesetzgeberischer und politischer Vorgaben zu zahlreichen Kooperationen angehalten wird. Hierdurch wird ein längst existentes Spannungsverhältnis zwischen Rundfunk- und Kartellrecht offenbart, das es legislativ aufzulösen gilt. Die Länder gehen mit gutem Beispiel im Rundfunkstaatsvertrag voran.
- 472 **Länderreport Österreich**
 RA Hon.-Prof. Dr. Clemens Thiele, LL.M. Tax (GGU), Salzburg

Rechtsprechung

- 476 Internetzugangsanbieter zur Sperrung von Filesharing-Plattform verpflichtet
EuGH, 14. 6. 2017 – C-610/15 – Stichting Brein ./ Ziggo BV, XS4ALL Internet BV
- 479 **Kommentar von RA Dr. Christian Frank, München**
-
- 481 Keine Verpflichtung zum Abdruck eines Nachtrags in Nachrichtenmagazin
BVerfG, 22. 6. 2017 – 1 BvR 666/17
-
- 483 Persönlichkeitsrechtsverletzung durch Veröffentlichung einer Liebesbeziehung
BGH, 2. 5. 2017 – VI ZR 262/16
- 487 **Kommentar von RAin Tanja Irion und RAin Lena Philippi, Hamburg**
- 489 Zueigenmachen bei Modifizierung von Bewertungen durch Portal-Betreiber
BGH, 4. 4. 2017 – VI ZR 123/16
- 493 **Kommentar von RA Dr. Sebastian Meyer, LL.M. (Rechtsinformatik), Bielefeld**
- 496 Gesamtvertrag PCs: Bemessung angemessener Vergütung
BGH, 16. 3. 2017 – I ZR 36/15
- 496 Vergütungsanspruch bei PC mit Festplatte I
BGH, 16. 3. 2017 – I ZR 39/15
- 496 Vergütungsanspruch bei PC mit Festplatte II
BGH, 16. 3. 2017 – I ZR 42/15
- 496 Widerrufserklärung muss Wort „widerrufen“ nicht enthalten
BGH, 12. 1. 2017 – I ZR 198/15
- 499 Anforderungen an Flugpreisangabe im Internet
BGH, 27. 4. 2017 – I ZR 209/15
- 501 Versuchter Betrug bei Online-Reisebuchungen
BGH, 5. 4. 2017 – 2 StR 40/16
- 501 Online-Dienste dürfen IP-Adressen als personenbezogene Daten zur Gefahrenabwehr speichern
BGH, 16. 5. 2017 – VI ZR 135/13
-
- 505 Kein Anspruch auf Zugang zu Benutzerkonto Verstorbener in sozialem Netzwerk
KG Berlin, 31. 5. 2017 – 21 U 9/16
- 510 **Kommentar von RA Sebastian Telle, Oldenburg**
- 512 Anspruch auf Gegendarstellung nach missverständlicher Wort-/Bildberichterstattung
OLG München, 8. 3. 2017 – 18 W 370/17
- 514 7000 € Schmerzensgeld wegen Veröffentlichung intimer Fotos im Internet
OLG Hamm, 20. 2. 2017 – 3 U 138/15
- 514 Unterlassungsanspruch gegen Fotoveröffentlichung von Bildern aus staatlichen Museen
OLG Stuttgart, 31. 5. 2017 – 4 U 204/16
- 517 Informationspflichten auch bei Facebook-Posting mit PKW-Werbung
OLG Köln, 19. 5. 2017 – 6 U 155/16
- 520 AGB mit Preisnebenabreden beim Online-Ticketkauf unwirksam
Hanseatisches OLG Bremen, 15. 6. 2017 – 5 U 16/16
- 525 Eingeschränkter Mitbewerber-Auskunftsanspruch bei unerlaubter E-Mail-Werbung
OLG Dresden, 20. 6. 2017 – 14 U 50/17
-
- 525 1000 € Streitwert bei einzelner Werbe-E-Mail
LG München II, 12. 5. 2017 – 6 T 1583/16
-
- 525 Rechtsverletzung durch WhatsApp-Nutzung wegen Datenweitergabe an Anbieter
AG Bad Hersfeld, 15. 5. 2017 – F 120/17 EASO
- 530 **Kommentar von RA Dr. Dennis Voigt und RA Dr. Hendrik Skistims, Frankfurt a. M.**
-
- 532 Zustellung einer Klage in deutscher Sprache an Plattformbetreiber in Irland
AG Berlin Mitte, 8. 3. 2017 – 15 C 364/16
-
- 532 Kein Anspruch auf Petitionsveröffentlichung auf Internetseite des Bundestags
BVerwG, 15. 3. 2017 – 6 C 28.16

**Beilage 1/2017**

16. @kit-Kongress – 6. Forum „Kommunikation & Recht“

K&R Aktuell

VI Personalien/Veranstaltungen · IX Neue Bücher · XI Impressum/Autoren

D3-Z313

der gemeinrechtliche Haushalt

8

Fachzeitschrift

2017

118. Jahrgang

für das kommunale Haushalts- und Wirtschaftsrecht,
 das Kassen-, Rechnungs- und Prüfungswesen sowie
 das gesamte kommunale Abgabenrecht

Inhalt

Aufsätze

Prof. H.D. Hardes , em. Professor für Volkswirtschaftslehre, Universität Trier, Mitarbeit: Patrick Weil , Stud. der Wirtschaftsinformatik, Trier Analyse der Wohnungsmärkte in ausgewählten Städten des Landes Rheinland-Pfalz	169
Gudrun Wolfrum , Ltd. Stadtverwaltungsdirektorin a. D., ehem. Leiterin der Stadtkämmerei Freiburg im Breisgau Zuwanderung von Flüchtlingen und Asylsuchenden im Blick auf die Kommunal Finanzen und den Wohnungsbedarf	174
Andreas Jürgens , Wirtschaftsprüfer, Steuerberater und Michael Schlottbom , Prüfungsleiter, IT-Prüfer Ersetzendes Scannen in der kommunalen Praxis – Verwaltung 4.0	187
Aus der Rechtsprechung	189

COMMON MARKET LAW REVIEW



CONTENTS Vol. 54 No. 4 August 2017

Editors and publishers	981-982
Editorial comments: <i>The EU and globalization: Who's afraid of the great white shark?</i>	983-990
Articles	
A. Poulou, Financial assistance conditionality and human rights protection: What is the role of the EU Charter of Fundamental Rights?	991-1026
E. Howell, The evolution of ESMA and direct supervision: Are there implications for EU supervisory governance?	1027-1058
E. Korkea-aho and P. Leino, Who owns the information held by EU agencies? Weed killers, commercially sensitive information and transparent and participatory governance	1059-1092
M. Dobbs, Genetically modified crops, agricultural sustainability and national opt-outs: Enclosure as the loophole?	1093-1122
Case law	
A. Court of Justice	
Judicial protection against austerity measures in the euro area: <i>Ledra</i> and <i>Mallis</i> , R. Repasi	1123-1156
Reconciling primacy and environmental protection: <i>Association France Nature Environnement</i> , K. Sowery	1157-1178
Protecting the effectiveness of leniency programmes: Applying for leniency is a leap in the dark: <i>DHL Express</i> , C. Volpin	1179-1200
EU citizenship and its "very specific" essence: <i>Rendón Marin</i> and <i>CS</i> , P. Neuvonen	1201-1220
<i>GS Media</i> and its implications for the construction of the right of communication to the public within EU copyright architecture, E. Rosati	1221-1242
Book reviews	1243-1272
Survey of literature	1273-1308

Europäische Zeitschrift für Wirtschaftsrecht

European Journal of Business Law · Revue Européenne de Droit Économique

EuZW 16/2017

21. August · 28. Jahrgang 2017 · Seite 625–664



Inhalt

Editorial	Dominik Schnichels Neue Chancen für die europäische Betrugsbekämpfung	625
Europa-Report	Arbeits-, Steuer-, Strafrecht, Geistiges Eigentum, Investitionsschutz	627
Aufsätze und Berichte	Andreas Neun/Olaf Otting Die Entwicklung des europäischen Vergaberechts in den Jahren 2016/2017	629
	Stefan Pilz Ein Schatzamt für die Eurozone?	637
Zur Rechtsprechung	Ronny Hauck Der Erschöpfungsgrundsatz im Patent- und Urheberrecht	645
Buchbesprechung	Slot/Fairly: An Introduction to Competition Law (Thomas Hieber)	649
Rechtsprechung		
EuGH	13.06.2017 – C-591/15 Dienstleistungsfreiheit: Keine Dienstleistungsfreiheit für Dienstleistungen zwischen Gibraltar und Vereinigtem Königreich (m. Anm. Mike Wienbracke, S. 652)	650
EuGH	16.05.2017 – C-682/15 Steuerrecht: Überprüfbarkeit von grenzüberschreitenden Steuerinformationsersuchen (m. Anm. Johannes Barbist/Regina Kröll, S. 660)	654
EuGH	15.06.2017 – C-444/16, C-445/16 Gesellschaftsrecht: Grundsätze der Bilanzwahrheit im Zusammenhang mit dem Jahresabschluss von Gesellschaften bestimmter Rechtsformen	661
EuGH	09.03.2017 – C-406/15 Arbeitsrecht: Entlassungsschutz wegen Behinderung – Gleichbehandlung von Arbeitnehmern und Beamten (Ls.)	664
EuGH	30.03.2017 – C-146/16 Lauterkeitsrecht: Auslegung des Begriffs „Aufforderung zum Kauf“ im Onlineshop (Ls.)	664



**FACHZEITSCHRIFT FÜR
WIRTSCHAFTSRECHT**
28. Jg., Heft 08, August 2017

Zitiervorschlag:
ecolex 2017, Seite
ecolex 2017/Nummer

HERAUSGEBER:
Hon.-Prof. Dr. G. KUCSKO, RA
Univ.-Prof. Dr. W. MAZAL
Univ.-Prof. Dr. Dr.h.c. P. OBERHAMMER
Univ.-Prof. Dr. J. REICH-ROHRWIG, RA
Hon.-Prof. Dr. Ch. SCHMELZ, RA
Univ.-Prof. MMag. Dr. J. SCHUCH, StB
Mag. Ph. VONDRAK, StB und RA
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

BEIRAT:
Univ.-Prof. DDr. W. BARFUSS

Univ.-Prof. Dr. B.-Ch. FUNK
Univ.-Prof. Dr. H. KREJCI
Dr. J. E. LANGER
Univ.-Prof. DDr. H. MAYER
Univ.-Prof. HR Dr. M. NEUMAYR
Univ.-Prof. Dr. G. H. ROTH
Univ.-Prof. Dr. W. SCHRAMEL
Univ.-Prof. Dr. V. TRSTENJAK
Univ.-Prof. Dr. R. WELSER
Min.-Rat Dr. W. WIESNER

SCHRIFTFLEITUNG:
Univ.-Prof. Dr. G. WILHELM

STÄNDIGE MITARBEITER:
Univ.-Ass. Mag. A. BALTHASAR
Hon.-Prof. Dr. A. DUSCHANEK
Sen.-Präs. d. OLG Wien iR aD, Univ.-Prof.
Dr. G. ERTL
Mag. J. FISCHERLEHNER
MMag. Dr. K. H. HILBER, StB

Dr. M. HÖCHER, RA
Univ.-Prof. Dr. M. HOLOUBEK
Dr. St. KÖCK, RA
Univ.-Prof. Dr. M. LANG
Mag. M. LAUDACHER
Dr. I. MOSER
Dr. E. PRIMOSCH
Dr. Th. RABL, RA
Mag. B. RENNEN
Dr. R. SCHANDA, RA
Univ.-Prof. Dr. F. SCHRANK
Univ.-Prof. Dr. H. SCHUMACHER, RA
Univ.-Doz. Dr. Sc. SCHWARZER
Dr. A. SPITZL
Dr. B. TONNINGER, RA
Dr. W. URBANTSCHITSCH
Dr. M. WINDISCH-GRAETZ
Dr. M. WOLLER, RA
Mag. Dr. H. WOLLMANN, LL.M., RA
Univ.-Prof. Dr. B. ZÖCHLING-JUD

RELIGION UND ARBEITSWELT

EuGH und EGMR zum „Kopftuchverbot“ Bernhard W. Gruber	736
Der „Streit“ um das islamische Kopftuch vor dem EuGH Brigitte Schinkele	739
Das Karfreitagsdilemma: ein Feiertag für alle oder niemanden? Andrea Potz	743

EDITORIAL

Zweck des Formvorbehalts: Man kann Jojo mit ihm spielen Georg Wilhelm	733
Impressum	U3

ZIVIL- UND UNTERNEHMENSRECHT

Die Lady ist kein Trump Astrid Graf-Wintersberger	746
Neues zur AGB-Kontrolle: Interessante Klauseln aus der jüngeren Rechtsprechung Marcus W. A. Sonnberger	748
Erfrierungen bei einer Bergtour als Unfall oder Unglücksfall – Zugleich Besprechung der Entscheidung des OGH 7 Ob 79/16t Gunter Ertl	751
OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 231/16p	754
OGH 1. 3. 2017, 5 Ob 206/16d	755
OGH 28. 3. 2017, 2 Ob 35/17m	755
OGH 29. 3. 2017, 1 Ob 161/16g	755
OGH 26. 4. 2017, 1 Ob 214/16a	757
OGH 10. 2. 2017, 1 Ob 209/16s	757
OGH 16. 5. 2017, 2 Ob 110/16i	758
OGH 16. 3. 2017, 1 Ob 28/17z	758
OGH 20. 4. 2017, 9 Ob 9/17i	758
OGH 17. 5. 2017, 7 Ob 12/17s	759
OGH 27. 2. 2017, 1 Ob 163/16a	760
OGH 28. 9. 2016, 7 Ob 127/16a	760
OGH 13. 10. 2016, 7 Ob 112/16w	761
OGH 16. 3. 2016, 7 Ob 102/15y	762
OGH 28. 9. 2016, 7 Ob 79/16t	763
OGH 6. 4. 2016, 7 Ob 11/16t	763

- Aktivlegitimation juristischer Personen bei Videoüberwachung
(Martina Melcher) 754
- Ansprüche nach § 8 Abs 3 MRG verjähren jeden Tag von neuem 755
- Schenkungsanrechnung: (Grundbücherlicher?) Verzicht auf das Fruchtgenussrecht 755
- Verspätete Krebsdiagnose: Pathologe als Erfüllungsgehilfe der Gynäkologin 755
- Zur Auslegung einer Vertragsklausel, die auf ÖNORMEN Bezug nimmt 757
- Unverhältnismäßigkeit von Aus- und Einbaukosten (§ 932 Abs 4 ABGB)
(Thomas Schoditsch) 757
- Abgeltung von Pflegeleistungen Angehöriger nach Verkehrsunfall 758
- Anlegerschaden bei Immobilienprojekt: Zur Verjährung 758
- Girokonto: Beweislast für Stornierung eines Dauercrabbuchungsauftrags 758
- Verjährungsrechtliche Erkundigungsobliegenheiten: SV-Gutachten
(Thomas Schoditsch) 759
- AvW-Genussscheine: Amtshaftung wegen Nichtanzeige durch Behörde? 760
- Vorvertraglichkeit des Deckungsanspruchs in der Rechtsschutzversicherung 760
- Neuerungsvertrag und Vertragsänderung bei einem Versicherungsverhältnis
(Gunter Ertl) 761
- Neubemessung des Invaliditätsgrads in der Unfallversicherung 762
- Erfrierungen bei einer Bergtour als Unfall oder Unglücksfall 763
- Versicherung eines Brandschadens an einem „Wohngebäude“ in der Landwirtschaftsversicherung 763

DISPUTE RESOLUTION

Anwendung der EuKoPfVO in Österreich Stephan Steinhofer / Alexander Karl	764
Neuerungen und Klarstellungen zur Exekution ausländischer Titel durch die EO-Novelle 2016 Michael Slonina	768
OGH 10. 5. 2017, 3 Ob 57/17d	771
OGH 24. 5. 2017, 1 Ob 81/17v	771
OGH 10. 5. 2017, 3 Ob 250/16k	772

- Einfache Ausfertigung vorgelegter Urkunden in der Verhandlungstagsatzung genügt 771
- Feststellungsinteresse bei Geltendmachung der Nichtigkeit des Vereinsbeschlusses notwendig 771
- Keine Prüfung aus rechtlichen Gründen im Impugnationsverfahren 772

OGH 10. 5. 2017, 3 Ob 62/17 i	• Exszindierungsklage auf Ungültigerklärung der Exekution nur gegen betrGl	772
OGH 29. 5. 2017, 6 Ob 60/17 t	• Verpflichtung des Masseverwalter(stellvertreter)s zur Namenszeichnung bei Insolvenz eines OG-Gesellschafters?	772
OGH 24. 5. 2017, 1 Ob 93/17 h	• Zur Qualifizierung einer bestätigenden Entscheidung des Rekursgerichts	773
OGH 24. 5. 2017, 1 Ob 235/16 i	• Schadenersatzanspruch des Gläubigers gegen den Insolvenzverwalter nach Aufhebung der Insolvenz	773
OLG Wien 26. 4. 2017, 5 R 5/17 t (nicht rechtskräftig)	• Zum Anwendungsbereich der Rom II-Verordnung auf Persönlichkeitsrechtsverletzungen (<i>Thomas Thiede</i>)	774
EuGH 28. 6. 2017, C-436/16	• EuGVVO: Keine Wirkung einer Gerichtsstandsklausel auf Dritte	776

GESELLSCHAFTSRECHT

Sanierungstreuhand und Sanierungsprivileg		777
Heinrich Foglar-Deinhardstein / Christian Aichinger / Johannes Buchinger		
OGH 27. 2. 2017, 6 Ob 239/16 i	• Zur Einlagenrückgewähr bei Forderungseinlösung	782
OGH 29. 3. 2017, 6 Ob 48/17 b	• Zur Nachforschungspflicht einer kreditgewährenden Bank beim Verdacht der verbotenen Einlagenrückgewähr	782

WETTBEWERBS- UND IMMATERIALGÜTERRECHT

Wem gehören maschinengenerierte Daten?		783
Andreas Wiebe		
OGH 3. 5. 2017, 4 Ob 271/16 f	• Sicherheitsleistung im EV-Verfahren (<i>Birgit Hirsch</i>)	787
OGH 28. 3. 2017, 4 Ob 43/17 b	• Herstellervermerk in Metadaten (<i>Adolf Zemann</i>)	787
OGH 30. 1. 2017, 6 Ob 2/17 p	• Zufällige Ähnlichkeit des Abgebildeten begründet keinen Anspruch nach § 78 UrhG (<i>Dominik Hofmarcher</i>)	788
OGH 28. 3. 2017, 4 Ob 45/17 x	• Zur unautorisierten Werbung mit bekannten Persönlichkeiten in Medien (<i>Dominik Hofmarcher</i>)	789
EuGH 26. 4. 2017, C-527/15	• Öffentliche Wiedergabe durch Verkauf eines Medienabspielers (<i>Adolf Zemann</i>)	790

ARBEITSRECHT

Arbeitslosengeld bei Ausbildung		792
Andreas Gerhartl		
OGH 28. 2. 2017, 9 ObA 142/16 x	• Kein Pensionsschaden bei Zeitungskolporteur	795
OGH 24. 3. 2017, 9 ObA 20/17 g	• Unwirksamkeit einer schlichten Abmahnung ist nicht feststellungsfähig	796
OGH 28. 2. 2017, 9 ObA 158/16 z	• Schlüssige Vereinbarung von Elternteilzeit	797
OGH 24. 3. 2017, 9 ObA 75/16 v	• Vorabentscheidungsverfahren iZm der Karfreitagsregelung für Angehörige der evangelischen Kirchen	797

STEUERRECHT

Renditemiete: Versagung des Vorsteuerabzugs „an der Wurzel“		798
Peter Denk / Daniel Varro		
EuGH-Rechtsprechungsübersicht: Neues zur Umsatzsteuer		803
Selina Siller / Karoline Spies / Draga Turic / Stephanie Zolles		
VwGH 31. 3. 2017, 2016/13/0029	• Einkommensteuerliche Behandlung der Übertragung eines Fruchtgenussrechts (<i>Sofia Rampitsch/Desiree Auer</i>)	805
VwGH 27. 4. 2017, Ra 2015/15/0037	• Entgelterhöhung und steuerlich begünstigte Abfertigung alt (<i>Markus Knechtl</i>)	806
VwGH 23. 2. 2017, 2014/15/0050	• Besteuerung einer Abfindungszahlung des früheren deutschen Arbeitgebers an einen Steuerpflichtigen nach dem Zuzug nach Österreich (<i>Alexandra Miladinovic/Lisa Ramharter</i>)	808
VfGH 22. 9. 2016, E 2556/2015	• Fahrtkosten zwischen sozialer Einrichtung und Hauptwohnsitz als außer-gewöhnliche Belastung (<i>Alexandra Miladinovic/Lisa Ramharter</i>)	810
BFG 8. 6. 2017, RV/5100561/2017	• Private Grundstücksveräußerung: Fristberechnung bei zuvor gemieteter Eigentumswohnung (<i>Bernhard Renner</i>)	812

ÖFFENTLICHES WIRTSCHAFTSRECHT

Klimaschutz durch Richterspruch?		814
Bernhard Raschauer		
Kryptowährungen reloaded – auf dem Weg aus dem Bermuda-Dreieck		816
Christian Piska / Oliver Völkel		
VwGH 30. 3. 2017, Ro 2015/07/0033, 0034	• Zeitlicher Anwendungsbereich für Maßnahmen gegen Gewässer-verunreinigung (<i>Edmund Primosch</i>)	818
VwGH 27. 4. 2017, Ra 2015/07/0067	• Schriftstücke und Pläne als Bescheidenanlagen (<i>Edmund Primosch</i>)	819
VwGH 11. 5. 2017, Ra 2017/04/0046	• Bindung an Titelbescheid im Vollstreckungsverfahren (<i>Edmund Primosch</i>)	819

EUROPA

Neues aus Europa – Aktuelle Rechtssetzung und Entscheidungen der EU		820
Ulrike Giera / Maximilian Hautzenberg / Markus-Florian Rummel		
Rechtsprechungsübersicht Europäische Gerichte		822
Agnes Balthasar-Wach		

BKR Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Herausgegeben von: Paul Assies, Rechtsanwalt, Köln
Dr. Heiko Beck, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Dr. Helmut Bruchner, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Petra Buck-Heeb, Hannover
Dr. Jürgen Ellenberger, Richter am BGH, Karlsruhe
Dr. Markus Escher, Rechtsanwalt, München
Prof. Dr. Dr. Stefan Grundmann, LL.M., Berlin
Prof. Dr. Mathias Habersack, München
Dr. Uwe Jahn, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Ralf Josten, LL.M., Rechtsanwalt, Köln
Prof. Dr. Jens Koch, Bonn
Prof. Dr. Hans-Michael Krepold, Gauting
Dr. Volker Lang, Rechtsanwalt, Bonn
Prof. Dr. Katja Langenbacher, Frankfurt
Klaus M. Löber, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main
Dr. Rainer Metz, Bundesministerium für Verbraucherschutz,
Ernährung und Landwirtschaft, Berlin
Dr. h.c. Gerd Nobbe, Vorsitzender Richter am BGH a.D., Karlsruhe
Prof. Dr. Andreas Pfingsten, Münster
Dr. Patrick Rösler, Rechtsanwalt, Heidelberg
Prof. Dr. Frank A. Schäfer, LL.M., Rechtsanwalt, Düsseldorf
Hartmut Strube, Rechtsanwalt, Düsseldorf
Dr. Hanno Teuber, Rechtsanwalt, Frankfurt
Dr. Jürgen Vortmann, Rechtsanwalt, Cloppenburg
Dr. Wolfgang Weitnauer, M.C.L., Rechtsanwalt, München
Dr. Stefan Werner, Rechtsanwalt, Frankfurt am Main

8/2017, Seite 309–352, 15. Jahrgang

 **BKR**
Bank- und
Kapitalmarktrecht



Inhalt

Aufsätze

- Aljoscha Schmidberger **Schutz von (Hybrid-)Kapitalgebern vor der „übermäßigen“ Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340 g HGB)** 309
In der Praxis gewinnt die Frage, inwieweit die Dotierung des Fonds für allgemeine Bankrisiken (§ 340 g HGB) Grenzen unterliegt, zunehmend an Bedeutung und ist Gegenstand mehrerer Gerichtsverfahren. Der Rechtsanwender sieht sich hier bislang mit dem Problem konfrontiert, dass Rechtsprechung und Schrifttum zu dieser Frage rar und wenig differenziert sind. Der vorliegende Beitrag soll Anstoß liefern, diese Lücke zu schließen.
- Dr. Klaus-R. Wagner **Zur rechtliche Wirksamkeit von Negativzinsen** 315
Die Frage, ob Kreditinstitute für Einlagen nach Freibeträgen Negativzinsen, Strafzinsen bzw. Verwahrgebühren verlangen dürfen, beschäftigt gegenwärtig die Gemüter. Der Beitrag befasst sich mit dieser Problemstellung und diskutiert, ob bzw. unter welchen rechtlichen Wirksamkeitsvoraussetzungen Negativzinsen überhaupt verlangt werden können.
- Prof. Dr. Bernd J. Hartmann **Digitale Ökonomie am Beispiel der Fintechs** 321
Digitale Finanzdienstleistungen zeichnen sich durch innovative Geschäftsmodelle aus, die neue Möglichkeiten geschaffen haben, auf den Finanzmärkten Kapital aufzunehmen oder anzulegen. Der Beitrag widmet sich dem aktuellen Beispiel des Crowdlendings, die von sog. Fintechs auf digitalen Plattformen vermittelt werden. Auf der Basis einer ökonomischen Analyse will der Beitrag rechtliche Reformvorschlägen unterbreiten, die einerseits das Innovationspotential erhalten sollen, ohne aber den Schutz der Verbraucher und des Kapitalmarkts zu reduzieren.

Rechtsprechung

Kreditrecht

BGH	23.5.2017 – XI ZR 219/16	Zur Ermessensausübung im Rahmen des Widerrufs eines mit Auflagen versehenen Zuwendungsbescheides mit Anmerkung von RA Dr. Volker Lang, Bonn	328
LG Dortmund	9.6.2017 – 3 O 119/16	Anforderungen an eine Widerrufsbelehrung im Fernabsatz	338

Kapitalmarktrecht

BGH	30.3.2017 – III ZR 139/15	Anlageberatung und Plausibilitätsprüfung	340
BGH	5.4.2017 – IV ZR 437/15	Zurechnung von Vermittlerhandeln beim Kapitalanlagegeschäft	342
OLG München	19.1.2017 – 23 U 2839/16	Prospektfehler und Haftung des Treuhandkommanditisten	345

ISSN 1617-7223

BKR – Zeitschrift für Bank- und Kapitalmarktrecht

Redaktion:

RA Dr. Volker Lang (Verantwortlicher Redakteur im Sinne des Presserechts)
Redaktionsassistentin: Claudia Baumann
Poppelsdorfer Allee 64, 53115 Bonn
Telefon: (02 28) 24 26 26-0
Telefax (02 28) 24 26 26-26
E-Mail bkr@beck.de

Manuskripte: Manuskripte sind an die Redaktion zu senden. Der Verlag haftet nicht für Manuskripte, die unverlangt eingereicht werden. Sie können nur zurückgegeben werden, wenn Rückporto beigefügt ist. Die Annahme zur Veröffentlichung muss schriftlich erfolgen. Mit der Annahme zur Veröffentlichung überträgt der Autor dem Verlag C.H.BECK an seinem **Beitrag** für die Dauer des **gesetzlichen Urheberrechts** das exklusive, **räumlich** und zeitlich unbeschränkte Recht zur Vervielfältigung und Verbreitung in körperlicher Form, das Recht zur öffentlichen Wiedergabe und Zugänglichmachung, das Recht zur Aufnahme in Datenbanken, das Recht zur Speicherung auf elektronischen Datenträgern und das Recht zu deren Verbreitung und Vervielfältigung sowie das Recht zur

sonstigen Verwertung in elektronischer Form. Hierzu zählen auch heute noch nicht bekannte Nutzungsformen. Das in § 38 Abs. 4 UrhG niedergelegte zwingende Zweitverwertungsrecht des Autors nach Ablauf von 12 Monaten nach der Veröffentlichung bleibt hiervon unberührt.

Urheber- und Verlagsrechte: Alle in dieser Zeitschrift veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Das gilt auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und ihre Leitsätze, denn diese sind geschützt, soweit sie vom Einsender oder von der Schriftleitung erarbeitet oder redigiert worden sind. Der Rechtsschutz gilt auch gegenüber Datenbanken und ähnlichen Einrichtungen. Kein Teil dieser Zeitschrift darf außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ohne schriftliche Genehmigung des Verlags in irgendeiner Form vervielfältigt, verbreitet oder öffentlich wiedergegeben oder zugänglich gemacht, in Datenbanken aufgenommen, auf elektronischen Datenträgern gespeichert oder in sonstiger Weise elektronisch vervielfältigt, verbreitet oder verwertet werden.

Anzeigenabteilung: Verlag C.H.BECK, Anzeigenabteilung, Wilhelmstraße 9, 80801

München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München.
Media-Beratung: Telefon (0 89) 3 81 89-687, Telefax (0 89) 3 81 89-589.
Disposition, Herstellung Anzeigen, technische Daten: Telefon (0 89) 3 81 89-603, Telefax (0 89) 3 81 89-599, E-Mail anzeigen@beck.de
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Bertram Götz.

Verlag: Verlag C.H.BECK oHG, Wilhelmstraße 9, 80801 München, Postanschrift: Postfach 40 03 40, 80703 München, Tel.: (0 89) 3 81 89-0, Telefax: (0 89) 3 81 89-3 98, Postbank München IBAN: DE82 7001 0080 0006 2298 02, BIC: PBNKDEFFXXX. Der **Verlag** ist oHG. Gesellschafter sind Dr. **Hans Dieter Beck** und Dr. h. c. **Wolfgang Beck**, beide Verleger in München.

Erscheinungsweise:
Monatlich.

Bezugspreise 2017: Jährlich 415,- € (inkl. MwSt.). **Einzelheft: 40,50 €** (inkl. MwSt.). Versandkosten jeweils zuzüglich. Die Rechnungsstellung erfolgt zu Beginn eines Bezugszeitraumes. Nicht eingegangene Exemplare können nur innerhalb von 6 Wochen nach dem Erscheinungstermin reklamiert

werden. Jahrestelei und -register sind nur noch mit dem jeweiligen Heft lieferbar.

Bestellungen über jede Buchhandlung und beim Verlag.

KundenServiceCenter:
Telefon: (0 89) 3 81 89-750,
Telefax: (0 89) 3 81 89-358.
E-Mail: kundenservice@beck.de

Abbestellungen müssen 6 Wochen vor Jahresende erfolgen.

Adressenänderungen: Teilen Sie uns rechtzeitig Ihre Adressenänderungen mit. Dabei geben Sie bitte neben dem Titel der Zeitschrift die neue und die alte Adresse an.

Hinweis gemäß § 7 Abs. 5 der Postdienst-Datenschutzverordnung: Bei Adressenänderung des Beziehers kann die Deutsche Post AG dem Verlag die neue Anschrift auch dann mitteilen, **wenn** kein Nachsendeantrag gestellt ist. **Hiergegen** kann der **Bezieher** innerhalb von 14 Tagen nach Erscheinen dieses Heftes beim Verlag widersprechen.

Druck: NOMOS Druckhaus, In den Lissen 12, 76547 Sinzheim.



Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Rechtsanwälte/Syndikusrechtsanwälte Tobias Bastian und Dr. Stefan Werner, Frankfurt a. M.
Banken zwischen Ertragserwartungen und Regulatorik
– Bericht über den Bankrechtstag am 30. Juni 2017 in Frankfurt a. M. – 1533
- Dr. Richard Nouvertné, Heinsberg, und Rechtsanwalt Dr. Yorick M. Ruland, Köln
Die leichtfertige Unterlassung von Geldwäscheverdachtsmeldungen beim Onlinebanking 1544

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- OLG München 1.4.2017 19 U 4174/14 Zum Einwendungsdurchgriff für Freiberufler nach § 359 BGB 1548
- OLG Saarbrücken 27.7.2017 4 U 35/16* Zu den Anforderungen an Widerrufsbelehrungen, insbesondere zur Großempfängerpostleitzahl 1554

Insolvenzrecht und Zwangsvollstreckung

- Bundesgerichtshof 20.7.2017 IX ZR 310/14* Zum Handlungs- und Entscheidungsspielraum des Insolvenzverwalters bei der Frage, zu welchem Zeitpunkt er die (drohende) Masseunzulänglichkeit anzeigt, und zu dessen Überprüfung durch das Gericht des Haftungsprozesses 1559
- Bundesgerichtshof 20.7.2017 IX ZB 63/16* Geltung des Insolvenzstatuts für die Frage, ob eine ausländische Rente pfändbar ist, nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens über das Vermögen des Rentenberechtigten 1564

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

- Bundesgerichtshof 28.7.2016 I ZR 252/15 Zum Entschädigungsanspruch des Frachtführers nach § 415 Abs. 2 Satz 1 HGB, wenn der Absender den Frachtvertrag aus Gründen kündigt, die nicht dem Risikobereich des Frachtführers zuzurechnen sind; zum Übergang vom Anspruch auf die vereinbarte Fracht abzüglich ersparter Aufwendungen auf den Anspruch auf die Fautfracht 1567
- Bundesgerichtshof 16.6.2016 III ZR 282/14* Zur Rechtsnatur von Mediaagenturverträgen; zu Auskunfts- und Herausgabepflichten der Mediaagentur, die im eigenen Namen, aber für Rechnung des Auftraggebers auftritt 1569
- Bundesgerichtshof 14.12.2016 IV ZR 7/15* Zur Anwendung des § 817 Satz 2 BGB bei Unwirksamkeit eines Vertrags mit steuerverkürzender Abrede 1573

Sonstiges

Bundesgerichtshof 14.12.2016 VII ZB 29/16

Zur Kostenentscheidung auf Antrag im selbständigen Beweisverfahren, wenn der Antragsteller den angeforderten Auslagenvorschuss nicht eingezahlt hat, eine Beweiserhebung deshalb unterbleibt und kein Hauptsacheverfahren anhängig ist 1578

Bücherschau

Karsten Umnuß

Corporate Compliance Checklisten, 3. Aufl.

1580



Investmentfondstage der Börsen-Zeitung

Börsen-Zeitung

u.a. Rohstoffe; ETFs; Nachhaltigkeit; Aktuelle regulatorische Entwicklungen; Immobilien; Spezielle Themen für institutionelle Anleger

18./19. Oktober 2017, Palmengarten Frankfurt am Main

Informationen: Tel. +49 69 2732 553 • www.investmentfondstage.de

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lett, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf: Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke

Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com; Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de

Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mit druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausberggemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verlag vom Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV





Inhaltsverzeichnis

Beiträge

- Priv.-Doz. Dr. Bernhard Kreße, LL.M., Maître en droit, Köln
Abschaffung „ewiger Widerrufsrechte“ für alte Immobilier-Verbraucherdarlehensverträge: eine europä- und verfassungsrechtliche Bewertung 1485
- Jun.-Prof. Dr. Claire Anna Feldhusen, Hamburg/Rostock
Aufwandspauschalen bei Bausparverträgen in der Sparphase 1490

Rechtsprechung

Bankrecht und Kapitalmarktrecht

- Bundesgerichtshof 9.5.2017 II ZR 10/16* Zur Haftung eines mit einer eigenen Kapitalanlage beteiligten Treuhandkommanditisten wegen der Verletzung von Aufklärungspflichten bei der Anbahnung des Aufnahmevertrags gegenüber nach ihm eintretenden Direktkommanditisten bei einer Publikumpersonengesellschaft 1500
- Bundesgerichtshof 27.6.2017 VI ZR 424/16* Zur Vermeidbarkeit eines Verbotsirrtums über die Zulässigkeit und Erlaubnispflicht eines Geschäfts i.S.d. § 54 KWG, wenn eine ausreichende Erkundigung bei der zuständigen Aufsichtsbehörde – auch bei ihrer Nichteinholung – die Fehlvorstellung des Täters bestätigt hätte 1501
- OLG Dresden 12.4.2017 13 U 917/16* Zu den Voraussetzungen von Schuldverschreibungen und zur Anwendung des Schuldverschreibungsgesetzes auf nicht verbrieft Genussrechte sowie zur Nachrangigkeit von Forderungen auf Grund von Genussrechtsbedingungen 1503

Bürgerliches Recht und Handelsrecht

- Bundesgerichtshof 21.7.2016 I ZR 229/15 Zur Qualifizierung eines Kommissionsagenturvertrags; zum Ausgleichsanspruch des Kommissionsagenten in entsprechender Anwendung von § 89b HGB, wenn dieser in von dem Kommittenten angemieteten Räumen einen filialähnlich organisierten Markt betreibt und der Kommittent über ein von ihm vorinstalliertes Kassensystem ständigen Zugriff auf Informationen zu allen Verkaufsvorgängen und auf sämtliche von den Kunden im Rahmen des Bezahlvorgangs mitgeteilten personenbezogenen Daten hat 1509
- Bundesgerichtshof 1.12.2016 I ZR 128/15 Maßgeblichkeit einer wirtschaftlichen Betrachtung für die Beurteilung des Verlustes von Transportgut; Lagerung eines mit Gütern bestückten Containers am Hafenterminal beim multimodalen Transport regelmäßig der Seestrecke zuzuordnen; zur Zulässigkeit von Formularvereinbarungen nach § 452d Abs. 2 Nr. 1 HGB, die inhaltlich auf die Anwendung der allgemeinen landfrachtrechtlichen Vorschriften gerichtet sind, sofern für die Haftung auf der Teilstrecke anstelle des an sich anwendbaren Rechts die Geltung der §§ 425 ff. HGB insgesamt vereinbart wird; zu den Anforderungen an Kontrollmaßnahmen eines Container-Packunternehmens bei der Entladung, Zwischenlagerung und Verladung der Transportgüter 1516

Sonstiges

Bundesverfassungsgericht	25.07.2017	2 BvR 1562/17	Auswertung der im Zuge des sogenannten „VW-Dieselskandals“ von der Staatsanwaltschaft bei der Rechtsanwaltskanzlei Jones Day sichergestellten Unterlagen vorerst untersagt	1524
Bundesgerichtshof	23.5.2017	II ZR 169/16	Zur Wertberechnung bei wiederkehrenden, auf Dauer verlangten Leistungen, wenn sich die Jahresbeträge verändern	1525
Bundesgerichtshof	29.3.2017	VIII ZR 11/16*	Zu den Möglichkeiten und Grenzen der Heilung eines Zustellungsmangels nach § 189 ZPO; keine Heilung, wenn sich für den Empfänger einer Klageschrift erst aufgrund einer Auslegung des Inhalts ergibt, dass er und nicht die im Rubrum der Klageschrift (fälschlicherweise) genannte Person, der die Klageschrift durch das Gericht zugestellt worden ist, Beklagter sein soll	1526

Bücherschau

Lutter/Hommelhoff	GmbH-Gesetz, 19. Aufl.	1532
Palandt	Bürgerliches Gesetzbuch, 76. Aufl.	1532



13. Immobilien tag der Börsen-Zeitung

Marktentwicklung, Immobilienfinanzierung und Digitalisierung

WM Seminare

u.a. Immobilienfinanzierung im Spannungsfeld von Niedrigzins, Regulatorik und Immobilienboom; Der deutsche Immobilienmarkt im Spannungsfeld des Weltgeschehens; Anhaltend gute Konjunktur + Niedrigzins = Immobilienaufschwung ohne Ende?; Aktuelle steuerliche Entwicklungen und Trends für die Immobilienbranche; „Wohnen müssen die Leute immer“? Der Markt für deutsche Wohnimmobilien im Jahr 2017; Neues aus Brüssel: Covered Bond Harmonisierung und EU-Standards für die Beleihungswertermittlung; Büroimmobilien 4.0; Auf dem Weg zum ersten digitalen Assetmanager: Digitalisierung in der Commerz Real AG; Smart Working, Smart Building.

27. September 2017 – IHK Industrie- und Handelskammer Frankfurt am Main Informationen: Tel. +49 69 2732 553

Die mit **◆** gekennzeichneten Entscheidungen des BGH sind zum Abdruck in der amtlichen Sammlung vorgesehen.

Nicht amtliche Leitsätze zu Entscheidungen des BGH sind kursiv gesetzt. Leitsätze zu Entscheidungen der Instanzgerichte sind überwiegend durch den Einsender oder die Redaktion verfasst.

Die mit einem ***** gekennzeichneten Entscheidungen sind zur Veröffentlichung und Besprechung in der Entscheidungssammlung zum Wirtschafts- und Bankrecht (WuB) vorgesehen.

Nur soweit der Redaktion bis zur Drucklegung die Rechtskraft einer instanzgerichtlichen Entscheidung mitgeteilt worden ist, wird dies im Anschluss an das Aktenzeichen vermerkt. Ein fehlender Rechtskrafthinweis muss daher nicht bedeuten, dass die Entscheidung nicht rechtskräftig geworden ist.

Redaktion: Rechtsanwalt Dr. Christopher Kienle, Frankfurt am Main; Professor Dr. Tobias Lettl, LL.M. (EUR), Universität Potsdam; Rechtsanwalt Dr. Helmut Merkel, Frankfurt am Main; Arne Wittig, Essen; Rechtsanwalt Dr. Andreas Lange, Frankfurt am Main (presserechtlich verantwortlicher Redakteur)

Redaktionsbeirat: Rechtsanwalt Thorsten Höche, Chefsyndikus des Bundesverbandes deutscher Banken e.V., Berlin (Vorsitzender); Rechtsanwältin Dr. Anna Heidelbach, Leiterin der Rechtsabteilung der DZ-Bank AG, Frankfurt a. M.; Professor Dr. Dr. Dr. h.c. mult. Klaus J. Hopt, Direktor am Max-Planck-Institut für ausländisches und internationales Privatrecht a.D., Hamburg; Dr. Hans-Ulrich Joeres, Richter am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Ilse Lohmann, Richterin am Bundesgerichtshof, Karlsruhe; Professor Dr. Peter O. Mühlert, Direktor des Instituts für Internationales Recht des Spar-, Giro- und Kreditwesens an der Johannes Gutenberg-Universität, Mainz

Verlag: Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Keppler, Lehmann GmbH & Co. KG, Postfach 11 09 32, 60044 Frankfurt a. M.; Düsseldorf Straße 16, 60329 Frankfurt a. M.; Geschäftsführung: Ernst Padberg (Vorsitzender), Torsten Ulrich, Dr. Jens Zinke
Telefon Redaktion: Dr. Andreas Lange (0 69) 27 32-164, E-Mail: a.lange@wmrecht.de; Lektorat: Heike Wietelmann (0 69) 27 32-172, E-Mail: H.Wietelmann@wmrecht.com;
Sekretariat: Sylvia Mahler (0 69) 27 32-188, E-Mail: s.mahler@wmrecht.de
Anzeigen: Ralf Becker (0 69) 27 32-553, E-Mail: r.becker@wmrecht.de; Vertrieb/Nachbestellungen: (0 69) 27 32-142; Telefax (0 69) 23 26 85

Druck: mit druck Walter Thiele GmbH & Co. KG, Carl-Friedrich-Gauß-Straße 6, 63263 Neu-Isenburg, Telefon (0 61 02) 30 77 0.

Bei Einzelbezug des Teils IV der WERTPAPIER-MITTEILUNGEN beträgt der Abonnementpreis monatlich € 94,90 (einschl. 7 % MwSt. € 6,21) + € 7,45 Versandkostenzuschlag (einschl. € -,49 MwSt.). Auslandsbezug ohne Mehrwertsteuer + € 9,10 Versandkostenzuschlag. Für Mitglieder der ARGE Bank- und Kapitalmarktrecht gibt es für die Dauer des Fachanwaltslehrgangs einen Rabatt von 50 % auf den Abonnementpreis.

Im Preis inbegriffen sind die jährlichen zwei Einbanddecken.

Bei Nichtbelieferung infolge höherer Gewalt oder infolge von Arbeitskämpfen bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag.

Abbestellungen nur zum Quartalsende bei dreiwöchiger Kündigungsfrist.

©2017 Herausbergemeinschaft WERTPAPIER-MITTEILUNGEN, Frankfurt am Main – ISSN 0342-6971

Urheber- und Verlagsrechte: Das Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Urheberschutz besteht auch für die veröffentlichten Gerichtsentscheidungen und deren Leitsätze, soweit sie vom Einsender oder der Redaktion erarbeitet oder redigiert worden sind. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung unzulässig und strafbar. Dies gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Manuskripte: Die Übersendung eines Manuskripts beinhaltet die Erklärung, dass der Verfasser den Beitrag oder einen Beitrag mit gleichem Gegenstand nicht zeitnah anderweitig anbietet. Für unverlangt eingereichte Manuskripte übernehmen Verlag und Redaktion keine Haftung. Mit der Annahme zur Veröffentlichung erwirbt der Verfasser alle Rechte, insbesondere das ausschließliche Verlagsrecht für die Zeit bis zum Ablauf des Urheberrechts und die Befugnis zur Einspeicherung in eine Datenbank sowie das Recht zur weiteren Vervielfältigung zu gewerblichen Zwecken im Wege eines photomechanischen oder eines anderen Verfahrens.

Hinweise für Autoren unter www.wertpapiermitteilungen.de

WERTPAPIER-MITTEILUNGEN Teil IV



Die Aktiengesellschaft

Börsenpflichtblatt
der Frankfurter
Wertpapierbörse



Zeitschrift für das
gesamte Aktienwesen,
für deutsches,
europäisches und
Internationales
Unternehmens- und
Kapitalmarktrecht



Inhalt · 62. Jahrgang · Heft 16/2017

Aufsätze

Prof. Dr. Tim Florstedt

Fehlerhafte Ad-hoc-Publizität und Anspruchsbe- rechtigung – Zur Struktur der Haftungstat- bestände in §§ 37b, c WpHG

Bei der dogmatischen Konstruktion des sog. Transak-
tionserfordernisses in §§ 37b, c WpHG geht die einhel-
lige Ansicht von einer Maßgeblichkeit der schuldrecht-
lichen Geschäfte aus. Für die Frage, wer bei einem
nachteiligen Handel im Zustand der Desinformation er-
satzberechtigt ist, soll es auf die dingliche Rechtslage
nicht ankommen. Die Struktur der sekundärmarktrecht-
lichen Haftungstatbestände ist allerdings nur unvollstän-
dig untersucht und die herrschende Ansicht stößt, wie
der Beitrag zeigt, bereits bei einfachen Fällen der Wert-
papierleihe schnell an Grenzen. Der Beitrag setzt sich
mit dieser Problematik auseinander und lenkt den Blick
auch auf die schadensersatzrechtliche Abwicklung. 557

RA Prof. Dr. Hans-Ulrich Wilsing /

RA Dr. Klaus von der Linden

Die informelle Sonderprüfung

Im Graubereich zwischen aktienrechtlichen Sonderprü-
fungen einerseits und freiwilligen Internal Investigations
andererseits bildet sich ein neuer Typus heraus: in-
formelle Sonderprüfungen, zu denen sich die Gesell-
schaft gegenüber (einzelnen) Aktionären vertraglich
verpflichtet. Dies zumeist mit dem Ziel, eine „echte“
Sonderprüfung oder schon die Auseinandersetzung da-
rüber zu vermeiden. Die Vorteile: weniger öffentliche
Aufmerksamkeit, mehr Einfluss der Gesellschaft auf die
Sonderprüfung, den Prüfungsbericht und die Kosten.
Der Beitrag gibt einen Überblick über die bisher be-
kannten praktischen Fälle. Außerdem beleuchtet er Eck-
punkte der Rahmenvereinbarung mit den Aktionären
sowie des Prüfungsvertrags mit dem informellen Son-
derprüfer. 568

Kommentar

Prof. Dr. Dr. h.c. Erich Schanze, LL.M. (Harvard)

Die Pluralität der Mitbestimmungslösungen in Europa (Kommentar zu EuGH v. 18.7.2017 – C- 566/15, ECLI:EU:C:2017:562 – Konrad Erzberger ./ TUI AG, AG 2017, 577)

Bei international tätigen Konzernen besteht ein Konflikt
der anwendbaren Mitbestimmungslösungen, die im

Rechtsraum der Europäischen Union erhebliche Ver-
schiedenheiten aufweisen. Würde man den Konzern in
jeder Hinsicht als rechtliche Einheit begreifen, so wäre
das Problem einer Ungleichbehandlung der Arbeitneh-
mer ausländischer Tochtergesellschaften naheliegend.
Auch könnte man es als diskriminierenden, freizügig-
keitshindernden Rechtsverlust betrachten, wenn ein Ar-
beitnehmer aus dem „vorteilhafteren“ in ein „nachteil-
hafteres“ Regime wechselt. Der EuGH hat eine derartige
Sichtweise verworfen und mit guten Gründen auf die
Pluralität der Lösungen abgestellt. 573

Rechtsprechung

Vereinbarkeit des MitbestG mit dem Unionsrecht

EuGH v. 18.7.2017 – C-566/15 577

Keine Minderung des Veräußerungspreises i.S.v. § 17 Abs. 2 EStG durch das privat veranlasste Versprechen, künftige Veräußerungserlöse teilweise der Ehefrau zuzuwenden

BFH v. 31.1.2017 – IX R 40/15 (NV) 580

Anlegerbesteuerung bei einem in US-Dollar geführten Aktienfonds

BFH v. 21.9.2016 – I R 63/15 581

Bewertung von Pharmaunternehmen

OLG Düsseldorf v. 25.5.2016 – I-26 W 2/15 (AktE) 584

Genussrechte in der Insolvenz

OLG Schleswig v. 6.4.2017 – 11 U 96/16 589

Vinkulierung der Aktien, Zahl der Aufsichtsrats- mitglieder, Vorerwerbsrecht der Aktionäre

LG München I v. 27.2.2017 – 5HK O 14748/16 591

Buchbesprechungen

Hanno Merkt / Arno Probst / Christian Fink (Hrsg.)

Rechnungslegung nach HGB und IFRS

(Prof. Dr. Jens Ekkenga) 594

Impressum

R 260

Rechts-Report

Aus der Rechtsprechung

Aktienrechtliche Zulässigkeit eines statutarischen Vorerwerbsrechts? R 243

HV-Praxis

Blockchain ante portas? R 244

Neues aus Brüssel

EU-Prospektverordnung im Amtsblatt veröffentlicht R 245

Kodifizierung der Gesellschaftsrechtsrichtlinien ist abgeschlossen R 246

EU-Kommission veröffentlicht lang erwartete Leitlinien für die Berichterstattung über nichtfinanzielle Informationen R 247

Kapitalmarkt-Report

Zahlen, Fakten, Entwicklungen

Aktuelle Themen im Gesellschaftsrecht R 248

Börse

Start des Edelmetallhandel LMEprecious R 250

ICE übernimmt restliche Anteile an ICE Endex von Gasunie R 251

Moskauer Börse plant Tochtergesellschaft für innovative Unternehmen R 251

Wiener Börse übernimmt IT-Betrieb für Börse Zagreb R 251

Schweizer Börse lanciert neue Indizes R 252

Gegenseitige Anerkennung von Fonds aus Frankreich und Hongkong R 252

Branchen- und Unternehmens-Report

Branchen-Nachrichten

Dynamische Export-Entwicklung in der Elektroindustrie R 252

Entwicklung des Geschäftsklimas in der Unternehmens- und Personalberatungsbranche R 253

Wirtschaftsschutz in der digitalen Welt R 253

Jahresabschlüsse

SHW AG R 254

Tele Columbus AG R 256

Bibliothek

Neuerscheinungen R 257

Zeitschriftenspiegel R 258

Neuerscheinung mit
Premiumanspruch.



otto-schmidt.de/hs

Unverzichtbares
Handwerkszeug.



otto-schmidt.de/kug6

Aufsätze

Regenfus, Dr. Thomas

„Schadens“ersatzrechtliche Rückabwicklung von Kapitalanlagen und Investitionsgeschäften trotz positiver Vermögensentwicklung

977

Schäfers, Dr. Dominik

Neue Entwicklungen zur spontanen Anzeigepflicht des Versicherungsnehmers – Zugleich Anmerkung zum Urteil des OLG Celle vom 9. 11. 2015 (8 U 101/15) VersR 2017, 211 –

989

Literaturhinweise

996

Rechtsprechung



Versicherungsvertragsrecht

Sämtliche Versicherungszweige

BGH 28. 6. 2017 (IV ZR 440/14)

Rechtsfolgen eines unwirksamen Verzichts auf Überlassung der vor Abgabe der Vertragserklärung geschuldeten Informationen

997

Lebensversicherung

BGH 21. 6. 2017 (IV ZR 176/15)

Umfang der vom Versicherer nach Rücktritt des VN herauszugebenden Nutzungen

1000

OLG München 7. 4. 2017 (25 U 4024/16)

Wirksame Kündigung des Zessionars unter Vorlage des Originalversicherungsscheins trotz – behaupteter – Nichtigkeit der Abtretung

1001

Privathaftpflichtversicherung

OLG Köln 1. 3. 2016 (9 W 6/16)

Kein Versicherungsschutz nach den BB PHV bei Verursachung eines Brandes im Zusammenhang mit dem Betrieb einer Hanfplantage

1004

Berufshaftpflichtversicherung

OLG Köln 29. 12. 2016 (9 U 120/16)

Ausschluss des Haftpflichtversicherungsschutzes für Tätigkeiten eines Steuerberaters im Bereich eines unternehmerischen Risikos

1005

Hausratversicherung

OLG Düsseldorf 18. 1. 2017 (I-4 U 181/16)

Nachweis einer individuellen Vereinbarung zur Entschädigungsgrenze

1011

Reiserücktrittskostenversicherung

BGH 14. 6. 2017 (IV ZR 161/16)

Versicherungsschutz bei Stornierung des Aufenthalts in einer Ferienwohnung

1012

Haftungsrecht

Arbeitsunfall

BGH 30. 5. 2017 (VI ZR 501/16)

Vorrang der für die Beurteilung sozialrechtlicher Fragen zuständigen Stellen bei gestörtem Gesamtschuldverhältnis

1014

Arzthaftung

OLG Hamm 21. 3. 2017 (26 U 122/09)

500 000 Euro Schmerzensgeld bei hypoxischem Hirnschaden, erheblichen Hirnleistungsstörungen, Parese, Spasmen und Sprachstörungen

1017

mit Anmerkung: *Lothar Jaeger*

OLG Hamm 4. 4. 2017 (26 U 88/16)

Reduziertes Schmerzensgeld bei nur teilweiser Zerstörung der Persönlichkeit

1019

mit Anmerkung: *Lothar Jaeger*

Beweislast

BGH 11. 5. 2017 (III ZR 92/16)

Beweislastumkehr bei grob fahrlässiger Verletzung besonderer Berufs- oder Organisationspflichten durch einen Hausnotrufbetreiber

1024

Inhalt**Unterlassungsanspruch**

OLG Hamm	6. 9. 2016 (24 U 4/15)	Bedeutung der Geruchsimmissionsrichtlinie (NRW) bei der Beurteilung der Wesentlichkeit von Geruchsimmissionen	1027
----------	------------------------	---	------

Straßenverkehr**Schadensberechnung**

OLG Düsseldorf	7. 3. 2017 (I-1 U 31/16)	Schadensersatz bei einem Fahrzeug mit Vorschäden	1032
----------------	--------------------------	--	------

Prozessrecht**Beschwer**

BGH	23. 5. 2017 (II ZR 169/16)	Wertberechnung bei wiederkehrenden Leistungen mit sich verändernden Jahresbeträgen	1033
-----	----------------------------	--	------

Rechtliches Gehör

BGH	21. 2. 2017 (VI ZR 314/15)	Recht der Prozesspartei auf mündliche Befragung des Sachverständigen zu dessen schriftlichen Gutachten	1034
-----	----------------------------	--	------

Rechtsmittelfrist

BGH	14. 3. 2017 (VI ZB 36/16)	Wiedereinsetzung aufgrund unverschuldeter Verhinderung nach Verbindung von Rechtsmittel mit Prozesskostenhilfesuch	1035
-----	---------------------------	---	------

Steuerrecht**Einkommensteuer**

BFH	27. 9. 2016 (VIII R 66/13)	Neuvertrag bei nachträglichen Änderungen eines Lebensversicherungsvertrags und Zufluss zum verlegten Fälligkeitszeitpunkt	1035
-----	----------------------------	--	------

Auslandsrecht (Österreich)**Betriebshaftpflichtversicherung**

OGH	28. 9. 2016 (7 Ob 124/16 k)	Keine Deckung bei positivem Wissen von der Mangelhaftigkeit und Schädlichkeit der geleisteten Arbeit	1038
-----	-----------------------------	--	------

Aufsätze

Graf, Michael, und Werner, Dominique

Das selbstständige Beweisverfahren im Arzthaftungsrecht: Ein immer noch umstrittener Streitvermeider? 913

Lang, Herbert, und Jahnke, Jürgen

(Keine) Anrechnung von Leistungen der Sozialversicherungsträger beim Angehörigenprivileg nach § 116 Abs. 6 SGB X – Zugleich Anmerkung zum Urteil des OLG Köln vom 1. 9. 2016 (15 U 179/15) VersR 2017, 969 – 927

Literaturhinweise 932

Rechtsprechung

Versicherungsaufsichtsrecht
Unionsrecht

EuGH 17. 3. 2016 (Rs C-286/14) **Nichtigkeit der Ergänzung eines Gesetzgebungsakts durch die Europäische Kommission ohne gesonderten Rechtsakt** 933
 mit Anmerkung: Dr. Jürgen Bürkle

Versicherungsvertragsrecht
Sämtliche Versicherungsweige

BGH 10. 5. 2017 (IV ZR 30/16) **Erfüllung der Anzeigepflicht aus § 19 VVG durch im Rahmen der „Erklärung vor dem Arzt“ gegebene Antworten** 937

Lebensversicherung

OLG Stuttgart 6. 4. 2017 (7 U 186/16) **Schutz des § 409 BGB zugunsten des Lebensversicherers auch bei Nichtigkeit der Abtretung wegen Verstoßes gegen gesetzliches Verbot** 939

Krankheitskostenversicherung

BGH 14. 6. 2017 (IV ZR 141/16) **Kein Versicherungsschutz für eine im Ausland vorgenommene künstliche Befruchtung mittels Eizellspende** 941

OLG Karlsruhe 28. 3. 2017 (12 U 143/16) **Umfang des Erstattungsanspruchs bei Behandlung in verbundenen Einrichtungen i. S. d. § 17 Abs. 1 S. 5 KHG** 944

Forderungsausfallversicherung

BGH 15. 2. 2017 (IV ZR 202/16) **Wirksamer Deckungsausschluss für vom Schuldner bestrittene Forderungen in der Forderungsausfallversicherung** 948

Rechtsschutzversicherung

OLG Karlsruhe 19. 5. 2017 (9 U 200/15) **Keine Passivlegitimation des Kompositversicherers bei Beauftragung eines selbstständigen Schadensabwicklungsunternehmens** 950

Hausratversicherung

LG Berlin 29. 12. 2016 (7 O 141/16) **Uhren mit Goldgehäuse unterliegen Entschädigungsgrenze für Wertsachen** 951

Haftungsrecht
Darlehen

BGH 14. 6. 2016 (XI ZR 483/14) **Vertragsschluss durch vom Grundstückserwerber nur zu Finanzierungsvermittlungsvertrag bevollmächtigten Geschäftsbesorger** 952

Internet

BGH 16. 5. 2017 (VI ZR 135/13) **Speicherung dynamischer IP-Adressen der Nutzer durch den Anbieter von Onlinemediendiensten** 955



Inhalt**Persönlichkeitsrecht**

BGH	2. 5. 2017 (VI ZR 262/16)	Unzulässigkeit der Berichterstattung über eine vor der Öffentlichkeit bislang geheim gehaltene Liebesbeziehung eines Sängers	959
-----	---------------------------	---	-----

Verkehrssicherungspflicht

OLG Naumburg	8. 6. 2016 (12 U 3/16)	Verkehrssicherungspflicht des Schulträgers für das Schulgelände	963
--------------	------------------------	---	-----

Straßenverkehr**Schadensberechnung**

OLG Köln	7. 11. 2016 (5 U 81/16)	Verweisung des Geschädigten auf eine günstigere Kfz-Reparaturmöglichkeit in einer freien Fachwerkstatt	964
OLG Köln	9. 1. 2017 (5 U 81/16)		

Prozessrecht**Berufung**

BGH	21. 2. 2017 (VI ZR 22/16)	Mindestanforderungen an ein Berufungsurteil	965
-----	---------------------------	---	-----

Rechtliches Gehör

BGH	14. 3. 2017 (VI ZR 225/16)	Verletzung rechtlichen Gehörs durch Nichteinholung des angebotenen Sachverständigengutachtens zur eigenen Geschäftsfähigkeit	966
-----	----------------------------	---	-----

Selbstständiges Beweisverfahren

OLG Hamburg	11. 10. 2016 (1 W 68/16)	Sachverständigengutachten über Inhalt und Umfang der ärztlichen Aufklärungspflicht	967
OLG Nürnberg	14. 3. 2017 (5 W 1043/16)	Zulässigkeit der Anordnung der Vorlage von Behandlungsunterlagen für Gutachtenerstellung durch medizinischen Sachverständigen	969

Sozialversicherungsrecht**Gesetzlicher Forderungsübergang**

OLG Köln	1. 9. 2016 (15 U 179/15)	Keine Beschränkung des Direktanspruchs gegen den Haftpflichtversicherer eines Angehörigen bei Beteiligung eines Zweitschädigers	969
----------	--------------------------	--	-----

Auslandsrecht (Österreich)**Rechtsschutzversicherung**

OGH	28. 9. 2016 (7 Ob 161/16 a)	Keine Vorwegnahme des Ergebnisses des zu deckenden Prozesses im Deckungsprozess	974
-----	-----------------------------	---	-----

Inhaltsverzeichnis

ZInsO-Aktuell

ZInsO-Beihefter: Insolvenzreport 34/2017

Nachruf

Olaf Messner †	1757
----------------------	------

ZInsO-Aufsätze

Offene Entgeltansprüche und mögliche noch unentdeckte Sach- oder Rechtsmängel in der Insolvenz des Verkäufers oder Werkunternehmers.	1758
<i>von Professor Dr. Wolfgang Marotzke, Tübingen</i>	
Darf dem Schuldner nach dem Insolvenzplan ein wirtschaftlicher Wert verbleiben?	1769
<i>von Rechtsanwältin Katrin Schröder, LL.M. corp. restruc., und Rechtsanwalt Fritz Rabenhorst, Düsseldorf</i>	
Die Vergütung des BaFin-Abwicklers: Voller Staffelsatz und Zuschläge?	1773
<i>von Rechtsanwalt/Fachanwalt für Insolvenzrecht/Insolvenzverwalter Christian Weiß, Köln</i>	

Zwischenruf aus der Praxis

Power-Turnaround	1776
<i>von Dr. Frank Buckler, Köln</i>	

ZInsO-Bücher- und Zeitschriftenreport

In dieser Rubrik geben wir eine Übersicht über die wichtigsten und interessantesten Veröffentlichungen aus dem Bereich des Insolvenzrechts.	1778
--	------

ZInsO-Rechtsprechungsreport

Entscheidungsreport

• Insolvenzrecht

Zurückweisung eines Plans im Vorprüfungsverfahren; Sicherstellung von Kompensationszahlungen wegen möglicher Schlechterstellungen.	1779
<i>BGH, Beschl. v. 20. 7. 2017 – IX ZB 13/16</i>	
Bestimmung der Pfändbarkeit einer ausländischen Rente nach dem jeweilig anzuwendenden Insolvenzstatut	1781
<i>BGH, Beschl. v. 20. 7. 2017 – IX ZB 63/16</i>	
Weiter Ermessensspielraum des Insolvenzverwalters zum Zeitpunkt der Anzeige einer drohenden Masseunzulänglichkeit	1784
<i>BGH, Urt. v. 20. 7. 2017 – IX ZR 310/14</i>	
Keine Beweiswirkung allein durch den Ausdruck des Sendebereichs für eine Internetveröffentlichung	1789
<i>BGH, Beschl. v. 6. 7. 2017 – IX ZB 73/16</i>	
Anforderungen an den Nachweis der wesentlichen Schlechterstellung bei einer sofortigen Beschwerde gegen einen Insolvenzplan.	1791
<i>LG Osnabrück, Beschl. v. 8. 8. 2017 – 8 T 444/17</i>	
Voraussetzungen der wirksamen Bekanntgabe eines Steuerbescheides an den Insolvenzverwalter	1793
<i>FG SchlH, Urt. v. 25. 5. 2016 – 1 K 171/14</i>	
• <u>Gesellschaftsinsolvenzrecht</u>	
Vollstreckung von Zwangsgeldern gegen Organmitglied im Fall der Insolvenz.	1795
<i>BVerfG, Beschl. v. 9. 5. 2017 – 2 BvR 335/17</i>	

• Arbeits- und Sozialrecht

- Zielsetzung der RL 2001/23/EG bei Inhaberwechsel eines Betriebs; Betriebsübergang beim Erwerb von Gesellschaftsanteilen und bei Ausübung der Herrschaftsmacht im Betrieb; Wirkung der Rechtskraft eines rechtskräftigen Arbeitsgerichtsurteils** 1799
BAG, Urt. v. 23. 3. 2017 – 8 AZR 91/15

• Insolvenzsteuerrecht

- Einkommensteuerliche Einordnung eines entnommenen Vorschusses als Gewinnrealisierung bei gleichzeitiger Verneinung der Anerkennung einer Unterbeteiligung** 1803
FG Düsseldorf, Urt. v. 28. 1. 2016 – 16 K 647/15 F

- Ermessensfehlerhafte Inanspruchnahme eines Vereinsvorsitzenden als Haftungsschuldner, wenn die Haftungsschuld von der Restschuldbefreiung erfasst wird** 1806
FG Saarbrücken, Urt. v. 7. 12. 2016 – 2 K 1072/14 (Revision eingelegt; Az. des BFH: VII R 2/17)

• Verbraucherinsolvenz und Restschuldbefreiung

- Prozesskostenhilfebewilligung: Ratenzahlungsanordnung bei Insolvenzeröffnung über das Privatvermögen des Antragstellers** 1810
LAG Rheinland-Pfalz, Beschl. v. 27. 4. 2016 – 7 Ta 53/16

• Vergütungsrecht

- Berücksichtigung von Massezuflüssen zwischen Schlussverteilung und Aufhebung des Insolvenzverfahrens** 1810
BGH, Beschl. v. 20. 7. 2017 – IX ZB 75/16
- Zur Vergütung des (vorläufigen) Sachwalters** 1813
BGH, Beschl. v. 22. 6. 2017 – IX ZB 91/15

„Mit dieser Ausgabe verteilen wir eine Beilage des Münchener Fachinstituts für Insolvenzrecht und Sanierung (MFI).

Wir bitten um freundliche Beachtung.“

HERAUSGEBER

Herausgeber:

Prof. Dr. Christian Berger • RA Dr. Susanne Berner • Michael Bretz • RA Dr. Christian Brückmanns • RA Dr. Jan de Weerth • Prof. Dr. Ulrich Foerste • RA Dr. Michael C. Frege • RiAG Frank Frind • RiBGH Prof. Dr. Markus Gehrlein • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Dr. Andreas Henkel • WP/StB Michael Hermanns • Prof. Dr. Heribert Hirte • RiAG Martin Horstkotte • Präs. LG a.D. Prof. Dr. Michael Huber • RA Peter J. Hützen • RA Dr. Karen Kuder • RA Dr. Norbert Küpper • RiAG Dr. Peter Laroche • Prof. Dr. Wolfgang Marotzke • PD Dr. Sebastian Mock • RA Patrick Mückl • Prof. Dr. Bettina Nunner-Kraugasser • RA Dr. Manfred Obermüller • Vors. RiOLG Dr. Dietmar Onusseit • RA Prof. Dr. Klaus Pannen • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • RA Dr. Christoph Poertzgen • RA Stephan Ries • Prof. Dr. Thomas Rönnau • Prof. Dr. Jessica Schmidt • RiBGH a.D. Prof. Dr. Lutz Strohn • RiBGH a.D. Gerhard Vill • OStA Raimund Weyand

Schriftleitung:

RA Prof. Dr. Hans Haarmeyer

Gründungsherausgeber:

RiBGH a.D. Hans-Peter Kirchof • Vors. RiBGH a.D. Dr. Gerhart Kreft • Vors. RiLAG a.D. Ernst-Dieter Berscheid • RiBGH Prof. Dr. Gerhard Pape • Prof. Udo Hintzen • Prof. Dr. Heribert Hirte • RA Dr. Manfred Obermüller • RA Wolfgang Wutzke • RA Dr. Karsten Förster • Michael Bretz • Prof. Dr. Hugo Grote • RA Martin Nothoff • Dipl.-Kfm./StB Gerd Scholten • OStA Raimund Weyand

Urheber- und Verlagsrechte:

Annahme nur von Originalaufsätzen, die ausschließlich dem Verlag zur Alleinverwertung in allen Medien angeboten werden. Mit der Annahme des Manuskripts durch den Verlag überträgt der Autor dem Verlag für die Dauer von vier Jahren das ausschließliche, danach das einfache Nutzungsrecht. Das Nutzungsrecht umfasst insbesondere auch die Befugnis zur Einspeicherung in Datenbanken sowie zur weiteren Vervielfältigung im Wege fotomechanischer oder elektronischer Verfahren, einschl. Disketten, CD-ROM, DVD und Online-Diensten.

Die Zeitschrift und alle in ihr enthaltenen Beiträge und Abbildungen sind urheberrechtlich geschützt. Mit Ausnahme der gesetzlich zugelassenen Fälle ist eine Verwertung ohne Einwilligung des Verlages unzulässig.

IMPRESSUM

Wolters Kluwer Deutschland GmbH
 Carl Heymanns Verlag
 Luxemburger Str. 449, 50939 Köln
<http://www.insolvenzrecht.jurion.de>

Kundenservice: (0 26 31) 801-22 22

Erscheinungsweise: wöchentlich

Anzeigenverkauf: Karsten Kühn

Telefon: (02 21) 9 43 73-77 97

Telefax: (0221) 9 43 73-1 77 97

E-Mail: Karsten.Kuehn@wolterskluwer.com

Anzeigendisposition: Karin Odening

Telefon (02 21) 9 43 73-77 60

E-Mail: anzeigen@wolterskluwer.com

Schriftleiter: Rechtsanwalt Prof. Dr. iur. Hans Haarmeyer

E-Mail: hans.haarmeyer@t-online.de

Manuskripte erbeten an den Schriftleiter

Redaktion: Anke Losch, Nikola Höltker, Kathrin Gehrlein

Luxemburger Str. 449, 50939 Köln

Telefon: (02 21) 9 43 73-70 69

E-Mail: ZInsO.redaktion@wolterskluwer.com

Bezugspreis zzgl. Versandkosten

(monatlich im Voraus): € 56,60

Preis für das Einzelheft: € 26,00

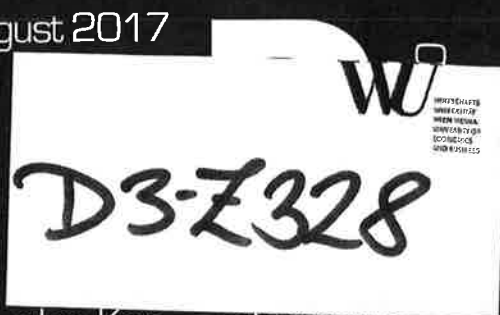
Kündigungsfrist:

6 Wochen zum Ende des Bezugsjahres

Herstellung: Williams Lea & Tag GmbH, München

ISSN 1615-8032

Marke



Zeitschrift für deutsches, europäisches und internationales Kennzeichenrecht

Herausgeber

Prof. Joachim Starck
Richter am Bundesgerichtshof a.D.

Art.-Nr. 56407707

Prof. Dr. Olaf Sosnitza
Universität Würzburg
Richter am Oberlandesgericht a.D.

Fachbeirat

**RAin Dr. Verena
v. Bomhard**
Alicante

RA Dr. Alexander Dröge
Markenverband e. V.

**Prof. Dr. Maximilian
Haedicke**
Universität Freiburg

Prof. Dr. Annette Kur
*Max-Planck-Institut
München*

**RA Prof. Dr. Alexander
v. Mühlendahl**
München

**RA Prof. Dr. Christian
Rohnke**
Karlsruhe

Beate Schmidt
*Präsidentin des
Bundespatentgerichts*



.... Aufsätze

Dissmann	Unterlassungsanspruch und Beseitigungsanspruch	293
Ackermann	Neurobiologische und andere Hypothesen zum Markenrecht (Teil 3)	300

Blick ins Ausland

Fuhrmann/Frank-	Das thailändische Markenrecht	
Fahle/Morstadt	- Eine Einführung	321

Rechtsprechung

EuGH	Ornuu (KERRYGOLD)	330
EuGH	W. F. Gözze Frottierweberei	335
BGH	Luftentfeuchter	340
BGH	Bodendübel	344
BGH	Sierpinski-Dreieck	354
OLG Hamburg	Rechtserhaltende Benutzung für „Bekleidungsstücke“	358
OLG Düsseldorf	Zur Aussetzung	368
OLG Düsseldorf	Zur Auslegung Waren-/DL-Verzeichnis	370
EuG	PostModern	372

Leitsätze		379
------------------	--	-----

BEITRÄGE

- Prof. Dr. Helmut Köhler, München**
Die Verbote der unerbetenen Telefon-, Fax- und E-Mail-Werbung: Geschützte Personen, Schutzzwecke und Durchsetzung 1025
- Prof. Dr. Christian Alexander, Jena**
Gegenstand, Inhalt und Umfang des Schutzes von Geschäftsgeheimnissen nach der Richtlinie (EU) 2016/943 1034
- Prof. Dr. Walter Frenz, Maître en Droit Public, Aachen**
Beihilfenaufsicht und Wettbewerbsneutralität in Kohärenz mit dem Demokratieprinzip 1045
- RA Dr. Jan-Felix Isele, Frankfurt a. M.**
Das Betreiben von Ordnungsmittelverfahren und seine Auswirkung auf die Dringlichkeitsvermutung nach § 12 Abs. 2 UWG 1050
- RiLG Dr. Hubertus Schacht, M.A., München**
Die Prüfung konkreter Unterlassungspflichten im Erkenntnisverfahren 1055

RECHTSPRECHUNG

EuGH

- Jean-Philippe Lahorgue/Ordre des avocats du barreau de Lyon u. a.**
RL 77/249/EWG Art. 4
EuGH, Urteil vom 18.05.2017 – C-99/16 1060
- Air Berlin/Verbraucherzentrale Bundesverband**
VO (EG) Nr. 1008/2008 Art. 22 Abs. 1, Art. 23 Abs. 1;
BGB § 307 Abs. 1, Abs. 2
EuGH, Urteil vom 06.07.2017 – C-290/16 1062
- W. F. Gözze Frottierweberei u. a./Verein Bremer Baumwollbörse**
VO Nr. 207/2009 Art. 7 Abs. 1 Buchst. g, Art. 15 Abs. 1, Art. 52 Abs. 1 Buchst. a
EuGH, Urteil vom 08.06.2017 – C-689/15 1066
- Unibet International/Nemzeti Adó- és Vámhivatal Központi Hivatala**
AEUV Art. 56
EuGH, Urteil vom 22.06.2017 – C-49/16 1069

BVerfG

- Unmittelbare Verfassungsbeschwerde bei Verstoß gegen § 937 Abs. 2 ZPO in Ausnahmefällen möglich**
GG Art. 3 Abs. 1, Art. 5 Abs. 1, Art. 20 Abs. 3, Art. 103 Abs. 1;
ZPO §§ 936, 937 Abs. 2, 940
BVerfG, Beschluss vom 06.06.2017 – 1 BvQ 16/17, 1 BvQ 17/17, 1 BvR 764/17, 1 BvR 770/17 1073

BGH

- Werbeprospekt mit Bestellpostkarte**
RL 2011/83/EU Art. 6 Abs. 1 Buchst. h, Art. 8 Abs. 4
BGH, Beschluss vom 14.06.2017 – I ZR 54/16 1074
Kommentar von RA Dr. Martin Schirmbacher 1079
- Komplettküchen**
UWG § 5a Abs. 2 und 3 Nr. 1
BGH, Urteil vom 02.03.2017 – I ZR 41/16 1081
- Wettbewerbsbezug**
GG Art. 2 Abs. 1; BGB § 823 Abs. 1, § 824; UWG § 2 Abs. 1 Nr. 3, § 8 Abs. 3 Nr. 1
BGH, Urteil vom 26.01.2017 – I ZR 217/15 1085
- Anwaltsabmahnung II**
UWG § 3a, § 8 Abs. 3 Nr. 2, § 12 Abs. 1 S. 2; PBefG § 47 Abs. 1 S. 1 und Abs. 2 S. 1
BGH, Urteil vom 06.04.2017 – I ZR 33/16 1089
- Grüne Woche II**
RL 2011/83/EU Art. 2 Nr. 9
BGH, Beschluss vom 13.07.2017 – I ZR 135/16 1091
- Teststreifen zur Blutzuckerkontrolle II**
UWG § 3a; RL 98/79/EG Erwägungsgrund 19, Art. 8 Abs. 1 S. 1, Art. 9 und 11; ZPO § 33 Abs. 1, § 256 Abs. 2; § 542 Abs. 2 S. 1, §§ 802, 927 Abs. 2 Halbs. 2
BGH, Urteil vom 01.06.2017 – I ZR 152/13 1094
- Energieeffizienzklasse II**
UWG § 3a; VO (EU) Nr. 626/2011 Art. 4 Buchst. c
BGH, Urteil vom 06.04.2017 – I ZR 159/16 1098

Dynamische IP-Adressen als personenbezogenes Datum

- TMG § 12 Abs. 1 und 2, § 15 Abs. 1; BDSG § 3 Abs. 1;
RL 95/46/EG Art. 2 Buchst. a, Art. 7 Buchst. f.
BGH, Urteil vom 16.05.2017 – VI ZR 135/13 1100

Medicon-Apotheke/MediCo Apotheke

- MarkenG § 14 Abs. 2 Nr. 2
BGH, Urteil vom 02.03.2017 – I ZR 30/16 1104

Afghanistan Papiere

- RL 2001/29/EG Art. 2 Buchst. a, Art. 3 Abs. 1, Art. 5 Abs. 2 und 3
BGH, Beschluss vom 01.06.2017 – I ZR 139/15 1109

Metall auf Metall III

- RL 2001/29/EG Art. 2 Buchst. c, Art. 5 Abs. 3 Buchst. d;
RL 2006/115/EG Art. 9 Abs. 1 Buchst. b
BGH, Beschluss vom 01.06.2017 – I ZR 115/16 1114

Verhandlungspflicht

- UrhG § 36 Abs. 1 S. 1
BGH, Urteil vom 02.03.2017 – I ZR 45/16 1119

OLG Celle

- Eintrag auf Facebook-Seite eines Autohauses als Werbung**
UWG §§ 3 Abs. 2; 3 Abs. 3a, 8 Abs. 1; Pkw-EnVKV §§ 1 Abs. 1, 5 Abs. 1, 5 Abs. 2 Nr. 1; Anlage 4 zu § 5 Abschn. 1
OLG Celle, Urteil vom 01.06.2017 – 13 U 15/17 1121

OLG Hamm

- Preisangaben und Versorgungsbedingungen beim Angebot von Fernwärme im Internet**
UWG § 3a; PAngV § 1 Abs. 1 S. 1; RL 98/6/EG;
AVBFernwärmeV § 1 Abs. 4
OLG Hamm, Urteil vom 18.05.2017 – 4 U 150/16 1123

Gesamtpreisangabe für ausgestellte Möbelstücke

- UWG §§ 2 Abs. 1 Nr. 9; 3a; 5a; PAngV § 1 Abs. 1 S. 1;
RL 98/6/EG; RL 2005/29/EG Art. 3 Abs. 4
OLG Hamm, Urteil vom 21.03.2017 – 4 U 166/16 1126

OLG Hamburg

- „HSA frei“**
UWG 2008 §§ 3, 5, 4 Nr. 11, 8 Abs. 1 S. 1, 12 Abs. 2;
UWG §§ 3, 5, 3a, 8 Abs. 1 S. 1, 12 Abs. 2; HWG § 3
OLG Hamburg, Urteil vom 16.02.2017 – 3 U 194/15 1129

Rechterhaltende Markenbenutzung für

- „Bekleidungsstücke“**
MarkenG §§ 26 Abs. 1, 49 Abs. 1, 53, 55 Abs. 1 und Abs. 4;
ZPO §§ 322 Abs. 1, 325 Abs. 1
OLG Hamburg, Urteil vom 30.03.2017 – 3 U 150/15 1135

OLG Frankfurt a. M.

- Werbung für die Kfz-Hauptuntersuchung**
UWG §§ 3, 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 3, 5a Abs. 2
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 15.09.2016 – 6 U 166/15 1143

Verfügungsgrund für markenrechtliche Unterlassungsverfügung

- UMV Art. 102 f., 9 Abs. 2 b), Abs. 3 b), e)
OLG Frankfurt a. M., Urteil vom 08.06.2017 – 6 U 249/16 1146

Streitwert nach unzureichender Unterlassungserklärung

- GKG §§ 66, 68
OLG Frankfurt a. M., Beschluss vom 18.05.2017 – 6 W 41/17 1150

OLG Karlsruhe

- 24 Karat vergoldet**
UWG §§ 3 Abs. 1, 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 1
OLG Karlsruhe, Urteil vom 06.07.2017 – 4 U 163/16 1151

LG Bielefeld

- Falsche unverbindliche Preisempfehlung**
UWG § 5 Abs. 1 S. 2 Nr. 2
LG Bielefeld, Urteil vom 19.07.2016 – 12 O 44/16 1153

LG Düsseldorf

- Zutatenverzeichnis**
UWG § 3a; VO (EU) Nr. 1169/2011/EU Art. 9, 17, 18;
PAngV § 2
LG Düsseldorf, Urteil vom 26.04.2017 – 34 O 16/16 1154

LG Köln

- Schulungen zur Geldwäscheprävention**
UWG § 5 Abs. 1 Nr. 1, 5
LG Köln, Urteil vom 11.07.2017 – 33 O 149/16 1154

LG Konstanz

- „Wie Frischkäse“**
VO 1308/2013/EU Art. 78; Anhang VII Teil III Nr. 5, 6; UWG § 3a
LG Konstanz, Urteil vom 22.06.2017 – 7 O 25/16 KfH 1157

LEITSÄTZE 1160

Industrial Law Journal

Volume 46 Number 2 July 2017



CONTENTS

ARTICLES

- Non-Standard Work and Limits on Freedom of Association:
A Human Rights-Based Approach *Valerio De Stefano* 185
- To Boldly Go: Social Clauses in Public Procurement
Catherine Barnard 208
- Workplace Temporalities: A Time-Based Critique of the Flexible
Working Provisions *Emily Rose* 245

RECENT CASES

Edited by Lizzie Barmes and A.C.L. Davies

- Secretary of State for Justice v Windle: The Expanding Frontiers of
Mutuality of Obligation?* *Hitesh Dhorajiwala* 268

LEGISLATION NOTES

Edited by Tonia Novitz

- Immigration Raids, Employer Collusion and the Immigration
Act 2016 *Katie Bales* 279

EUROPEAN DEVELOPMENTS

Edited by Deirdre McCann

- Another Disappointment in Strasbourg: *Unite the Union v United
Kingdom* *Kalina Arabadjieva* 289

<https://academic.oup.com/ilj>

us
s:
:
mes,
r. Dr.
:
views:
ers,
es of
ear,
d the
iety,
rnal,
and
or
1
}NY,
or
over.
1701M

BOOK REVIEW

Edited by Wanjiru Njoya

Davidov, A Purposive Approach to Labour Law Joe Atkinson

303

Industrial Law Journal

Inhalt

MAGAZIN

Gastkommentar <i>StB Dr. Hartmut Schwab</i>	M4
Aktuelle Rechtsprechung	M6
Kurzbeiträge	M10
Meldungen	M17
Handelsblatt Nachrichten	M26
Handelsblatt Grafik	M28
Handelsblatt Gastkommentar	M29
Worte der Woche	M32

BETRIEBSWIRTSCHAFT

AUFSATZ

IFRS/Rechnungslegung

ESEF: Verpflichtendes einheitliches elektronisches IFRS-Berichtsformat ab 2020

Prof. Dr. Dirk Jödicke, Düsseldorf / Dr. Ralf Jödicke, Essen

DB1242854 (Kurzfassung vgl. S. M10) S. 1853

KOMPAKT

IFRS/Rechnungslegung

IFRIC 23 „Unsicherheiten bei der ertragsteuerlichen Behandlung“

WP/StB Thomas Gloth / WP Dr. Marc Lüdders, Hamburg

DB1245587 S. 1857

KURZNACHRICHTEN INTERNATIONALE RECHNUNGSLEGUNG

DB1246232 S. 1858

STEUERRECHT

AUFSATZ

Abgabenordnung/Digitalisierung

Steuerliches Datenschutzrecht: Verfahrensrechtsanpassung an die Datenschutz-Grundverordnung

Dr. Michael Myßen / Fabian Kraus, beide Berlin

DB1244418 (Kurzfassung vgl. S. M12) S. 1860

Kapitalertragsteuer

Streitfragen bei der Anwendung der Abgeltungsteuer

StB Dipl.-Kfm. Dr. Martin Weiss, Berlin

DB1244579 (Kurzfassung vgl. S. M13) S. 1871

KOMPAKT

Internationales Steuerrecht

BMF-Schreiben zum Country-by-Country Reporting veröffentlicht

StB Fabian Peters, Weinheim / StB Dr. Oliver Busch,

Frankfurt/M.

DB1247003 S. 1875

VERWALTUNGSANWEISUNGEN

Bilanzsteuerrecht

Beurteilung von Arbeitnehmererfindungen

OFD NRW, Kurzinformation ESt vom 12.07.2017

DB1246311 S. 1876

Abgabenordnung

Auswirkungen von Sonderprüfungen auf die Steuerfestsetzung

OFD Frankfurt/M., Verfügung vom 06.06.2017

DB1245567 S. 1877

ENTSCHEIDUNGEN

Körperschaftsteuer/Abgabenordnung

Gemeinnützigkeitsrecht: Gebot zeitnaher Mittelverwendung, Förderung des Umweltschutzes, Grenzen der allgemeinpolitischen Betätigung

BFH, Urteil vom 20.03.2017 – X R 13/15

DB1246131 S. 1879

Einkommensteuer

Zufluss von Zinsen aus einem Lebensversicherungsvertrag nach Änderung des Vertrags mit Festlegung eines späteren Fälligkeitszeitpunkts

BFH, Urteil vom 27.09.2016 – VIII R 66/13

DB1232836 S. 1882

Grunderwerbsteuer

Gesonderte Feststellung von Besteuerungsgrundlagen für die GrESt

BFH, Urteil vom 15.03.2017 – II R 36/15

DB1244562 S. 1885

Erbschaft-/Schenkungssteuer

Ehegattenfreibetrag für beschränkt Steuerpflichtige

BFH, Urteil vom 10.05.2017 – II R 53/14

DB1247087 S. 1886

WIRTSCHAFTSRECHT

AUFSATZ

Digitalisierung

Die vernetzte Fabrik: Rechtliche Herausforderungen in der Industrie 4.0 (Teil 2)

RA Dr. Florian von Baum / RA Dr. Stephan Appt, LL.M. / RAin Isabella K. Schenk, LL.M., München

DB1245830 (Kurzfassung vgl. S. M14) S. 1888

KOMPAKT

GmbH-Recht

Abberufung/Kündigung des GmbH-Geschäftsführers aus wichtigem Grund: Zur gerichtlichen Überprüfung der Wirksamkeit der Gesellschafterbeschlüsse

RA Ronald Meißner, LL.M./RAin Katharina Leoff, LL.M., Frankfurt/M.

DB1246951 S. 1893

ENTSCHEIDUNGEN

GmbH-Recht

Keine Berechtigung eines Geschäftsführers zur Einreichung einer neuen Gesellschafterliste nach notarieller Abtretung eines Geschäftsanteils

OLG Rostock, Beschluss vom 25.01.2017 – 1 W 55/16

DB1247095 S. 1894

Insolvenzrecht

Zur Zurückweisung eines vom Schuldner vorgelegten Insolvenzplans durch das Insolvenzgericht im Vorprüfungsverfahren

BGH, Beschluss vom 20.07.2017 – IX ZB 13/16

DB1246945 S. 1898

Wettbewerbsrecht

Kein Schadensersatzanspruch eines Anbieters von Immobilienfonds gegen kapitalmarktrechtlich spezialisierte Rechtsanwalts-gesellschaft

BGH, Urteil vom 26.01.2017 – I ZR 217/15

DB1246255 S. 1900

ARBEITSRECHT

AUFSATZ

Arbeitsvertragsrecht/Entgeltrecht

Zielvereinbarung, Zielerreichung und Bonusbudget - aktuelle Rechtsfragen zur variablen Vergütung

RA Dr. Hans-Peter Löw, Frankfurt/M.

DB1242927 (Kurzfassung vgl. S. M15) S. 1904

KOMPAKT

Datenschutz

Heimliche Videoüberwachung führt nicht generell zu einem Beweisverwertungsverbot

RA/FAArbR Dr. André Zimmermann, LL.M., Düsseldorf

DB1242948 S. 1910

Wettbewerbsverbot/Arbeitsvertragsrecht

Salvatorische Klausel heilt die Nichtigkeit eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots nicht

RAin/FAinArbR Isabel Hexel, Köln

DB1243527 S. 1911

Befristungsrecht

Sachgrundbefristung auf Wunsch des Arbeitnehmers

RA/FAArbR Klaus Thönissen, LL.M. (San Francisco), Essen

DB1242374 S. 1912

ENTSCHEIDUNGEN

Betriebsübergang

Kein Betriebsübergang beim Erwerb von Gesellschaftsanteilen und bei Ausübung der Herrschaftsmacht im Betrieb

BAG, Urteil vom 23.03.2017 – 8 AZR 91/15

DB1244219 S. 1913

Betriebsverfassungsrecht

Mitbestimmung des Betriebsrats bei der Anrechnung einer zweistufigen Tarifierhöhung

BAG, Beschluss vom 24.01.2017 – 1 ABR 6/15

DB1237156 S. 1916



Wirtschaftsrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BVerfG: Aussetzung des Verfahrens zum EZB-Anleihenkaufprogramm und EuGH-Vorlage (18.7.2017 – 2 BvR 859/15, 2 BvR 980/16, 2 BvR 2006/15, 2 BvR 1651/15)

BGH: Gläubigerbenachteiligung bei Begleichung eines vom Gesellschafter besicherten Drittdarlehens aus Mitteln der Gesellschaft (13.7.2017 – IX ZR 173/16)

BGH: Entfall der Ersatzpflicht des Organs für Zahlungen nach Insolvenzreife (4.7.2017 – II ZR 319/15)

BGH: Insolvenzeröffnung – öffentliche Bekanntmachung durch Veröffentlichung im Internet (6.7.2017 – IX ZB 73/16)

BGH: Anforderungen an die Begründung einer Mitbewerbereignenschaft (26.1.2017 – I ZR 217/15)

BGH: Entscheidung über den Kauf von Komplettküchen ohne vorhergehende Beratung – Komplettküchen (2.3.2017 – I ZR 41/16)

BGH: Prospekthaftung der Gründungsgesellschafter auch gegenüber dem über einen Treuhänder beitretenden Anleger (4.7.2017 – II ZR 358/16)

BGH: Widerrufsbelehrung – Verlust der Gesetzlichkeitsfiktion bei Abweichung vom Belehrungsmuster (20.6.2017 – XI ZR 72/16)

BGH: Ausgestaltung einer Preisanpassungsklausel in Fernwärmelieferungsvertrag (19.7.2017 – VIII ZR 268/15)

BGH: Übermittlung eines fristwahren Schriftsatzes per Telefax (27.6.2017 – II ZB 22/16)

Verwaltung

BaFin: Cybersicherheit – Abfrage bei deutschen Versicherern gestartet

Aufsatz

Dr. Petra Sedlmaier, RAin, und **Dr. Philipp Rüppell**, RA

Verletzung von Wettbewerbsverboten durch den Gesellschafter-Geschäftsführer in der GmbH

Zugleich Besprechung von OLG Stuttgart, 15.3.2017 – 14 U 3/14, BB 2017, 1932 (in diesem Heft)

Wer sich mit anderen unter einem gesellschaftsrechtlichen Dach zusammenschließt, erwartet, dass sich seine Mitgesellschafter und die Geschäftsleiter des Unternehmens allein auf die gemeinsame Sache konzentrieren. Andererseits möchte sich nicht jeder, der in eine Gesellschaft einsteigt, „mit Haut und Haar“ an diese verkaufen. Zweite oder dritte Standbeine können ein Problem darstellen oder zu einem Problem werden. Das OLG Stuttgart hat sich vor Kurzem detailliert mit den Grenzen der Verpflichtung von Gesellschafter-Geschäftsführern aus Wettbewerbsverboten auseinandergesetzt. Der Beitrag nimmt diese Entscheidung zum Anlass, das Thema in einem Gesamtüberblick darzustellen.

Entscheidungen

BGH: Compliance-Management-System kann Geldbuße mindern (9.5.2017 – 1 StR 265/16 – dazu BB-Kommentar von **Dr. Nicolai Behr**, RA)

OLG Stuttgart: Rein kapitalistische Minderheitsbeteiligungen eines Gesellschafter-Geschäftsführers an einer Konkurrenzgesellschaft sind generell nicht vom Wettbewerbsverbot umfasst (15.3.2017 – 14 U 3/14)

Neuerscheinung Buch

Fischer, Maklerrecht

Klar und übersichtlich

August 2017, ca. 300 Seiten, Kt., € 89,-

ISBN: 978-3-8005-1656-8 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Steuerrecht

Die Woche im Blick

Entscheidungen

BFH: Zur umsatzsteuerrechtlichen Behandlung der Wärmeabgabe aus einer sog. KWK-Anlage (31.5.2017 – XI R 2/14)

BFH: Unzulässigkeit der „Ruhendstellung“ einer Kontenpfändung gegen den Willen des Drittschuldners (16.5.2017 – VII R 5/16)

FG München: Zinseinkünfte einer USA-Betriebsstätte (29.5.2017 – 7 K 1156/15)

FG Münster: Zur Aufhebung der Vollziehung von Steuerbescheiden, wenn zwischenzeitlich das Insolvenzverfahren über das Vermögen der Steuerschuldnerin eröffnet wurde (17.5.2017 – 15 V 2440/16 U)

FG Köln: Kein Vorsteuerabzug bei der Verwaltung von Drittland-Investmentvermögen (7.4.2017 – 8 K 1890/14)

FG Düsseldorf: Zur Berücksichtigung der Steuerbegünstigung gem. § 13a Abs. 2 ErbStG (25.10.2016 – 4 K 1380/14 Erb)

Aufsätze

Dr. Elmar Bindl, StB, und **Dr. Rainer Stadler**, RA

Die Immobilientransparenz gem. § 33 Abs. 2 InvStG 2018 bei Dach- und Masterfonds-Strukturen

Im Rahmen des sog. Steuerumgehungsbekämpfungsgesetzes (StUmgBG) vom 23.6.2017 wurden einige Reparaturen am neuen Investmentsteuergesetz (InvStG 2018), das mit Wirkung zum 1.1.2018 in Kraft tritt, durchgeführt. Diese betreffen unter anderem die Besteuerung von inländischen Immobilienerträgen in mehrstufigen Fondsstrukturen (z.B. Dach- und Masterfonds-Strukturen). Die Änderungen sind für alle Anleger von Bedeutung, insbesondere aber für steuerbefreite Investoren. Der Beitrag stellt die Neuregelungen dar und diskutiert Anwendungs- und Zweifelsfragen.

Svetlana Heil, RAin/StBin, und **Alexander Pupeter**, RA/StB

Lizenzschanke – Update zum Inkrafttreten des § 4j EStG

Die Lizenzschanke ist Gesetz! Mit einigen Änderungen wurde § 4j EStG verabschiedet. Der Regierungsentwurf wurde in BB 2017, 795 ff., ausführlich dargestellt. Dieser Beitrag knüpft daran an und erläutert die Änderungen des Gesetzestextes. Weiterhin zeigt er die Bedeutung des neuen BVerfG-Beschlusses zu § 8c KStG für die Lizenzschanke und ihre problematische Typisierung auf.

Dr. Julia Kurzrock, RAin, und Dipl.-Finw. (Zoll) **Eva Rehberg**

Neubewertung zollrechtlicher Bewilligungen – Abfrage der Steuer-ID – Standpunkt der Zollverwaltung und offene Fragen

In der Diskussion um die Abfrage der Steuer-ID im Kontext der Neubewertung zollrechtlicher Bewilligungen hat die Zollverwaltung ihre bisher vertretene Auffassung bestätigt. Hiergegen werden u.a. datenschutzrechtliche Bedenken vorgebracht.

Entscheidungen

BFH: Besteuerung der Abfindung für den Verzicht auf einen künftigen Pflichtteilsanspruch (10.5.2017 – II R 25/15)

BFH: Aufstockung einer Beteiligung an grundbesitzender KG – Sicherungsabtretung des Kommanditanteils – steuerbare Änderung des Gesellschafterbestandes nach § 1 Abs. 2a GrEStG – Anzeigepflicht (17.5.2017 – II R 35/15 – dazu BB-Kommentar von **Julia Heinmüller**, RAin/StBin/FAinStR)

Bilanzrecht und Betriebswirtschaft

Die Woche im Blick

1961

Rechnungslegung

DRSC: Bericht über die 60. Sitzung des IFRS-FA am 27./28.7.2017 in Berlin

DRSC: Ergebnisse der 60. Sitzung des IFRS-FA

DRSC: 61. Sitzung des IFRS-FA – Tagesordnung

DRSC: Zwei öffentliche Veranstaltungen des DRSC –

Anmeldung noch bis 24.8. bzw. 31.8.2017 möglich

DRSC: Stellungnahmen zum E-DRÄS 8 und zum E-AH 4

Wirtschaftsprüfung

IFAC: Bericht zur Verbesserung professioneller Skepsis

IDW: Auswirkungen des Deutschen Corporate Governance Kodex auf die Abschlussprüfung

IDW: Vorgeschlagene Änderungen in DRS 20 „Konzernlagebericht“

IDW: Stellungnahme zum Entwurf eines DRSC-Anwendungshinweises zu IFRS 2

IDW: Kommunikation mit dem Aufsichtsorgan

WPK: Praxishinweis „Neue Anforderungen an die Offenlegung von Abschlüssen nach BilRUG“

KfQ: Bericht über die Sitzung am 17./18.7.2017

Aufsatz

Prof. Dr. Jens Wüstemann, M.Sc.G. (Paris IX),

Matthias Backes, M.Sc., und Christoph Schober, WP/CFÄ

1963

Grundsätze wirtschaftlicher Vermögenszurechnung bei Leasinggeschäften im Lichte der neueren Rechtsprechung

Der Beitrag würdigt die Leasing-Rechtsprechung der letzten Jahre und untersucht, ob dadurch Konkretisierungen oder Modifikationen der etablierten Grundsätze wirtschaftlicher Vermögenszurechnung bei Leasinggeschäften erfolgten.

Entscheidung

BFH: Kein Verlustausgleich bei negativem Kapitalkonto in Folge der Aufstellung einer negativen Ergänzungsbilanz

(18.5.2017 – IV R 36/14 – dazu BB-Kommentar von

Gero von Glasenapp, RA/StB)

1968

Neuerscheinung Buch

Koch/Wüstemann, Wirtschaftsprüfung case by case

Lösungen nach HGB mit Hinweisen auf ISA und US-GAAS

2017, 260 Seiten, Kt., € 38,90

ISBN: 978-3-8005-5048-7 / Infos unter: www.shop.ruw.de

Save the date

Recht der Assetklassen Rechtliche und steuerliche Aspekte

28. November 2017
in Frankfurt am Main

Betriebs
Berater

Recht der
Finanzinstrumente
(Rechtsw. Recht Kapitalmkt)

<http://veranstaltungen.ruw.de/rak>

Arbeitsrecht

Die Woche im Blick

1971

Entscheidungen

BAG: Begründung eines Aussonderungsrechts nach § 47 InsO an den vom Arbeitgeber nicht an die Pensionskasse gezahlten Beiträgen (21.3.2017 – 3 AZR 718/15)

BAG: Beschäftigungszeit i. S. v. § 34 Abs. 3 TV-L (29.6.2017 – 6 AZR 364/16)

LAG Hamburg: Prozessunfähigkeit wegen Querulantenwahns (9.8.2017 – 3 Sa 50/16)

LAG Nürnberg: Wirksamkeit einer Ausschlussfrist, die Mindestlohnansprüche nicht ausschließt (9.5.2017 – 7 Sa 560/16)

OLG Hamm: Alter von 60 Jahren kann als Kündigungsgrund vereinbart werden (19.6.2017 – 8 U 18/17)

ArbG Solingen: Unverbindliches Wettbewerbsverbot führt zur Unwirksamkeit der Vertragsstrafenklausel (20.6.2017 – 3 Ca 153/17)

ArbG Berlin: Kein 3-Minuten-Takt für Taxifahrer (10.8.2017 – 41 Ca 12115/16)

Gesetzgebung

BMAS: 3. Pflegemindestlohnverordnung im Bundesanzeiger veröffentlicht

BMAS: Förderung für betriebliche Experimentierräume startet

Aufsätze

Betriebsratswahl

Dr. Till Hoffmann-Remy, RA/FAArbR, und

Dr. Frank Zaumseil, RA/FAArbR

1973

Betriebsratswahl 2018 – Fallstricke nach der Wahl

Die Betriebsratswahl ist erfolgreich durchgeführt – Gelegenheit zur Freude für alle Beteiligten? Nicht immer. Fehler im Wahlverfahren können zur Anfechtbarkeit führen, was Richtungsentscheidungen innerhalb kurzer Fristen erfordert. Auch wenn sich ein Betriebsrat (erstmalig) wirksam konstituiert, besteht regelmäßig Potential für Auseinandersetzungen über die Art und Weise der Zusammenarbeit. Sichere Kenntnis des rechtlichen Handlungsspielraumes ist hier unerlässlich.

Tobias Grambow, RA/FAArbR

1978

Einstweiliger Rechtsschutz in Bezug auf die Betriebsratswahl

Nachdem in BB 33/2017, 1909 ff. der einstweilige Rechtsschutz im Zusammenhang mit der Betriebsratsarbeit beleuchtet wurde, soll im Beitrag der Komplex der Möglichkeiten einstweiliger Verfüngungsverfahren bei Betriebsratswahlen näher betrachtet werden.

Entscheidung

BAG: Nichtigkeit eines nachvertraglichen Wettbewerbsverbots wegen fehlender Karenzentschädigung

(22.3.2017 – 10 AZR 448/15 – dazu BB-Kommentar von

Dr. Christian Ley, RA/FAArbR)

1981



Die Erste Seite

Prof. Dr. Christoph Schalast, RA/Notar

Halbzeitbilanz der Kapitalmarktunion: Das Glas ist halb voll, und der Brexit steht ante portas

Impressum/Vorschau

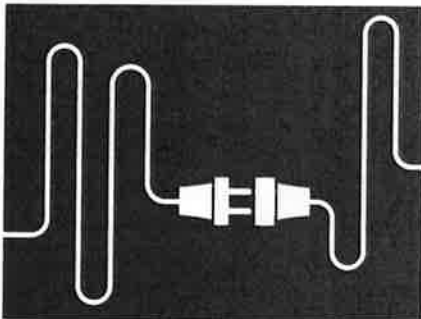
VIII



22 | COVER STORY

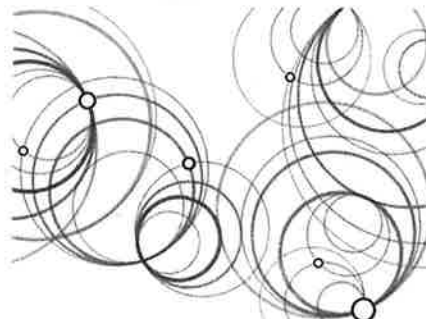
From 'wallflower' to confident leader

Kimberly Hardy, CPA/CFF, designed a mentoring program at Matthews, Cutrer & Lindsay and provides tips for helping firm veterans teach newcomers.




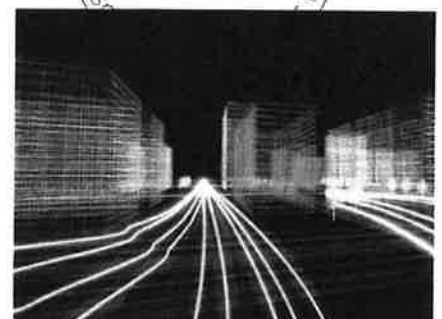
26 | 5 key issues that merit CPAs' attention

Presenters at the inaugural AICPA ENGAGE conference discussed some of the most important issues in the accounting profession, in areas including technology and client management.



32 | Building a more effective board

Corporate boards' scope of responsibilities continues to broaden, and directors' confidence that they have what it takes to tackle the challenges is lagging. 



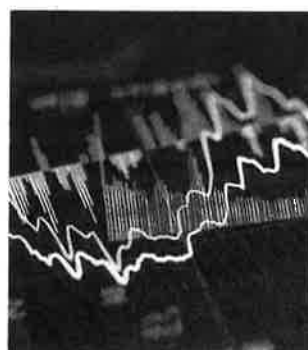
36 | Managing the risks associated with models

Accountants in all industries can play a meaningful role in the mitigation of model risk at their organizations.



44 | 2017 tax software survey

Take a look at how CPA preparers rated their software's performance and support, their likes and dislikes, and whether they would recommend their product to someone starting a tax practice.



54 | Internal-use software regs. could be boon for financial services industry

Financial institutions could benefit from new regulations that make it easier for taxpayers to take the research credit for the costs of developing software.

CONTENTS

NEWS DIGEST

- 9 | Staffing concerns again top list of CPA firm issues**
PCAOB expands auditors' reporting duties, with emphasis on 'critical' matters **CPE**
PCAOB proposes amendments
FASB issues maintenance update for Accounting Standards Codification
IASB addresses uncertainty in accounting for income taxes
FinREC issues a dozen revenue recognition working drafts
Hedging may get easier under new FASB accounting standard
CPAs advocate in Washington on profession's behalf
Key dates; Drafts outstanding

COLUMNS

- 16 | Checklist**
Get ready for Gen Z
A new generation is entering the workforce, but don't mistake them for Millennials.
- 18 | Professional Liability Spotlight**
Avoiding website claims that increase malpractice risk
Website language may compromise the defense of a professional liability claim.
- 60 | From The Tax Adviser**
Use of trust disclaimers in estate planning
A beneficiary's disclaimer could adjust the results of an existing irrevocable trust. **CPE**
- 62 | Tax Practice Corner**
The war on tax ID theft continues: CPAs' role
The IRS reports progress, but many firms could still improve their practices.
- 64 | Tax Matters**
'Pump and dump' theft loss allowed despite open arbitration claim
Monster.com founder's estate wins dispute over VPFC gain recognition
Former Marine not entitled to exclude foreign earned income
Deductions disallowed for operator of Larry Bird's former house as a B&B
IRS announces first batch of CPEOs

Letter ruling and closing agreement fees now payable online
Leveraged spinoffs removed from IRS no-ruling list
HSA limits increase slightly **CPE**

70 | Technology Q&A

This month's column looks at how to modify Excel's default blank workbook, offers a reader recommendation on the best font to use in Excel, explains how to backspace on the iPhone calculator, and gives a tip for writing emails.

74 | Expanding Your App-titude

CrashPlan creates local backups of your data

76 | Inside AICPA

AICPA chair receives honorary citation from Maryland governor
Association, CPA.com launch Startup Accelerator
Louisiana CPA receives Public Service Award
Award recognizes 2016 CPA Exam's top scorers
Where to Turn

84 | The Last Word

Mandy Nelson, CPA, a partner in KPMG's Department of Professional Practice, says training professionals to understand and apply standards requires a careful analysis of how much time should be devoted to each of the most challenging topics.



OFFICIAL LITERATURE

- 80 | Official Releases**
Ethics interpretations

CPE DIRECT

Another major benefit for *JofA* readers
Stay current through the *JofA* and earn CPE credit based on *JofA* articles—with the CPE Direct self-study subscription program. You can earn up to 48 CPE credits a year. Quarterly CPE Direct study guides combine *JofA* articles with supplementary materials and exams. An annual subscription is \$189 for AICPA members or \$236.25 for nonmembers. For more information or to order, visit aicpastore.com/cpe, or call 888-777-7077.



This symbol identifies articles in the CPE Direct self-study program.